MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Held*innen auf die Barrikaden!"

Care-Proteste als Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Transformationsstrategie

verfasst von / submitted by

Malika Guellil BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2021/ Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 824
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Politikwissenschaft
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. Dr. Oliver Marchart, PhD

Danksagung
Viele inspirierende Gespräche mit Freund*innen haben die Ideen und Gedanken für diese Arbeit reifen lassen. Ohne euch wäre diese Masterarbeit nicht in dieser Form zustande gekommen, danke für den wertvollen Austausch!

Ohne den kreativen und inhaltlichen Freiraum, den mir mein Betreuer Oliver Marchart überließ, hätte ich diese Arbeit nicht entwickeln und finalisieren können. Vielen Dank dafür! Auch meinen Interviewpartner*innen möchte ich an dieser Stelle für die wertvollen Einblicke in bestehende Care-Proteste danken.

Vielen lieben Dank an Hannah, Mu und Sandra für die hilfreichen (inhaltlichen) Verbesserungsvorschläge!

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner Mutter, die mich mit laufenden Korrekturarbeiten und motivierenden Worten durch den Schreibprozess dieser Masterarbeit, aber auch etwaiger Seminararbeiten im Laufe meines Studiums begleitet und unterstützt hat.

Diese Masterarbeit ist allen „Held*innen“ gewidmet, die tagtäglich Care- und Reproduktionsarbeit leisten und damit unser aller Leben und Überleben sichern.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung **7**

1. Die Care-Arbeit-Debatte **10**

1.1 Historische Vorläufer 10

1.2 Zentrale Theoriestränge und Begrifflichkeiten 11

1.3 Care-Arbeit, Neoliberalismus und Wohlfahrtsstaat 14

2. Die Operationalisierung einer Care-Utopie **18**

2.1 Die Schritte der „Care Revolution“ 18

2.2 Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes „Logik des Politischen“ 23

2.3 Hegemonietheorie trifft „konkrete“ Care-Utopie 25

2.3.1 Ausgewählte Gemeinsamkeiten 26

2.3.2 Adjustierungen durch Theorieverknüpfung 28

2.3.3 Komplementäre Verknüpfungen 28

3. Forschungshypothesen **30**

4. Methodische Herangehensweise **35**

5. Empirische Methode: Expert*inneninterviews **37**

5.1 Darstellung und Reflexion des Forschungsprozesses 37

5.1.1 Forschungsdesign und Gesprächsleitfaden 37

5.1.2 Feld(er)zugang und Expert*innenauswahl 38

5.1.3 Datenerhebung und -auswertung 40

6. Ergebnisdarstellung der Expert*inneninterviews **42**

6.1 Zentrale Entwicklungen 42

6.1.1 Zentrale Ereignisse und Entwicklungstendenzen 43

6.1.2 Zukünftige Entwicklungen 45

6.2 Akteur*innen und Bündnisse 46

6.3 „Anderssein“ und Protest 46

6.3.1 „Anderssein“ als Protestherausforderung 47

6.3.2 „Anderssein“ als ambivalente Protestchance 51

6.4 Arbeitspolitische Gemeinsamkeiten und Unterschiede 53
6.5 Strategien der Widerstandsaktivitäten 55
6.5.1 Entstehungsstrategien 55
6.5.2 „Äußere“ Strategien 56
6.5.3 „innere“ Strategien 56
6.5.4 „Innere“ und „äußere“ Strategien 58
6.6 Zusammenfassung und Diskussion 59
7. Die Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes 66
7.1 Diskurse, das Soziale und das Politische 66
7.2 Die Logik des Politischen 68
8. Empirische Methode: Diskursanalyse der Essex School 72
8.1 Proteste der Sozialwirtschaft Österreich 2020 73
8.2 Besonderheiten des Analysematerials 76
8.2.1 Zusammenstellung und Einschränkungen des Textkorpus 77
8.2.2 Diskursive Verdichtungsverhältnisse bestimmen 79
8.2.3 Grenzen der Relationsstrukturen 81
9. Ergebnisdarstellung der Diskursanalyse 83
9.1 Forderungsstruktur 83
9.1.1 Strategien der bedingten hegemonialen „Erweiterung“ 87
9.1.2 Strategien der „Erweiterung“ und „Umdeutung“ 88
9.1.3 Differentielle organische Theorieansätze 95
9.2 Subjektivierungsstruktur 96
9.3 Kontraritätsstruktur 99
9.4 Leerer Signifikant 102
9.5 Zusammenfassung und Diskussion 103
10. Conclusio und Handlungsempfehlungen 106
11. Ausblick 116
12. Literaturverzeichnis 118

12.1 Monographien, (Lehr-)Bücher, Aufsätze in Sammelbänden und Fachjournalen 118

12.2 Expert*inneninterviews 124

12.3 Nicht wissenschaftliche Quellen 125

12.4 Musikalische Quellen 127

12.5 Abbildungsverzeichnis 127

12.6 Tabellenverzeichnis 128

Anhang 129

Abstract (german) 142

Einleitung

„Toutes les Clémence prendraient des vacances, elles ne feraient plus rien. Toutes les Clémence comme en enfance, se reposeraient enfin" (Sylvestre 1977-1978).
(Übersetzt durch Autorin: „Alle Clémences würden einen Urlaub machen, sie würden nichts mehr tun. Alle Clémences wie in der Kindheit, könnten sich endlich ausruhen).

Mit diesem Satz endet die Ballade der französischen Liedermacherin Anne Sylvestre. Ihr Song „Clémence en vacances" (1977-1978), dessen Melodie wie ein unschuldiges Kinderlied klingt, beschreibt wie die ältere Clémence eigenwillig beschließt, sich „Urlaub zu nehmen". Sie hört plötzlich auf zu kochen, zu putzen, zu nähen und zu waschen. Sie habe schon genug gearbeitet und auch einen Urlaub verdient. Clémence fühlt sich dabei nicht einmal schuldig – was für Entsetzen in der Nachbarschaft sorgt. Auch ihr Ehemann Honoré ist ratlos. Was ist bloß mit Clémence passiert? Andere Großmütter beginnen bereits im Stillen zu munkeln: Clémences Zustand könnte um sich greifen.

Anne Sylvestres Lied wirkt auf den ersten Blick wie eine lustige Geschichte ohne größere politische Implikationen. In den 70er Jahren geschrieben, ist es noch heute von großer Aktualität. Es beschreibt die Lebenssituation von Milliarden von Frauen, die tagtäglich Reproduktions- und Care-Arbeit leisten, meist unbezahlt und unsichtbar. Die Ironie des Chansons liegt darin, dass Clémence, deren Hausarbeit nicht als Arbeit angesehen wird, sich mit einer Arbeitsniederlegung und Urlaub zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zur Wehr setzt. Sie bedient sich also einer Strategie und Begrifflichkeiten, die bis dato nur Lohnarbeitenden (und insbesondere Männern) vorbehalten waren. Clémence bzw. Anne Sylvestre schafft damit eine neue Verknüpfung von Sinn: Hausarbeit wird mit Urlaubsanspruch und damit Arbeit und Arbeitsrechten in Verbindung gebracht.

Diese Verknüpfung ist noch heute keine Selbstverständlichkeit und genau diesen Missstand möchte die Masterarbeit adressieren. Reproduktions- und Care-Arbeit werden noch immer überwiegend von Frauen geleistet und noch immer systematisch abgewertet. Berufliche Care-Arbeit wie die Krankenpflege, Pädagogik oder Soziale Arbeit sind vergleichsweise schlecht bezahlte Jobs. Zugleich sichern sie das

menschliche Überleben und sind, wie es die Corona Krise tagtäglich verdeutlicht, systemrelevant. Die gesellschaftliche Wertigkeit von Care-Arbeit steht in einem frappierenden Widerspruch zu ihrer gesellschaftlichen und systemischen Bedeutung. Die stille Revolution der Clémence muss lauter werden. Dafür braucht es eine Care Bewegung!

Die Masterarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, bestehende Care-Proteste zu untersuchen und ihr Potenzial für einen Systemwandel sichtbar zu machen. Für die Theoretisierung dieses Wandels ausgehend von Care-Protesten wird eine Transformationsstrategie entworfen. Ich bezeichne diese in Folge als *gegen-hegemoniale* Transformationsstrategie, weil die Kritik, die Infragestellung und Veränderung vorherrschender neoliberaler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse im Zentrum des Forschungsinteresses stehen[1]. Folgende Forschungsfragen werden in der Masterarbeit beantwortet: Warum eignen sich Care-Proteste als Ausgangspunkt einer gegen-hegemonialen Transformationsstrategie? In welchen hegemonialen Verhältnissen sind ausgewählte Care-Proteste eingebettet? Wie können diese Proteste gestärkt werden und zu gegen-hegemonialen Transformationen des neoliberalen Kapitalismus beitragen?

In den Kapiteln 1 bis 2 der Masterarbeit werden die zentralen theoretischen Bezüge, insbesondere die Care-Arbeit-Debatte, der Care Revolution-Ansatz nach Winker, sowie die Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes und deren theoretische Verknüpfungen vorgestellt. „Care“ wird am Beispiel von Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich als Ausgangspunkt gegen-hegemonialer Transformationen bestimmt. Diese Entscheidung wird anhand von Forschungshypothesen im Kapitel 3 begründet. In diesen ersten Kapiteln geht es insbesondere darum den Zusammenhang von „Care“ und neoliberalen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen zu beleuchten, sowie das Instrumentarium und die

[1] Das Verständnis von Gegen-Hegemonie der Masterarbeit orientiert sich an der Definition Judith Veys, die Gegen-Hegemonie als „Infragestellung, Umdeutung herrschender und Produktion alternativer Wahrheitshorizonte“ versteht (Vey 2015: 81).

Theoriearbeit für die Entwicklung der gegen-hegemonialen Transformationsstrategie bereitzustellen.

Um hegemoniale Verhältnisse ausgewählter Care-Proteste zu untersuchen, müssen methodische Überlegungen angestellt werden. Solche Überlegungen und eine Beleuchtung von Forschungslücken erfolgen im Kapitel 4 der Masterarbeit. Mittels Expert*inneninterviews (Kapitel 5 und 6) werden explorative Einblicke und Daten zum Thema Widerstandsaktivitäten in Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich generiert. Das auf die Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes (Kapitel 7) basierende Diskursanalysemodell der Essex School (Kapitel 8), ermöglicht eine hegemonietheoretische Untersuchung von Protestdiskursen und wird an ausgewählten Care-Protesten, nämlich den Protesten der „Sozialwirtschaft Österreich“ 2020 im Kapitel 9 angewandt. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen und Theoriearbeit der Masterarbeit werden schließlich in der Conclusio (Kapitel 10) in Form von Handlungsempfehlungen, die die gegen-hegemoniale Care-Transformationsstrategie der Masterarbeit darstellen, zusammengeführt und diskutiert.

1. Die Care-Arbeit-Debatte

Die komplementäre Verknüpfung des Care Revolution-Ansatzes Gabriele Winkers (2015) mit der Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2020, deutsche Erstausgabe 1991) bildet den theoretischen Ausgangspunkt dieser Masterarbeit. Bevor diese zwei Ansätze vorgestellt werden, müssen jedoch die Care-Debatte und ihre Begrifflichkeiten zur Kontextualisierung des Forschungsvorhabens dargelegt werden.

1.1 Historische Vorläufer

Historisch gesehen geht die Care- Debatte auf gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen der 1970er Jahre zurück. Die Globalisierung und der technologische Fortschritt, sowie die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, änderten die Gesellschaft und Arbeitswelt (vgl. Rerrich und Thiessen 2015). Zentrale Debatten, die als „historische Vorläufer" der Care-Debatte angesehen werden können, sind die sogenannten Hausarbeits- und Fürsorgemoraldebatten (Brückner 2010: 46). Die feministische Bewegung der 1970er Jahre übte zunehmend Kritik am vorherrschenden Arbeitsverständnis, das Arbeit mit (männlicher) Erwerbsarbeit gleichsetzte. Sie hob hervor, dass vermeintlich unwichtige, fast immer unbezahlte und überwiegend von Frauen verrichtete Tätigkeiten wie Putzen, Kochen, Waschen oder Pflegen für die Reproduktion, also die Erhaltung der Ware Arbeitskraft notwendig seien. Ohne Hausarbeit, die aufgrund ihrer besonderen Rolle für die Kapitalverwertung als Reproduktionsarbeit verstanden wurde, sei keine Erwerbsarbeit möglich. Die Aufwertung von Reproduktionsarbeit mündete u.a. in Aufrufen der Frauenbewegung zu Hausfrauenstreiks (s. Dalla Costa 1973).

Ein weiterer starker Einfluss der Care-Debatte bildet der Ansatz der „weiblichen Fürsorgemoral" von Carol Gilligan (1982). Gilligan bricht in ihrer Studie mit tiefsitzenden sexistischen Vorurteilen der Psychologie, wonach Frauen Männern moralisch unterlegen wären. Sie findet heraus, dass Frauen keine minderwertige, sondern eine andere und beziehungsorientiertere Art des moralischen Urteilens an den Tag legen. Sowohl der Hausfrauen- als auch der Fürsorgemoraldebatte wurde u.a. die Sedimentierung von Geschlechterdifferenzen vorgeworfen, zugleich stärkten diese

Debatten aber auch das Selbstbewusstsein feministischer Bestrebungen und die Sichtbarkeit von Frauen (vgl. Brückner 2010: 46).

1.2 Zentrale Theoriestränge und Begrifflichkeiten

Unter Care-Arbeit werden „Tätigkeiten, die aus der Einsicht heraus getan werden, dass sie für einen selbst oder für andere notwendig sind, nicht nur um zu überleben, sondern auch um ein gutes Leben führen zu können“, verstanden (Knobloch 2018: 23). In den Worten Winkers.

> „Sorgearbeit ist eine Tätigkeit, die jede Person ausführt. Menschen kochen, erziehen Kinder, beraten Freund_innen, versorgen unterstützungsbedürftige Angehörige. Viele Menschen sind in diesem Bereich auch berufstätig, beispielsweise als Haushaltsarbeiter_in, Pflegekraft, Erzieher_in, Lehrer_in oder Sozialarbeiter_in“ (Winker 2015: 15).

Der Begriff Care-Arbeit ist vom Begriff der Reproduktionsarbeit zu unterscheiden. Der Begriff der Reproduktionsarbeit weist auf die „Bedeutung familiärer Sorgetätigkeiten für die Kapitalverwertung“ hin, also auf die Wichtigkeit der Reproduktion der Ware Arbeitskraft für den Kapitalismus (ebd.: 22). Kurz: Der Begriff Reproduktionsarbeit setzt sich mit der kapitalistischen Systematik von Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kindererziehung etc. auseinander. Wohingegen der Begriff Care-Arbeit - auf welchen in dieser Masterarbeit vordergründig zurückgegriffen wird - die „konkreten Arbeitshinhalte der Sorgetätigkeiten, deren Besonderheiten und die dafür notwendigen Kompetenzen“ ins Blickfeld nimmt (ebd.). Beiden Begriffen ist gemein, dass sie eine Kritik am vorherrschenden Arbeitsbegriff ausüben und ein umfassendes Verständnis von Arbeit einfordern.

Tatsächlich beinhaltet der englischsprachige Begriff „Care“ eine Vielzahl an Bedeutungen. Michael Fine veranschaulicht, dass „Care“ im Englischen zugleich als Substantiv, als auch als Verb fungiert und Bedeutungen wie „worry“, „protection“, „to be concerned“, „to look after“ oder „caring for something“ annehmen könne (Fine 2004: 223; vgl. Müller 2016: 29f). Im Begriff kommt auch eine „emotionale und beziehungsmäßige Dimension“ zum Ausdruck (Müller 2016: 30). Die Begriffsbreite kann jedoch auch eine definitorische Unschärfe mitsichziehen (vgl. ebd.: 29), was auch in den vielen unterschiedlichen Bestimmungsweisen und Definitionen von Care-Arbeit zum Ausdruck kommt. So fokussieren viele Care-Definitionen auf die Pflege

oder Erziehung (vgl. ebd.: 32), während andere sich um eine breitere Definition durch das Betonen des „In-Beziehung-Stehen[s] der Menschen“ bemühen (vgl. ebd.: 38). Ich möchte in der Masterarbeit auf eine breitere Definition von Care-Arbeit zurückgreifen und schließe mich hierfür der Ausarbeitung von Beatrice Müller an, die „Care“ folgendermaßen definiert:

> „Care und Care-Arbeit wird in dem hier ausgearbeiteten Sinn als notwendige gesellschaftliche Beziehungspraxis und -arbeit verstanden, die nicht nur auf den objektivierbaren Körper gerichtet, sondern als leibliche bzw. als relational-leibliche Arbeit zu verstehen ist. Der Care-Prozess umfasst verschiedene Stufen und beinhaltet direkte körperliche Arbeit wie auch leiblich-affektive Anteilnahme“ (Müller 2016: 52).

Als „leiblich“ versteht Müller angelehnt an Hermann Schmitz das eigene Empfinden im Körper unabhängig von jenen der Sinnesorgane, womit Care-Arbeit körperliche Grenzen überschreitet und ein umfassenderes Menschen- und Sorgeverständnis beinhaltet (ebd.: 50). „Care“ als Praxis muss sich zudem nicht nur auf Menschen, sondern kann sich auch auf Sachen oder andere Lebewesen beziehen (vgl. ebd.). Care-Arbeit kann bezahlt oder unbezahlt, für andere aber auch für einen selbst erfolgen (Stichwort: Selbstsorge) (vgl. Winker 2015: 26).

Margrit Brückner bezeichnet die Care-Debatte als heterogene Debatte, die

> „aus disparaten Praxisfeldern wie der Versorgung behinderter und alter Menschen und der Kinderbetreuung und aus so verschiedenen Wissenschaftsbereichen wie Sozialpolitik, Demokratietheorie, Ethik und Handlungstheorie“

bestünde (Brückner 2010: 43). In den 1990er Jahren kam es zu „ein[em] Wandel von dem bis dahin gängigen Begriff der Reproduktions- hin zu dem der Care-Arbeit“ (Müller 2016: 29). Die Care-Debatte wurde laut Margrit Brückner in England und Skandinavien losgetreten und war von Anfang an mit feministischen Bestrebungen verknüpft (vgl. Brückner 2010: 47). Im skandinavischen Theoriestrang ging es überwiegend um Fragen rund um bessere Dienstleistungsangebote für erwerbstätige Mütter, wo hingegen in der englischen Debatte die unbezahlte Arbeit von Frauen in der Angehörigenpflege thematisiert wurde (vgl. ebd.: 47). „Care“ avanciert in den Worten Brückners zum „Herzstück der Analyse von Wohlfahrtsstaatsregimen“ (ebd.: 51), dabei geriet die „Frage sozialer Inklusion aller Care-Leistenden und -Empfangenden auf die Tagesordnung“ und damit auch die Verbindung von „Care“ mit sozialen Bürgerrechten (ebd.). Aus Platzgründen kann hier nicht auf die

Themenvielfalt der Care-Arbeit-Debatte eingegangen werden[2]. Exemplarisch für die nordamerikanische Debatte kann hier der Ansatz von Bernice Fisher und Joan Tronto (1990) genannt werden. Diese versuchten eine Charakterisierung und Dimensionen von Care Tätigkeiten herauszuarbeiten. In der Care-Debatte finden sich auch philosophisch-ethische Blickwinkel wieder: So wird in Debatten rund um eine „Care Ethik", eine grundlegende Einstellung „der Verbundenheit zum Wohle aller" (Brückner 2010: 52; vgl. Tronto 2011) postuliert und „Care" als soziale Praxis betont (vgl. Brückner 2010).

Gemein haben all diese Debatten ein „Ringen um soziale Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis" (Brückner 2010: 54). Die Care-Debatte habe, so Brückner, bereits einige Erfolge zu verzeichnen. Sie habe erweiterte Verständnisse von Arbeit hervorgebracht, sowie Diskussionen über die gesellschaftliche Organisation von Sorgearbeit i.S. einer Umverteilungskritik losgetreten. Eine angemessene Entlohnung, sowie ein neues Verständnis von menschlicher Interdependenz und daraus resultierende Forderungen nach sozialen Bürgerrechten und Teilhabe wurden artikuliert (vgl. Brückner 2010: 54). Auch transnationale Auswirkungen und Ausformungen der Care-Arbeit in Zeiten der Globalisierung wurden in der Debatte herausgearbeitet (vgl. ebd.). Dies bringt mich auch zu einem zentralen noch nicht durch die Debatte gelöstem Problem, welches Brückner folgendermaßen umschreibt:

> „Statt dass, wie von der internationalen Frauenbewegung gefordert, die zunehmende Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt mit einer Männer einschließenden gerechten Arbeitsteilung im privaten Bereich einhergeht, indem sich Männer an der Reproduktionsarbeit beteiligen und ausreichende sozialpolitische Rahmungen zur Neuverteilung von Care-Aufgaben geschaffen werden, ist eine neue internationale Arbeitsteilung unter Frauen in Privathaushalten entstanden" (ebd.: 44).

Eine „Care-Lücke" (ebd.: 54) führt zu neuen Ausbeutungsverhältnissen entlang von „Geschlechter- und Armutsgrenzen" (Apitzsch und Schmidbaur 2010). Immer mehr Migrant*innen gleichen diese Lücke aus und arbeiten dabei häufig in prekären und illegalisierten Arbeitsverhältnissen in z.B. Privathaushalten. Hier kommt ein frappierendes Paradoxon zum Ausdruck: Es sind überwiegend Menschen in

[2] Beatrice Müller hat eine themenzentrierte Aufschlüsselung der Care-Arbeit-Debatte angestellt, auf die ich an dieser Stelle verweisen möchte (s. Müller 2016: 31-55).

marginalisierten gesellschaftlichen Positionen, nämlich Frauen und Migrant*innen, die überlebensnotwendige Grundsteine des menschlichen Lebens sichern. Ohne Migrant*innen - die dafür keinerlei Anerkennung erfahren – könnte die notwendige Versorgung von alten Menschen in der z.B. 24-Stunden-Pflege nicht gedeckt werden. Für eine feministische und im weiteren Sinne emanzipatorische Politik wäre eine intersektionale Perspektive notwendig, um verstärkt Problematiken und Herrschaftsverhältnisse rund um das Thema (Arbeits-)Migration zu adressieren. Auch der Care-Debatte ist eine Bekämpfung mehrdimensionaler Herrschaftsverhältnisse (noch) nicht gelungen.

1.3 Care-Arbeit, Neoliberalismus und Wohlfahrtsstaat

Die Ausführungen zur Reproduktionsarbeit haben bereits aufgezeigt, dass Care-Tätigkeiten zum Systemerhalt bzw. zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft benötigt werden. Trotz dieser bedeutenden Rolle werden Care- und Reproduktionsarbeit abgewertet und in den Worten Winkers „als Selbstverständlichkeit betrachtet oder überhaupt nicht wahrgenommen“ (Winker 2015: 52). Die grundlegendsten existenziellen menschlichen Bedürfnisse geraten damit in den politischen Hintergrund (vgl. Winkler 2015: 140). Nun sollen die neoliberalen Implikationen der Entpolitisierung von Care-Arbeit näher beleuchtet und aus einer Perspektive der Care-Ethik in Frage gestellt werden.

Kapitalismus als Wirtschaftsordnung wird in den 1980er Jahren verstärkt neoliberalisiert (vgl. Biebricher 2020: 93). Im Zentrum dieser Bestrebungen stehen ein funktionstüchtiger Finanzmarkt und eine Entstaatlichung der Wirtschaft, die privatisiert und dereguliert wird. Neoliberalisierungsprozesse erfolgen nicht linear, sondern eher als „Pendelbewegung“ zwischen moderaten und verstärkten staatlichen Deregulierungsmaßnahmen (Biebricher 2016: 12). Der neoliberale Kapitalismus als „politische Ideologie“ (Biebricher 2020) führt zu neuen Herrschaftsverhältnissen und sozialen Widersprüchen und damit auch zu einer neuen Ausverhandlung von Geschlechter- und Care-verhältnissen.

Geschlechterspezifische Implikationen staatlicher Neoliberaliserungstendenzen werden von Birgit Sauer als ambivalent charakterisiert. Damit gehen sowohl eine z.B.

steigende Bildungsinklusion von Frauen oder staatliche Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter, als auch die Reproduktion tiefgreifender Ungleichheitsverhältnisse einher (vgl. Sauer 2016: 161). Care und Reproduktionsarbeit werden im Neoliberalismus zunehmend privatisiert, in dem sie in die Familie oder in Freund*innenkreise (zurück-)verschoben oder kommodifiziert, d.h. als bezahlte Dienstleistung gehandhabt werden (vgl. Sauer 2016: 175f). Winker stellt in diesem Zusammenhang eine „Krise sozialer Reproduktion" (Winker 2015: 91) fest, die zu einer „Zuspitzung des Widerspruches zwischen Profitmaximierung und Reproduktion der Arbeitskraft" führe (ebd.: 92). Menschen hätten durch die u.a. Privatisierung von Sorgearbeit immer weniger Zeit und Ressourcen, sich arbeitsfähig zu halten und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Daraus resultieren auch neue Klassenverhältnisse: Eine soziale Trennungslinie zwischen jenen, die sich Unterstützung wie z.B. eine Putzkraft oder Kinderbetreuung leisten können und jenen die dies nicht tun (vgl. Sauer 2016: 177). Das bekannte Zitat der black-feminist Audre Lorde bringt daraus resultierende Hierarchisierungen unter Frauen, sowie die rassistische und klassistische Dimension von Care Regimen auf den Punkt:

> „how do you deal with the fact that the women who clean your houses and tend your children while you attend conferences on feminist theory are, for the most part, poor women and women of Color? What is the theory behind racist feminism?" (Lorde 1984: 112).

Der neoliberale Staat konstruiere sich laut Sauer als männlicher wettbewerbsorientierter Gegenpol zum weilblichen und negativ besetzten Wohlfahrtsstaat:

> „Die Geschlechtsspezifik dieses neoliberalen Staatsprojekts und Restrukturierungsdiskurses liegt in der Verknüpfung von *Freiheit,* Markt und Männlichkeit sowie von *Abhängigkeit,* Wohlfahrtsstaat und Weiblichkeit begründet" (Sauer 2016: 164).

Neoliberalisierungstendenzen gehen mit einem „Individualisierungsvertrag" einher (ebd.: 166). Dadurch werde z.B. die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie nun nicht mehr als politisches und dadurch öffentliches Problem angesehen, sondern als privat zu regelndem Bestandteil eines vermeintlichen „(Wahl-)Freiheitsdiskurses" diskutiert (ebd.: 176). Kurz: Wer sich zum Beispiel selbst ausgesucht hat Kinder zu bekommen, muss auch selbst damit zurechtkommen. Die Perspektive, dass Kinder wichtig für den z.B. Fortbestand der Gesellschaft sind und daher Eltern darin unterstützt werden sollten, sie zu erziehen und zu versorgen, gerät in den Hintergrund. Sich selbstoptimierende Individuen bzw. Leistungsträger*innen werden vermeintlichen

„faulen“ Leistungsempfänger*innen entgegengestellt (vgl. Winker 2015: 140). Dabei wird das Maß an staatlicher Unterstützung immer stärker an der Arbeitsmarkttauglichkeit gemessen (vgl. ebd.: 141). Eine vermeintliche individuelle „Befreiung“ wird auf zwei unterschiedlichen Ebenen stilisiert:

> „Die Regierungsrationalität des Neoliberalismus verspricht und verlangt zugleich die Befreiung der Individuen aus den Klauen des fürsorglichen und bevormundenden Staates, gleichsam die `zweite Befreiung´ aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Sauer 2016: 173).

Diese Individualisierung von Care-Arbeit, zerstört nicht nur das Verständnis von Menschen als Mitglieder einer Solidargemeinschaft, sondern führt auch zur Entpolitisierung und Unsichtbarmachung dieser Problematik.

Ansätze der sogenannten Care-Ethik betonen hingegen eine „ontology of relationality or mutualism“ (Mahon und Robinson 2011: 3). Dimensionen einer „feminist democratic ethics of care“ werden von Joan Tronto anhand von drei Punkten herausgearbeitet (Tronto 2011: 163). Erstens werden *alle* Menschen als Individuen, die mit anderen Menschen in Beziehungen stehen, begriffen. Zweitens werden *alle* Menschen – zumindest in bestimmten Lebensphasen wie in der Kindheit, im Alter oder Krankheitsfall – als vulnerabel und verletzlich verstanden. Drittens empfangen und geben *alle* Menschen „Care“ (vgl. ebd.: 164). Eine solche ontologische Perspektive geht von einem gegenseitigen menschlichen Angewiesensein als Normalzustand aus. Sie wendet sich gegen neoliberale Individualisierungsdiskurse, aber auch gegen hegemoniale Geschlechterimplikation, welche die Dichotomie eines weiblichen und „abhängig machenden“ Wohlfahrtsstaates und eines männlichen wettbewerbsorientierten und individualisierten neoliberalen Staatsprojektes verfestigen. Während auch in wohlfahrtsstaatlichen Diskursen Interdependenz eher als Abhängigkeit und Auffangnetz der vermeintlich Ärmsten und Schwächsten gedeutet wird (vgl. Fraser und Gordon 1994), ermöglicht eine Care-Ethik-Perspektive der „ontology of relationality“ als Normalzustand das Denken neuer Alternativen, fernab dieser zwei vorherrschenden staatlichen Lösungskonzepte.

Abschließend kann hier festgehalten werden, dass die Ausgestaltung von Care-Arbeit grundlegend mit der Funktionsweise des neoliberalen Kapitalismus und Staates, sowie dem vorherrschenden Arbeits- und Politikverständnis verknüpft ist. Eine Veränderung dieser Ausgestaltung – so eine zentrale Annahme der Masterarbeit - könnte

systematische Veränderungen herbeiführen und bestehende Verhältnisse womöglich gegen-hegemonial transformieren. Auf einen solchen Wandel zielen sowohl der Care Revolution-Ansatz von Gabriele Winker, als auch die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe ab, die nun im Folgekapitel vorgestellt werden.

2. Die Operationalisierung einer Care-Utopie

Linke Theoriearbeit beschäftigt sich selten mit konkreten Transformationsstrategien und konkreten Schritten zur Überwindung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Häufig handelt es sich, wie beispielsweise beim „bedingungslosen Grundeinkommen", eher um sozialpolitische bzw. reformpolitische Konzepte, die keine umfassende Transformation der Gesellschaft nach sich ziehen, soziale Verhältnisse aber egalitärer zu gestalten versuchen. Als Beispiel für eine feministische Transformationsstrategie kann hier die „Vier-in-einem-Perspektive" von Frigga Haug angeführt werden (Haug 2008), aber auch die nun vorzustellende „Care Revolution" von Gabriele Winker.

2.1 Die Schritte der „Care Revolution"

Gabriele Winker schlägt in ihrem Werk „Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft" (2015) vor, die Krise sozialer Reproduktion und Neoliberalisierungstendenzen als Ausgangspunkt für eine „Care Revolution" zu definieren. Ziel dieser ist „eine an menschlichen Bedürfnissen, insbesondere an der Sorge füreinander orientierte, radikal demokratisch gestaltete Gesellschaft" (Winker 2015: 143). Dieses alternative Gesellschaftsmodell versteht „Menschen als grundlegend aufeinander Angewiesene" (ebd.: 146). Die politische Transformationsstrategie der „Care Revolution" begreift Care-Arbeit „als Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung" (ebd.: 143).[3] Ihre „konkrete Utopie" (ebd.: 142) möchte menschliche Bedürfnisse und Care-Arbeit „ins Zentrum einer gesellschaftlichen Alternative stell[en]" (ebd.: 139).

Der Ansatz von Gabriele Winker wird in deutschsprachigen feministischen Debatten breit diskutiert (Exemplarisch: Trouble Everyday Collective 2014: 74ff). Mit der „Aktionskonferenz Care Revolution" im Mai 2014 wurde das „Netzwerk Care Revolution" gegründet (s. Netzwerk Care Revolution o. J.), „indem sich Initiativen im

[3] Care-Arbeit wird von Winker mit Sorgearbeit synonym verwendet, was ich ebenfalls in den folgenden Seiten tun werde (vgl. Winker 2015: 15).

Care-Bereich verbinden und auch vor Ort bei politischen Aktionen zusammenarbeiten“ (Winker 2015: 153). Damit konnten die Anliegen der Care Revolution die Türen universitärer Hörsäle verlassen und sich einem breiteren Publikum stellen. Auch wenn Care-Arbeit in linkspolitischen und feministischen Bündnissen und Selbstpositionierungen zu einem Art Standardbegriff avanciert ist, kam es im deutschsprachigen Raum jedoch nicht zum Aufkommen einer signifikanten Care Bewegung.

Sehr wohl kam es aber in den letzten Jahren zu größeren feministischen Protestbewegungen oder Aktionen mit inhaltlichem Bezug zur Care-Arbeit-Debatte. Hier kann beispielsweise der sogenannte Frauenstreik in der Schweiz im Jahr 2019 genannt werden (s. Schweizerischer Gewerkschaftsbund 2021) oder das „Frauenvolksbegehren 2.0“ in Österreich (s. Frauenvolksbegehren 2.0 – Verein für Frauen* – und Gleichstellungspolitik in Österreich o. J.). Auch ist ein Zuwachs an Protesten beruflicher Care-Arbeiter*innen feststellbar (vgl. Artus u.a. 2017). Die jüngst in Österreich gegründete Initiative „IG24“, eine Interessensvertretung für 24-Stunden Pfleger*innen, bestätigt diese positive Entwicklungstendenz (s. IG24 – Verband zur Förderung der Interessen der 24-Stunden-Betreuer_innen in Österreich 2021).

Mittels der Bestimmung von fünf „Schritte in eine solidarische Gesellschaft“ wird Winkers Alternative spezifiziert (Winker 2015: 148). Insbesondere die ersten drei Schritte werden nun näher erläutert, da sie für die Fragestellung der Masterarbeit von besonderer Bedeutung sind. Als ersten Schritt nennt sie die „Vernetzung von Care-Aktivist_innen“ (ebd.: 152) zur Formierung einer gemeinsamen Care Bewegung. Unter „Care-Aktivist_innen“ versteht Winker Mitglieder von Care-Initiativen, wie zum Beispiel gewerkschaftliche Initiativen von und für Beschäftigte im Care-Bereich, Elternvereine, Initiativen für bessere Versorgungsbedingungen von Asylsuchenden, oder Assistenzgenossenschaften (vgl. ebd.: 120ff). Für ihre Vernetzung könnte die „Positionierung auf komplementären Seiten des Care-Verhältnisses“ (ebd.: 133) einen gemeinsamen Bezugskern bilden, womit sie insbesondere entlohnte Care-Beschäftigte meint:

> „Auch wenn Menschen in Paarbeziehungen, in Wohngemeinschaften, als Single oder zusammen mit Freund_innen für sich oder andere sorgen oder Sorge erhalten, sind sie in

> bestimmten Lebenssituationen immer wieder neu auf die Unterstützung durch entlohnte Care-Beschäftigte angewiesen“ (Winker 2015: 132f).

Auch wenn alle Menschen von der neoliberalen Krisenpolitik betroffen seien, müsse eine Care Bewegung die unterschiedlichen Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten der Care-Aktivist*innen mitreflektieren und solidarisch auszugleichen versuchen (vgl. ebd.: 133). So erfordere zum Beispiel die Pflege eine „ständige Präsenz und Verfügbarkeit“ (ebd.: 133), die andere Care Bereiche nicht mitsichziehen würden und Widerstandsaktivitäten erschweren können. Der Pflegenotstand bringe laut Winker aber für diese Berufsgruppen auch neue Möglichkeiten und Chancen ihre Anliegen durchzusetzen (vgl. ebd.: 133f). Gute Handlungsmöglichkeiten attestiert sie insbesondere jenen Berufsgruppen „die unmittelbar für den Arbeitskräftebedarf des Kapitals bedeutsam sind“, so z.B. Kindergartenpädagog*innen (ebd.: 134). Gerade Sorgearbeit, die für Menschen geleistet werde, die als Leistungsempfänger*innen angesehen werden, wie zum Beispiel Asylsuchende oder Menschen mit Behinderungen, verfüge über wenig Handlungsmöglichkeiten (vgl. ebd.). Eine solidarische Care-Bewegung könnte schwächere Gruppen unterstützen und deren mangelnde Handlungsmöglichkeiten ausgleichen (vgl. ebd.). Auch müsse der bezahlte und unbezahlte Care Bereich verstärkter zusammenarbeiten, sowie Sorgeempfänger*innen in die Kämpfe einbezogen werden (vgl. ebd.: 153).

Eine Care Bewegung beinhaltet auch unterschiedliche politische Konzepte und Hintergründe. So würden manche Gruppen für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative einstehen, andere hingegen „nur“ Ausformungen des Neoliberalismus kritisieren oder eine Verbesserung ihrer persönlichen Lebenssituation erzielen wollen (vgl. ebd.: 135). Wichtig sei der Fokus auf Gemeinsamkeiten, die vorhanden sind:

> „Gemeinsam ist diesen Strategien, dass sie in unterschiedlicher Art und Weise versuchen materielle und zeitliche Ressourcen in Care-Bereichen zu erkämpfen. Auch wird in all diesen Aktivitäten der geteilte Ausgangspunkt deutlich, dass es nicht individuelles Versagen ist, das die schwierige Lage der Sorgenden und Versorgten erzeugt, sondern dass die Auswirkungen der neoliberalen Krisenbearbeitung ursächlich sind“ (Winker 2015: 135f).

Winker plädiert zudem für eine Verknüpfung mit Anliegen anderer sozialer Bewegungen wie „gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, die wachstumskritische ökologische Mobilisierung oder die globalen Krisenproteste“ (ebd.: 154).

Der zweite Schritt der „Revolution“ stellt die „Realisierung von Zeitsouveränität und Existenzsicherheit“ dar (ebd.: 154); hier wird die Forderung nach einer neuen Verteilung von Arbeit, einer Arbeitszeitverkürzung und einer sozialen Absicherung formuliert:

> „Menschen benötigen genügend Zeit, um diejenigen Sorgetätigkeiten tatsächlich zufriedenstellend ausüben zu können, die sie in familiären, nachbarschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen übernehmen möchten. Grundvoraussetzung dafür ist zumindest für derzeit Vollzeitbeschäftigte eine drastische Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Gleichzeitig bedürfen alle Menschen einer umfassenden sozialen Absicherung ihrer Existenz“ (Winker 2015: 154f).

Durch die Reduktion der Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich bleibe Menschen mehr Zeit für Sorgearbeit und Selbstsorge. Zugleich könne damit die Gleichberechtigung vorangetrieben werden. Zurzeit sind überwiegend Frauen Teilzeit beschäftigt, weil sie sich neben ihrer Lohnarbeit, um Kinder, Angehörige oder den Haushalt kümmern müssen. Frauen verdienen dadurch wesentlich weniger als Männer, zumal die in der „zweit[en] Arbeitsschicht“ (ebd.: 159) geleistete Care- und Reproduktionsarbeit nicht entlohnt werde.

Eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit könne hier einen Ausgleich schaffen. Beide Elternteile hätten dadurch z.B. Zeit sich um den Nachwuchs zu kümmern und keiner von ihnen müsste gehaltlich dafür zurückstecken oder eine kleinere Altersversorgung in Kauf nehmen (vgl. ebd.: 155). Die Debatte um Arbeitszeitverkürzung hat nicht nur in feministischen Kreisen zugenommen. So wird das Argument immer häufiger in politischen Auseinandersetzungen vorgebracht und auch mit der „Bekämpfung von Niedriglöhnen“ argumentiert (ebd.). Gewerkschaften sollten aus Perspektive Winkers das Thema der Arbeitszeitverkürzung wieder verstärkt in ihren Verhandlungen vorbringen (vgl. ebd.: 158). Für Winker macht es in einem ersten Schritt Sinn mit einer „substanzielle[n] Arbeitszeitverkürzung bei Menschen mit hohen Sorgeverpflichtungen zu beginnen“ (ebd.: 157). Als Konzept der sozialen Absicherung schlägt sie das bedingungslose Grundeinkommen als mögliches Modell vor (vgl. ebd.: 159f). Zusammenfassend sei das Ziel dieses zweiten Schrittes

> „ein gutes Leben für alle mit Zeit für Care-Arbeit, Zeit für die Herstellung von gesellschaftlich nützlichen Gütern und Dienstleistungen und Zeit für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement. Ebenso ist Zeit für Muße wichtig, für nicht an einen Zweck gebundene Tätigkeiten“ (Winker 2015: 144).

Drittens brauche es für eine Care Revolution einen „Ausbau sozialer Infrastruktur“ (ebd.: 160). Dieser müsse „steuerfinanziert und gebührenfrei“ gewährleistet und allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein (ebd.). Die Gestaltung der sozialen Infrastruktur - Winker meint damit z.B. auch Bildungseinrichtungen oder die Soziale Arbeit - müsse demokratisch ausverhandelt werden:

> „Wie die Gesundheitsversorgung konkret ausgestaltet wird, können nur die Menschen, die es betrifft, selbst entwickeln. Sie müssen auch Einfluss darauf haben, welche Art von medizinischer Versorgung sie erhalten. In jedem Fall ist ein institutioneller Rahmen notwendig, in dem Menschen auf die Gestaltung dieses Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge tatsächlich Einfluss nehmen können“ (Winker 2015: 162).

Winker fordert eine bessere Entlohnung der Beschäftigten sozialer Infrastrukturen. Da es „völlig unangemessen [sei], dass die männlich konnotierte Arbeit mit Maschinen deutlich besser bezahlt wird als weiblich stereotypisierte Care-Arbeit“ (ebd.: 163). Diese Aufwertung könne auch zum „Abbau des diskriminierenden Migrationsregimes“ (ebd.) beitragen, in welchem Migrant*innen schlecht bezahlte Care Tätigkeiten und häufig desaströse Arbeitsbedingungen aus ökonomischer Alternativlosigkeit in Kauf nehmen müssten. All dies ließe sich, so Winker, z.B. durch höhere Vermögens- oder Erbschaftssteuern finanzieren (vgl. ebd.: 163f).

Der vierte Schritt, nämlich die „Demokratisierung und Selbstverwaltung des Care-Bereichs“ (ebd.: 165), gehe mit Vergesellschaftung und Selbstverwaltung des Care-Bereichs durch z.B. dezentral gewählte „Care-Räte“ einher (vgl. ebd.: 165ff). Danach müsse es in einem fünften Schritt zur „Vergesellschaftung aller Produktionsmittel“ (ebd.: 170) kommen. Denn nur so könne frei über alle Ressourcen zur Lebenssicherung aller Menschen verfügt werden. Schließlich wird eine „Kultur des Miteinanders und der Solidarität“ (ebd.: 176) als sechster Schritt in die solidarische Gesellschaft formuliert, wobei Winker betont, dass dieser Schritt laufend erfolge und alle Schritte durchziehe, zugleich aber mit der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel noch nicht abgeschlossen sei. Solidarisches Handeln und direkte Demokratie müssten nämlich noch erlernt und erprobt werden (vgl. ebd.: 176ff). Winker betont, dass ihre Schritte nicht linear zu verstehen seien (vgl. ebd.: 150). Sie hebt auch hervor, dass die ersten Schritte ihrer Care Revolution eher einen begrenzten transformativen Wirkungsrahmen entfalten, aber zunächst notwendig sind, damit genügend Menschen die benötigten Erfahrungen gesammelt haben, um die kapitalistische Produktionsweise grundlegend zu hinterfragen (vgl. ebd.: 151).

Mit den eben dargelegten Schritten der Care Revolution bemüht sich Winker ihre „konkrete Utopie“ (Winker 2015: 142) zu operationalisieren. Dies gelingt ihr meiner Ansicht nach jedoch nicht ausreichend, was ihr auch bewusst zu sein scheint, zumal sie in diesem Zusammenhang ausführt, sie hoffe, dass es zukünftig „zu einer Präzisierung dieser Ideen“ kommen werde (ebd.: 144f). Das Konzept der Care Revolution nach Winker verbleibt in vielerlei Hinsicht ein gedankliches Transformationsexperiment. Das liegt meiner Meinung nach insbesondere daran, dass der hegemoniale Kontext der Transformationsstrategie nur ansatzweise berücksichtigt und mitgedacht wird. Dadurch bleibt die Frage des „Wie“ weitgehend unklar, obgleich eine vielversprechende Stoßrichtung und gedankliche Impulse vorgegeben werden. Um diese Theorielücke zu befüllen, schlage ich eine Verknüpfung mit insbesondere dem Hegemonieansatz Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes vor.

2.2 Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes „Logik des Politischen“

Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Werk „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus“ (2020, deutsche Erstausgabe 1991) bildet einen zentralen theoretischen Grundbezug der Masterarbeit und der im Kapitel 9 angewandten Diskursanalyse. Laclau und Mouffe brechen darin mit grundlegenden Prämissen der marxistischen Theorie: Sie kritisieren Vorstellungen einer ausschließlich von ökonomischen Prozessen determinierten Gesellschaft, die nur durch die Arbeiter*innenklasse mittels einer geschichtlich vorherbestimmten Revolution, befreit werden könne (vgl. Machart 2007: 107). Diese Annahmen hätten sich geschichtlich nicht bewahrheitet, sodass sie als „[m]etaphysische Engführungen“ verstanden werden können (ebd.: 106). Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickeln den Hegemoniebegriff Antonio Gramscis weiter, sodass sie in den Worten Oliver Marcharts eine „neo-gramscianisch[e] Demokratietheorie“ einführen (Marchart 2007).

Mit dem Begriff der Hegemonie gelingt es Antonio Gramsci das Verständnis von Herrschaft um Aspekte der Konsens- und Willensbildung zu erweitern. Die „Kämpfe um Zustimmung“ (Nowak 2009: 80) wären entscheidend für gesellschaftliche Veränderungen. Laclau und Mouffe konzipieren Hegemonie als „Logik des

Politischen“ (Marchart 2007: 107). Um diesen Prozess nachzeichnen und für politische Praxen operationalisieren zu können, verknüpfen Laclau und Mouffe das Konzept der Hegemonie mit dem Diskursbegriff Michel Foucaults. Ihnen gelingt es zentrale Entstehungsbedingungen von Hegemonie in ein Diskursanalysemodell zu übertragen und darin u.a. zu erklären, wie unterschiedliche Forderungen sich in sogenannten Äquivalenzketten zusammenschließen können. Eine umfassendere Vorstellung dieses Modells und seiner theoretischen Implikationen wird in den Kapiteln 7 und 8 vorgenommen.

Die Theorieentwicklung von Laclau und Mouffe ist an ein linkspolitisches Projekt geknüpft. In den Worten Chantal Mouffes geht es um das Vorantreiben einer „Radikalisierung von Demokratie“ (Mouffe 2018: 51). Sie verabschieden das bis dato vorherrschende marxistische Transformationskonzept eines revolutionären Umsturzes zur Überwindung des Kapitalismus. Diesem mangele es an hegemonialen Implikationen zur Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Konsenses zur nachhaltigen Etablierung von Machtverhältnissen. Es bediene sich noch des „jakobinischen Imaginären“ der Französischen Revolution (Laclau und Mouffe 2020: 188). Im Gegensatz zu vielen linken Theoretiker*innen gehen Laclau und Mouffe nicht von der Annahme aus, dass *ein* radikaler Umbruchsmoment zur Überwindung des Kapitalismus führe, sondern hinterfragen die Grundannahme, dass eine nachhaltige gesellschaftliche Transformation durch einen solchen alleine möglich sei. Gegen-Hegemonie müsse sich für Mouffe „diesseits der demokratischen Revolution“ positionieren (Marchart 2007: 116):

> „Eine solche Gegenhegemonie, so muss man schließen, kann vernünftigerweise nicht *gegen* die demokratische Revolution gerichtet sein. Sie muss die stärker werdenden Tendenzen der *Entdemokratisierung* vieler Lebensbereiche bekämpfen. Wenn also vom Aufbau einer `demokratischen Gegen-Hegemonie´ die Rede ist, dann geht es nicht um den Aufbau einer Gegenhegemonie *zur* Demokratie, sondern um eine gegenhegemoniale Strategie der Demokratisierung *von* Demokratie“ (ebd.: 119).[4]

Es ist aus meiner Sicht verkürzt Laclau und Mouffe als Anhänger einer reformistischen Linken abzutun. Laclau und Mouffe geht es nicht um eine reformistische Verbesserung

[4] Unter „demokratischer Revolution“ wird im Anschluss an Tocqueville ein historischer Zeitrahmen rund um die Französische Revolution verstanden, in welchem Prinzipien der Freiheit und Gleichheit zu Bestandteile eines politischen Imaginäre avancierten (vgl. Mouffe 2018: 54).

des status quo, sondern um eine radikale Demokratisierung *aller* Lebensbereiche. Diese Radikalität bestehe laut Marchart „in der Ausweitung egalitärer Verhältnisse auf immer weitere Arenen des sozialen Lebens“ (ebd.: 109). Dies kann auch eine radikale Demokratisierung von politischen Institutionen, Entscheidungsfindungsprozessen, Parteien und Verbände umfassen, sodass ein verengter Demokratiebegriff ihrem Denken nicht gerecht werden würde. Ihre Theorieentwicklung hat auch auf realpolitische Entwicklungen Einfluss genommen. So führen linkspolitische Initiativen wie die spanische „Podemos“ oder die griechische „Syriza“ ihre Hegemonietheorie als zentralen theoretischen Bezugspunkt an (vgl. Bruell und Mokre 2018: 201-204). Genau das macht, meiner Meinung nach, das Denken dieser Theoretiker*innen bemerkenswert. Ihnen gelingt eine seltene Brückenleistung: Sie entwickeln nicht nur kritische Erklärungsansätze und Zielsetzungen, sondern ihr Denken und ihre entwickelten Analysekonzepte können für soziale Bewegungen operationalisiert werden.

Eine Care Revolution wendet sich u.a. gegen die neoliberale Krisenpolitik, geschlechterspezifische Arbeitsteilung und die damit einhergehenden „engen“ Vorstellungen von Arbeit. Laclau und Mouffe geht es um eine Radikalisierung von Demokratie und damit wie Winker um eine tiefgreifende Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Beide Ansätze können daher meiner Ansicht nach als gegen-hegemoniale Bestrebungen gewertet werden, da sie sich um die „Produktion alternativer Wahrheitshorizonte“ bemühen (Vey 2015: 81).

2.3 Hegemonietheorie trifft „konkrete“ Care-Utopie

In der Masterarbeit geht es nicht um eine Abhandlung der genauen Zusammenhänge, Differenzen oder Gemeinsamkeiten der zwei linkspolitischen Projekte. Die Ansätze differieren in vielerlei Hinsicht. So geht der Hegemonieansatz von Laclau und Mouffe beispielsweise erkenntnistheoretisch diskursiv vor und legt einen besonderen Fokus auf Brüche und Kontingenzen in der Untersuchung sozialer Strukturen, wohingegen Winker insbesondere bestehende politische Entwicklungen und Theoriedebatten analysiert und daraus Schritte in Richtung eines alternativen und utopischen Gesellschaftsmodells herausarbeitet. Laclau und Mouffe entwickeln kein solches Modell, dafür aber ein Instrumentarium, um ein solches konkretisieren zu können.

Zentrale gemeinsame Aspekte, die eine theoretische Verknüpfung begünstigen können, werden nun diskutiert.

2.3.1 Ausgewählte Gemeinsamkeiten

Beiden Ansätzen ist gemein, dass sie sich nicht nur mit einer Kritik an vorherrschenden Machtverhältnissen befassen, sondern auch die Frage des „Wie", d.h. die Frage der Überwindung dieser ins Zentrum des Forschungsinteresses stellen. Gabriele Winker stellt eine „gesamtgesellschaftliche Depression" fest und führt diese u.a. darauf zurück, dass es an „konkrete[n] Utopien" (Winker 2015: 142) mangle. Der von Winker festgestellte Bedarf nach linken Alternativen, die einerseits „eine Perspektive für die Zukunft aufzeigen und die gleichzeitig heute schon Schritte der Veränderung beinhalten" (ebd.: 142), wird auch von Mouffe adressiert. Sie spricht in diesem Sinne von „radikale[m] Reformismus" oder „revolutionäre[m] Reformismus" (Mouffe 2018: 58). Damit meint Mouffe eine hegemoniale Strategie, welche in den Worten Winkers „heute schon Schritte der Veränderung beinhalte[t]" (Winker 2015: 142), um in den Worten Mouffes „auf demokratischem Wege – einen grundlegenden Wandel in der Struktur der sozioökonomischen Machtverhältnisse" zu vollziehen (Mouffe 2018: 58). Mouffe wendet sich damit gegen „das falsche Dilemma zwischen Reform und Revolution" (ebd.). Diese Tendenz findet sich, meiner Meinung nach, auch bei Winker wieder, die trotz des Begriffs der Care *Revolution* keinen klassischen revolutionären Umsturz beschreibt, sondern vielmehr Strategien, „die am gegenwärtigen Stand von Technik und Wissen anknüpfen und sich auf Wünsche und Handlungen der realen gesellschaftlichen Akteur_innen beziehen" (Winker 2015: 142). Beide Ansätze versuchen eine Art Brückenleistung zwischen linken normativen Wunschverhältnissen und in den Worten Winkers „unmittelbar erforderliche und die Kräfteverhältnisse verschiebender Schritte", also Einwirkungen in kapitalistische IST-Verhältnisse, zu vollziehen (ebd.: 148).

Ihre normativen Zielsetzungen, also einerseits die Care-Utopie von Winker und andererseits die radikale Demokratie von Laclau und Mouffe zielen beide auf eine umfassende Transformation der Gesellschaft ab. Beiden geht es um eine tiefgreifende Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei wird von beiden Theorien ein Fokus auf Demokratisierungsprozesse gelegt. Neben einer Kritik an der

kapitalistischen Produktionsweise vereint beide Ansätze ein Bestreben nach egalitäreren Gesellschaftsverhältnissen (auch wenn ihr z.B. Verständnis von Demokratisierung unterschiedlich ist).[5] Wie bereits obig erläutert, gehen Laclau und Mouffe davon aus, dass eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine Radikalisierung von Demokratie in allen Lebensbereichen möglich sei. Doch auch für Winker ist das Ziel der Care Revolution „eine an menschlichen Bedürfnissen, insbesondere an der Sorge füreinander, orientierte, radikal demokratisch gestaltete Gesellschaft“ (Winker 2015: 143). Dabei umfasse Care-Arbeit eine starke demokratiepolitische Komponente: Um gute Sorgearbeit für alle zu realisieren, müssen die Bedürfnisse aller Menschen bestmöglich erfüllt werden. Dies impliziert eine radikal demokratische Aushandlung dieser Bedürfnisse, da solche Fragen „in Gesprächen unter Gleichen verhandelt werden“ müssen (ebd.: 144). Diese Perspektive spiegelt eine Care-Ethik wieder, die ontologisch von einem gegenseitigen menschlichen Angewiesensein ausgeht (vgl. Müller 2016: 39; vgl. Tronto 2011). Mouffe stellt sich gegen den von vielen Linken postulierten zwangsläufigen Zusammenhang zwischen liberaler Demokratie und Kapitalismus. Der bestehende Zusammenhang zwischen demokratischen Institutionen und der kapitalistischen Gesellschaft sei kontingent und daher auch für Mouffe wandel- und gestaltbar (vgl. Mouffe 2018:61). Diesen Gedanken führt sie im folgenden Zitat aus:

> „Fraglos wird die Artikulation der Demokratie mit gleichen Rechten, gesellschaftlicher Aneignung der Produktionsmittel und Volkssouveränität eine ganz andere Politik bedingen und andere sozioökonomische Praktiken mit sich bringen als zuvor, als Demokratie mit freiem Markt, Privateigentum und ungezügeltem Individualismus artikuliert wurde“ (ebd.: 56).

[5] Während Winker mehr in Richtung dezentraler selbstverwalteter Entscheidungsstrukturen argumentiert (vgl. Winker 2015: 165ff), stellt Mouffe repräsentative demokratische Verfahren nicht per se in Frage:

> „Es ist nicht die Tatsache der Repräsentation, sondern das Fehlen einer agonistischen Konfrontation, wodurch die Bürger ihrer Stimme beraubt werden. Die Lösung besteht nicht in der Abschaffung des repräsentativen Systems, sondern darin, unsere Institutionen repräsentativer zu machen. Und genau das ist das Ziel einer linkspolitischen Strategie“ (Mouffe 2018: 70).

2.3.2 Adjustierungen durch Theorieverknüpfung

Für die Fragestellung der Masterarbeit möchte ich einen Unterschied beider Ansätze herausarbeiten und eine adjustierende Verknüpfung vornehmen. Laclau und Mouffe gehen – wie oben ansatzweise erläutert - von einer kontingenten Auffassung des Sozialen aus. Dies führt dazu, dass zukünftige Verhältnisse, die nicht auf bestehenden Diskursformationen beruhen, nicht von ihnen theoretisiert werden können. Gabriele Winker hingegen bemüht sich insbesondere mit den Schritten „Demokratisierung und Selbstverwaltung des Care-Bereichs", „Vergesellschaftung aller Produktionsmittel", sowie „Kultur des Miteinanders und der Solidarität", solche utopische Wunschverhältnisse zu definieren und zu konkretisieren. Aus Perspektive Laclaus und Mouffes können insbesondere diese letzten Schritte der Care Revolution nicht hegemonietheoretisch erfasst werden, zumal diese nicht mehr auf bestehenden Verhältnissen basieren, sondern fast ausschließlich auf utopischen Vorstellungen beruhen. Hegemonie benötigt aufgrund ihrer grundlegenden Kontingenz eine gewisse Verhandlungsoffenheit. Daher werden die normativen Zielsetzungen der in der Masterarbeit zu entwerfenden gegen-hegemonialen Transformationsstrategie ausgehend von Care mithilfe der gemeinsamen normativen Zielsetzung und Stoßrichtung einer tiefgreifenden Veränderung des kapitalistischen Systems durch eine radikale Demokratisierung[6] festgelegt. Die ersten Schritte der Care Revolution, nämlich die „Vernetzung von Care-Aktivist_innen", die „Realisierung von Zeitsouveränität und Existenzsicherheit", sowie der „Ausbau sozialer Infrastruktur", die stärker auf bestehende gesellschaftliche Verhältnisse Bezug nehmen, dienen als erste normative Orientierung für das Festlegen eines geeigneten Ausgangspunktes zur Entwicklung einer gegen-hegemonialen Care-Transformationsstrategie. Die letzten Schritte der Care Revolution nach Winker werden dabei nicht näher berücksichtigt.

2.3.3 Komplementäre Verknüpfungen

Die geschilderten Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede beider Ansätze sollen nun komplementär zur Beantwortung der Fragestellung der Masterarbeit verknüpft

[6] Eine radikale Demokratisierung schafft egalitäre Verhältnisse für alle Menschen und umfasst daher auch die Gleichstellung von Frauen*, von Migrant*innen etc..

werden. Als gemeinsame normative Zielsetzung dieser gegen-hegemonialen Transformationsstrategie ausgehend von „Care“ kann eine radikale Demokratisierung und damit eine Infragestellung und Veränderung der neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft definiert werden.

Der Ansatz von Laclau und Mouffe gibt zwar eine Stoßrichtung für eine gesellschaftliche Transformation vor – nämlich eine Radikalisierung von Demokratie – kann aber keinen konkreten Ausgangspunkt hierfür nennen. Mit „Care“ und menschlichen Bedürfnissen als Ausgangspunkt einer Transformationsstrategie, kann ein diskursiver Möglichkeitsspielraum für eine Radikalisierung von Demokratie und ein tiefgreifender Wandel des neoliberalen Kapitalismus definiert werden. Winker kann also die Stoßrichtung der Postmarxist*innen konkretisieren. Durch ihren Ansatz kann zwar der Ausgangspunkt „Care“ bestimmt werden, jedoch nicht wie dieser in hegemonialen Verhältnissen eingebettet ist und gegen-hegemonial einwirken kann. Laclau und Mouffe können hier das Instrumentarium zur Verfügung stellen, um den Ausgangspunkt „Care" genauer zu konzipieren und damit zur - von Winker angestrebten - „Präzisierung dieser Ideen“ beitragen (Winker 2015: 144f). Hierbei kann nicht nur auf ihr Konzept der Hegemonie zurückgegriffen werden, sondern auch auf ein qualitatives Analyseverfahren zur hegemonietheoretischen Untersuchung bestehender Care-Proteste, nämlich der Diskursanalyse der Essex School. Das Potenzial des Ausgangspunktes „Care“ kann damit anhand eines Protestbeispiels hegemonietheoretisch untersucht und eruiert werden.

3. Forschungshypothesen

Dies bringt mich nun zu einer zentralen Herausforderung: Das weitere Konkretisieren des Ausgangspunktes „Care“. Um diesen Ausgangspunkt hegemonietheoretisch zu untersuchen, muss nämlich eine konkrete Protestbewegung ausgewählt werden (genaueres zur methodischen Herangehensweise der Masterarbeit s. Kapitel 4). Ich habe mich dafür entschieden Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich beispielhaft als Ausgangspunkt einer gegen-hegemonialen Care-Transformationsstrategie herzunehmen. Bevor diese Auswahl hegemonietheoretisch begründet wird, möchte ich mit Gabriele Winker erklären, weshalb diese Proteste als Care-Proteste angesehen werden können.

Mit Gesundheits- und Sozialberufen meine ich soziale Dienstleistungsberufe wie die Pflege, Pädagogik, Soziale Arbeit etc.. In einer SORA-Studie zu systemrelevanten Berufen der Arbeiterkammer Wien kommt ein hoher Frauenanteil sozialer Dienstleistungsberufe zum Ausdruck. Dieser beträgt in der Kinderbetreuung 88% und in der Pflege und in medizinischen Betreuungsberufen 82% (vgl. Schönherr und Zandonella 2020: 3). Gesundheits- und Sozialberufe können daher als „Frauenberufe“ verstanden werden. Ihre Arbeitsinhalte umfassen klassische Care-Tätigkeiten, wie das Pflegen, das Beraten, das Betreuen oder Erziehen von Menschen. Proteste in Gesundheits- und Sozialberufen treten nicht als Care Bewegung auf, sprechen aber viele Anliegen einer Care-Bewegung nach Gabriele Winker an. So führen Proteste von Beschäftigten in Gesundheits- und Sozialberufen zu einer „Vernetzung von Care-Aktivist_innen“ (Winker 2015: 152) und legen den Fokus auf die „komplementären Seiten“ des Care-Verhältnisses (ebd.: 133), indem sie Berufsgruppen, auf welche alle Menschen im Laufe ihres Lebens irgendwann einmal angewiesen sind, repräsentieren und deren Anliegen vertreten. Auch wurde in den z.B. Protesten der Sozialwirtschaft Österreich 2020 eine Arbeitszeitverkürzung, konkret eine 35-Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich gefordert. Diese Forderung kann als Maßnahme zur Realisierung des zweiten Schrittes, nämlich der „Realisierung von Zeitsouveränität und Existenzsicherung“ (ebd.: 154) nach Winker angesehen werden. Diese Proteste hatten auch eine bessere Entlohnung von Care-Beschäftigten zum Ziel, was als Bestandteil des Schrittes „Ausbau sozialer Infrastruktur“ (ebd.: 160) nach Winker verstanden werden kann.

Nun werden die Forschungshypothesen der Masterarbeit formuliert. Mit ihnen soll argumentiert werden, weshalb der Ausgangspunkt „Care“, konkret der Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen, gegen-hegemoniale Transformationen mit sich ziehen und als Ausgangspunkt einer Transformationsstrategie fungieren könnte. Dabei spielt die neoliberale kapitalistische Einbettung von „Care“ in allen aufgestellten Forschungshypothesen eine Rolle. In den Forschungshypothesen wird insbesondere auf die Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes, aber auch auf den Care Revolution-Ansatz von Gabriele Winker, sowie auf Ansätze der Bewegungs- und Geschlechterforschung zurückgegriffen.

Für Laclau und Mouffe führt die verstärkt seit den 1940er Jahren stattfindende „Ausdehnung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf alle soziale Verhältnisse“ (Laclau und Mouffe 2020: 197) zu neuen Antagonismen und damit neuen sozialen Kämpfen. Sogenannte „`neue soziale Bewegungen´“ (ebd.: 196) hätten klassische Arbeitskämpfe als wichtige Motoren der Gesellschaftsveränderung abgelöst. Diese neuen Kämpfe würden neue Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen und egalitäre Gesellschaftsverhältnisse breiter als die alleinige Auflösung kapitalistischer Klassenverhältnisse denken:

> „Der unbefriedigende Begriff `neue soziale Bewegungen´ fasst eine Reihe höchst unterschiedlicher Kämpfe zusammen: urbane, ökologische, anti-autoritäre, anti-institutionelle, feministische, anti-rassistische sowie ethnische, regionale oder sexuelle Minderheiten. Ihr gemeinsamer Nenner wäre ihre Unterscheidung von Arbeitskämpfen als `Klassen´-kämpfen“ (ebd.).

Ingrid Artus stellt eine „Feminisierung von Arbeitskämpfen“ fest (Artus 2019). Diese Feminisierung wäre durch die Tertiarisierung, die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, sowie durch neoliberale Entwicklungen, die zu einer Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in „Frauenberufen“ beigetragen hätten, entstanden (vgl. ebd.: 12ff). Feminisierte Arbeitskämpfe im Bereich sozialer Dienstleistungen werden verstärkt von Frauen ausgetragen und zeichnen sich durch neue Arbeitskampfstrategien, Inhalte und eine neue Streikkultur aus (vgl. ebd.; vgl. Artus u.a. 2017: 7). Dabei ginge es häufig um sogenannte „Anerkennungskämpfe“ weiblich konnotierter Care- und Reproduktionsarbeit (Artus 2019: 17). Zudem werden häufig „*qualitative* Arbeitsbedingungen“ (ebd. 18) wie eine Verringerung der Arbeitsbelastung, qualitative Betreuungsverhältnisse, und mehr Personal gefordert

(vgl. ebd.). In diesen neuen Arbeitskämpfen werden grundlegende kapitalistische Prämissen in Bezug auf die Organisation und das gesellschaftliche Verständnis von Arbeit und Gesellschaft in Frage gestellt (vgl. ebd.). Folgende Fragen werden in diesen Kämpfen aufgeworfen:

> „Was bedeutet eigentlich gute Arbeit? Und was ist diese wert? Nach welchen Prinzipien sollte Arbeit und sollte Entlohnung gestaltet werden? Wie kann eine gesellschaftliche Wertverteilung gesichert werden, die genügend Mittel für existentiell notwendige Dienste der Daseinsvorsorge bereitstellt? (ebd.).

Die erste Forschungshypothese lautet daher, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen feminisierte Arbeitskämpfe darstellen und dadurch als neue soziale Bewegung und gegen-hegemoniale Motoren für gesellschaftliche Transformation fungieren können. Dies wird v.a. damit begründet, dass in feminisierten Arbeitskämpfen sowohl materielle Verhältnisse als auch gesellschaftliche Grundverständnisse über Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse ausverhandelt werden und damit wie in den neuen sozialen Bewegungen viele unterschiedliche Unterordnungsverhältnisse grundlegend in Frage gestellt werden.

Zweitens verfügen Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen meiner Meinung nach über viele Anknüpfungspunkte zu anderen sozialen Bewegungen und Kämpfen und dadurch über ein vielversprechendes Potenzial für breite Bündnisse, zur Durchsetzung gegen-hegemonialer Zielsetzungen (oder in den Worten Laclaus und Mouffes für breite Äquivalenzketten). Durch das besondere Spannungsverhältnis der Care-Arbeit im neoliberalen Kapitalismus, materialisieren sich darin sowohl patriarchale und rassistische Herrschaftsverhältnisse, aber auch Anliegen von zum Beispiel Menschen mit Behinderungen. Dadurch könnten auch soziale Bewegungen im Kontext von Migration und Flucht, feministische Bewegungen oder Selbstvertretungsorganisationen von Sorgeempfänger*innen als Bündnispartner*innen fungieren. Viele Proteste in diesem Bereich werden von gewerkschaftlichen Institutionen mitgetragen, was sowohl aus Sicht Winkers (vgl. Winker 2015: 156), als auch aus Perspektive des Ansatzes der Ressourcenmobilisierung eine Stärkung für Protestbewegungen darstellt. Für letztere sind insbesondere die beständige Organisationsform, die guten Netzwerke und Medienkontakte der Gewerkschaft für einen Protesterfolg nützlich (vgl. Herkenrath 2011: 37f). Auch bietet die Care-Ethik Perspektive, die von „Menschen als grundlegend aufeinander Angewiesene“ (Winker 2015: 146) ausgeht, besonderes

Potenzial für die Schaffung von – in den Worten Laclaus und Mouffes - breiten Äquivalenzketten bzw. Konsensverhältnissen, zumal Care-Arbeit alle Menschen betrifft, von allen Menschen im Laufe des Lebens existentiell benötigt wird und daher alle Menschen ansprechen kann, da jeder Mensch einmal Sorgearbeit empfangen oder leisten muss.

Drittens und damit zusammenhängend bieten Care-Proteste – und auch Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen – Möglichkeiten einen Care-Ethik-Perspektivenwechsel anzustoßen und damit die neoliberale Denkweise grundlegend zu hinterfragen. Die Ausführungen im Kapitel 1.3. haben aufgezeigt, dass das neoliberale Staatsprojekt mit einer Privatisierung und Entpolitisierung von Care-Arbeit einhergeht und „Care" dem wohlfahrtsstaatlichen Gegenpol eines neoliberalen wettbewerbsorientierten Staatsprojektes zugerechnet wird. Die Dichotomie „Wohlfahrtsstaat versus neoliberaler Staat" und die damit einhergehenden vorherrschenden Vorstellungen von Abhängigkeit, könnte durch das Anerkennen eines grundlegenden menschlichen aufeinander Angewiesenseins aufgebrochen werden und neue emanzipatorische Gesellschaftsmodelle einer „ontology of relationality" (Mahon und Robinson 2011: 3) denkbar machen. Dies könnte durch das Betonen und Sichtbarmachen einer menschlichen Interdependenz als Normalzustand durch Care-Auseinandersetzungen und einer Radikalisierung und Politisierung von Care-Aspekten erfolgen und zu einem grundlegenden Wandel in der vorherrschenden kapitalistischen Systematik führen, die derzeit durch eine Abwertung und Unsichtbarmachung von Care-Arbeit charakterisiert ist. Hierfür könnten auch aktuelle Krisen hilfreich sein. Der drohende Pflegenotstand einer immer rapider alternden Gesellschaft, sowie die Corona Krise führen zu einer Zuspitzung der bereits bestehenden „Krise sozialer Reproduktion" (Winker 2015: 91). Krisen führen zu einer Auflockerung hegemonialer Diskursformationen, was neue gegen-hegemoniale Bestrebungen unterstützen könnte (vgl. Marchart 2013: 144). In der Corona-Krise haben die sogenannten „systemrelevanten Berufe" (Tolios 2021) eine neue Art der Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren. [7] Care-Beschäftigte wurden dabei -

[7] Der Begriff „systemrelevant" wird breiter als jener der Care-Arbeit gefasst, zumal darunter beispielsweise auch die Polizei oder die Post gefasst werden (vgl. Tolios 2021).

zumindest bei Ausbruch der Pandemie - als „Held*innen des Alltages“ gefeiert. Durch die Pandemie gerät, meiner Ansicht nach, die eigene Sterblichkeit verstärkt in den Fokus. Menschen erfahren tagtäglich, dass sie andere Menschen für ihr Überleben und die Bewältigung der weltweiten Gesundheitskrise *brauchen*. Proteste von Care-Beschäftigten könnten damit über ein neues Druckmittel verfügen: Wenn sich die Arbeits- und Lebensbedingungen von Care-Leistenden nicht verbessern, können Menschen nicht ausreichend gesundheitlich versorgt werden. Diese neuen Krisenerfahrungen könnten eine gegen-hegemoniale Ontologie der grundlegenden menschlichen Interdependenz vorantreiben.

4. Methodische Herangehensweise

Ziel der Masterarbeit ist es eine hegemonietheoretische Analyse bestehender Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen anzustellen, um daraus eine gegen-hegemoniale Care-Transformationsstrategie zu entwerfen. Für eine hegemonietheoretische Analyse von Protestbewegungen eignet sich das Diskursanalyseverfahren der Essex School. Um diese empirische Methode durchzuführen, braucht es sowohl Analysematerial einer konkreten Protestbewegung als auch allgemeine wissenschaftliche Literatur zum Untersuchungsgegenstand. Die Forschungslücken zum Untersuchungsgegenstand haben zu ersten Schwierigkeiten geführt.

Der Zusammenhang von Geschlechter- und Arbeitsverhältnissen wurde sowohl in der Geschlechterforschung als auch in der Arbeits- und Industriesoziologie vielerlei erforscht (vgl. Becker u.a. 2020: 1). Die Erforschung einer arbeitspolitischen Protestkultur in Frauenberufen bzw. in Gesundheits- und Sozialberufen stellt jedoch ein wissenschaftlich wenig erforschtes Themengebiet dar. So ist Geschlecht in der z.B. Streikforschung eine kaum beachtete Analysekategorie und „das streikende Subjekt [wird] per se männlich gedacht“ (Notz 2020: 215). Hier lässt sich aber eine Steigerung des öffentlichen und wissenschaftlichen Forschungsinteresses bemerken (vgl. Artus u.a. 2017: 7). Forschungen, welche postmarxistische Hegemonieanalysen mit Ansätzen der Bewegungsforschung verbinden, sind vorhanden (Exemplarisch: vgl. Marchart 2013; vgl. Howarth u.a. 2000). Es konnte jedoch keine Literatur zu hegemonietheoretischen Analysen von Protestbewegungen im Care Bereich gefunden werden. Hier scheinen feministische Proteste im Allgemeinen eher ein blinder Fleck zu sein. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass zwar zu den Theoriegebieten der Masterarbeit (Care-Arbeit, Hegemonietheorie, Bewegungsforschung), eine wissenschaftliche Debatte vorhanden ist, die spezifischen Theorieverknüpfungen aber noch nicht wissenschaftlich erfasst wurden, sowie Proteste im Care Bereich wenig erforscht worden sind.

So existiert auch wenig Literatur zur Kontextualisierung der Arbeitskonflikte von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich. Dies erschwert nicht nur die wissenschaftliche Abhandlung über das Themengebiet, sondern auch die Fallauswahl für die angestrebte Diskursanalyse. Für Diskursanalysen der Essex School eignen sich

bereits große und etablierte Bewegungen besonders gut. Dies hat nämlich den Vorteil, dass viel Analysematerial und häufig viel Literatur über die zu untersuchende politische Bewegung zur Verfügung stehen. Durch eine solche diskursanalytische Herangehensweise ist jedoch kaum eine Prognose und ad hoc Unterstützung von bestehenden und sich formierenden Kämpfen und Bewegungen möglich. Da es noch nicht zum Aufkommen einer signifikanten Care Bewegung gekommen ist, die Masterarbeit jedoch hegemoniale Verhältnisse bestehender Proteste anhand eines ausgewählten Fallbeispiels untersuchen möchte, wird das Finden eines geeigneten Falles und Analysematerials, sowie die Anwendung des Verfahrens erschwert. Um hegemoniale bzw. gegen-hegemoniale Verhältnisse einer noch nicht-signifikanten Protestbewegung zu untersuchen, braucht es daher zum einen methodische Anpassungen des Diskursanalyseverfahrens, zum anderen muss aufgrund mangelnder wissenschaftlicher Daten für eine bessere Kontextualisierung und stärkeren Validität der geplanten hegemonialen Diskursanalyse, Literatur zum Forschungsgegenstand selbst generiert werden.

Durch explorative Expert*inneninterviews sollen Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen rekonstruiert und anhand von Kategorien systematisiert und grundlegend insbesondere in Hinblick auf Spezifika, Entwicklungstendenzen, Herausforderungen und Strategien *inhaltlich* charakterisiert werden. Diese empirischen Ergebnisse werden u.a. als theoretische „Unterfütterung“ der anschließenden Diskursanalyse der Essex School hergenommen. Durch die poststrukturalistische Herangehensweise einer Diskursanalyse gerät die Kontingenz und damit auch die Transformation sozialer Strukturen ins Blickfeld, womit *hegemoniale Verhältnisse und Möglichkeitsspielräume* untersucht werden können. Dabei ermöglicht die diskursanalytische Weiterentwicklung des Essex School-Modells nach Oliver Marchart eine zusätzliche inhaltliche Vertiefung (vgl. Marchart 2013). Mit den empirischen und theoretischen Ergebnissen wird die angestrebte gegen-hegemoniale Care-Transformationsstrategie anhand von abschließenden Handlungsempfehlungen entworfen.

5. Empirische Methode: Expert*inneninterviews

Um die Forschungshypothesen - die Care-Protesten/Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich ein gegen-hegemoniales Potenzial attestieren - zu überprüfen, braucht es zunächst breite Wissenseinblicke in diese Protestphänomene. Diese Einblicke sind auch für die Auswahl vielversprechender Care-Proteste für die geplante hegemonietheoretische Diskursanalyse notwendig. Mangelnde wissenschaftliche Daten zum Untersuchungsgegenstand (s. Kapitel 4) machen das eigenständige Generieren von Daten mittels Expert*inneninterviews erforderlich. In Folge wird die methodische Herangehensweise dieser Expert*inneninterviews dargelegt.

5.1 Darstellung und Reflexion des Forschungsprozesses

Um breite Einblicke in den Untersuchungsgegenstand zu gewährleisten, braucht es ein spezifisches Wissen und spezifische Erfahrungen. Dies kann durch die Befragung von Personengruppen mit besonderen Kenntnissen in den zu untersuchenden Gegenstand, nämlich sogenannten Expert*innen erfolgen. Sie fungieren dabei im Forschungsprozess „weniger als (ganze) Person“, sondern in ihrer Rolle als Expert*in „für ein bestimmtes Handlungsfeld“ (Flick 2019: 214). Hier ist klarzustellen, dass Expertise im Forschungsvorhaben nicht unbedingt mit einer bestimmten beruflichen oder institutionellen Funktion begründet wird. Auch erfahrene Aktivist*innen von Arbeitsprotesten werden als Expert*innen angesehen. Durch die Interviews soll ein explorativer Überblick über arbeitspolitische Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich ermöglicht werden. Dabei wird von der heuristischen Annahme ausgegangen, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen einen gemeinsamen Kern aufweisen.

5.1.1 Forschungsdesign und Gesprächsleitfaden

Zu Beginn wurden ein Forschungsdesign und folgende Forschungsfragen festgelegt: Was sind zentrale Entwicklungen und Entwicklungstendenzen von Widerstandsaktivitäten von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich? Was sind

Spezifika dieser Widerstandsaktivitäten (auch im Vergleich zu anderen Branchen)? Was sind zentrale Herausforderungen der Widerstandsaktivitäten von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich? Welche strategischen Überlegungen liegen zur Verbesserung des status quo vor?

Auch ein Gesprächsleitfaden wurde für die Interviews erstellt, da sich ein solcher bei der Befragung von Expert*innen, die häufig aufgrund beruflicher Verpflichtungen unter Zeitdruck stehen, empfiehlt (vgl. Flick 2019: 215). Die in den Forschungsfragen aber auch im Gesprächsleitfaden angewandten Begrifflichkeiten wurden ausgesucht, weil sie einen breiten Erzählfluss der Expert*innen ermöglichen. Erste Internetrecherchen verdeutlichten nämlich, dass viele unterschiedliche Begriffe und Definitionen von Arbeitskonflikten im Untersuchungsfeld vorherrschen. Worte konstruieren und formen Wirklichkeit: So spiegeln Begriffe bereits eine Perspektive auf Proteste wider. Ich entschied mich für die Begriffe „Widerstandsaktivitäten von Arbeitnehmer*innen“ und nicht für die Begriffe „Proteste“, „Arbeitskonflikte“ oder „Arbeitskampf“, weil diese Bergriffe, meiner Meinung nach, den Deutungshorizont der Expert*innen weniger einengen, zugleich aber eine gewisse (aber nicht zu eindeutige) Greifbarkeit besitzen. Aus den gleichen Gründen heraus, wurde der Begriffskomplex „Gesundheits- und Sozialberufe“ ausgewählt. Begriffe wie Gesundheits- und Sozialberufe, Gesundheits- und Sozialwesen oder Gesundheits- und Sozialbereich werden häufig synonym verwendet. Obgleich damit Berufsgruppen im sozialen Dienstleistungssektor gemeint sind, bleibt oft unklar, welche konkreten Berufsgruppen und Tätigkeiten diese Bezeichnungen umfassen. Dieser Umstand kommt auch in den unterschiedlichen statistischen Klassifikationen des sozialen Dienstleistungsbereiches zum Ausdruck. Die Expert*inneninterviews werden – so eine Annahme – hier Begriffsverständnisse im Diskursfeld konkretisieren.

5.1.2 Feld(er)zugang und Expert*innenauswahl

Die Expert*innen wurden mittels eines theoretischen Sampling Verfahrens ausgewählt. Dabei wurde nach jedem geführten Interview die theoretische Sättigung des erhobenen Materials evaluiert. Die Sampling Dimensionen waren erstens der berufliche Expertisekontext der Interviewten. Dabei sollten unterschiedliche berufliche Perspektiven auf Widerstandsaktivitäten in Gesundheits- und Sozialberufen

repräsentiert werden. Zweitens sollten die Expert*inneninterviews eine Vielfalt an Protestaktionen im Untersuchungsfeld umfassen. Drittens sollte auch eine Vielfalt an Akteur*innenperspektiven zum Ausdruck kommen. So wurden neben der Gewerkschaft auch andere Akteur*innen, die in den letzten Jahren das Untersuchungsfeld mitgeprägt haben, inkludiert. Folgende Expert*innen konnten schließlich interviewt werden :

- Eva Scherz (GPA djp/ ÖGB),
- Josef Zellhofer (ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe/ ÖGB),
- ein*e Aktivist*in der Basisinitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“,
- ein*e Aktivist*in der Basisinitiative „Care Revolution Wien“,
- Selma Schacht (IG Socialis, GPA djp/ ÖGB/ Betriebsrätin/ Basisinitiative „Sozial aber nicht blöd“).

Durch eine allgemeine Anfrage an den Österreichischen Gewerkschaftsbund (kurz: ÖGB) konnte mit ersten Expert*innen Kontakt hergestellt werden. Das erste Interview wurde mit Eva Scherz, der Chefverhandlerin des Kollektivvertrages der Sozialwirtschaft Österreich (kurz: SWÖ) geführt. Dieser Kollektivvertrag betrifft viele unterschiedliche Berufsgruppen des Gesundheits- und Sozialbereichs. Eva Scherz ermöglichte einen guten Überblick über die gewerkschaftlichen Aktivitäten im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft Österreich (kurz: SWÖ KV-Verhandlungen), sowie über den privatwirtschaftlichen Gesundheits- und Sozialbereich.

Ein Blick auf die mediale Berichterstattung der letzten Jahre zeigt, dass neben der Gewerkschaft auch sogenannte Basisbewegungen[8] im Untersuchungsfeld in Erscheinung getreten sind. Die Kontaktaufnahme mit Basisbewegungen gestaltete sich zunächst komplexer. Ich erhielt durch eine Person meines sozialen Umfelds einen Kontakt zur Pflegebasisinitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und konnte

[8] Unter Basisbewegung oder Graswurzelbewegung versteht man politische Bewegungen, die nicht von einer offiziellen Institution, wie beispielsweise der Gewerkschaft, sondern von der „Basis“ (z.B. Arbeitnehmer*innen) initiieret und gestaltet werden. Basisbewegungen sind meist durch flache Hierarchien charakterisiert (vgl. Rucht 2016: 126, 129).

dadurch das zweite Expert*inneninterview führen. Diese Kontaktperson vermittelte mir einen Kontakt zur Pflegebasisinitiative „Care Revolution Wien“[9] und damit zum dritten Expert*inneninterview (Schneeballeffekt).

Um eine weitere gewerkschaftliche Perspektive zu inkludieren, führte ich anschließend ein Expert*inneninterview mit Josef Zellhofer dem Bundesvorsitzenden der ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, mit einer besonderen Expertise in der Zusammenführung der unterschiedlichen Berufsgruppen. Der Fokus auf öffentliche Pflegeproteste zweier Expert*innen machte aufgrund der festgelegten Sampling Dimensionen das Heranziehen einer weiteren Expertise mit Fokus auf andere Berufsgruppen erforderlich. Die fünfte Expertin Selma Schacht kann u.a. Einblicke in Widerstandsaktivitäten der Sozialen Arbeit ermöglichen. Sie ist sowohl in einem gewerkschaftlichen und betrieblichen Kontext (IG Socialis, Betriebsrätin, Mitglied des SWÖ KV-Verhandlungsteams), als auch in der Basisinitiative „Sozial aber nicht blöd“ aktiv.

Die Interviews mit den Expert*innen Scherz, Zellhofer und jenen der Basisinitiativen wurden im August 2019 geführt, das Interview mit Selma Schacht datiert vom 01.02.2020. Sie geben daher keine Einblicke in darüber hinausgehende Entwicklungen (z.B. die SWÖ Kollektivvertragsverhandlungen 2020). Die Expert*inneninterviews von Eva Scherz, Josef Zellhofer und Selma Schacht werden nicht anonymisiert ausgewertet und dargelegt. Die Interviews der Pflegeinitiativen werden in der Masterarbeit pseudonymisiert behandelt.

5.1.3 Datenerhebung und -auswertung

Vier Interviews wurden face-to-face geführt, aufgenommen und alle für die Masterarbeit zentralen Interviewpassagen wurden anschließend transkribiert. Diese Interview-Transkriptionen und das E-Mail-Interview von Selma Schacht stellen das Untersuchungsmaterial dar. Dieses wurde einer qualitativen Inhaltsanalyse nach

[9] Die Basisinitiative „Care Revolution Wien“ stellt in ihrem Webauftritt keinen Zusammenhang zum Ansatz der „Care Revolution“ nach Gabriele Winker her (s. Care Revolution Wien o. J.).

Philipp Mayring (1994) unterzogen. Dabei wurden die zwei Grundtechniken der Zusammenfassung und Strukturierung angewendet (vgl. Mayring 1994: 164). Durch die strukturierende Grundtechnik konnte das Material systematisiert und anhand entwickelter Ordnungskriterien/Kategorien deduktiv strukturiert werden (vgl. ebd.: 169ff). Die zusammenfassende Herangehensweise ermöglichte eine Reduktion des breiten Materials, sowie das Finden induktiver Kategorien (vgl. ebd.: 164 ff). Im Sinne der Güterkriterien qualitativer Sozialforschung wird durch die Kombination der inhaltsanalytischen Grundtechniken eine bessere Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ermöglicht (vgl. Flick 2019: 487ff).

Aus dem Gesprächsleitfaden wurde ein deduktives Kategoriensystem, sowie ein Kodierleitfaden entwickelt. Das Material wurde nach diesem Kodierleitfaden durchgearbeitet. Die entwickelten „Codes“ wurden am Gesamtmaterial überprüft und mehrmals angepasst. Die zusätzliche induktive Vorgangsweise der zusammenfassenden Grundtechnik ermöglichte insbesondere das Verfeinern der bereits entwickelten deduktiven Kategorien, sowie das Codieren überraschender Textpassagen. Die induktive Kategorie „Konflikte“ wurde beispielsweise aufgrund unerwartet vieler „innerer“ Konflikte hinzugefügt. Die Interviews wurden in einem ersten Schritt separat ausgewertet und codiert. In einem zweiten Schritt wurden alle Auswertungsergebnisse zusammengeführt. Besonderheiten einzelner Interviews wurden in der Zusammenführung beibehalten. Damit wird sowohl eine vergleichende Perspektive innerhalb des Untersuchungsgegenstandes als auch eine gemeinsame Darstellung gewährleistet. Dieser vergleichende und zusammenführende Interpretationsprozess ermöglicht eine bessere Validierung der Ergebnisse, zumal die Expert*innenaussagen sich gegenseitig bestätigen oder widersprechen können und beides so Berücksichtigung finden kann.

6. Ergebnisdarstellung der Expert*inneninterviews

In diesem Kapitel werden zentrale Ergebnisse der Inhaltsanalyse und ihrer Interpretation dargelegt. Die explorative Zielsetzung erforderte ein gewisses Abstraktionsniveau bei der Auswertung und Ergebnisdarstellung. Diskontinuitäten und Besonderheiten werden trotz Abstraktionsniveau beleuchtet.

6.1 Zentrale Entwicklungen

In Folge werden wichtige Ergebnisse der inhaltsanalytischen Kategorien „Entwicklung“ und „Einschätzungen Zukunft“ dargelegt. Ziel dieses Unterkapitels ist eine Rekonstruktion zentraler Entwicklungen und Entwicklungstendenzen von Widerstandsaktivitäten in Gesundheits- und Sozialberufen zu gewährleisten.

In den Erzählungen der Expert*innen verläuft eine narrative Trennungslinie zwischen dem privatwirtschaftlichen Gesundheits- und Sozialbereich (kurz: privater Bereich) und der öffentlichen Pflege. Diese Trennungslinie ist meines Erachtens v.a. auf den Expert*innenkontext der Befragten und die gewerkschaftliche Vertretung zurückzuführen.[10] Dennoch kann sie auf eine besondere Bedeutung der Pflege im Untersuchungsfeld hindeuten. Die Trennungslinie verläuft nicht starr, sondern häufig diffus, sodass nicht immer klar ist, ob sich Expert*innen in ihren Schilderungen auf Gesundheits- und Sozialberufe als Ganzes, auf Teilbereiche oder auf spezifische Berufsgruppen beziehen. Dadurch wurde eine Rekonstruktion zentraler gemeinsamer Entwicklungen erschwert. Da die Forschung explorativ ausgelegt ist und damit auf Überblickswissen abzielt, ist diese Rekonstruktion für die Forschungszwecke der Masterarbeit ausreichend. In Folge werde ich die Entwicklungen anhand dieser diffus

[10] Die gewerkschaftliche Vertretungspolitik differiert im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich. Während z.B. Beschäftigte der öffentlichen Pflege in Wien (z.B. in öffentlichen Wiener Krankenhäusern) von der Younion Teilgewerkschaft vertreten werden, sind die Teilgewerkschaften GPA djp (heute GPA) und Vida für den privatwirtschaftlichen Gesundheits- und Sozialbereich (z.B. NGOs und private soziale Dienstleistungsunternehmen) zuständig.

verlaufenden Trennungslinie darlegen und daher zwischen privaten und öffentlichen Gesundheits- und Sozialbereich unterscheiden, sowie den Begriff „Gesamtbereich“ bei gemeinsamen Rekonstruktionen verwenden.

6.1.1 Zentrale Ereignisse und Entwicklungstendenzen

In der Kategorie „Entwicklung“ wurden Ereignisse, Entwicklungen und Entwicklungstendenzen der Widerstandsaktivitäten erfasst.

Zunächst zum privaten Gesundheits- und Sozialbereich: Nach einer arbeitspolitischen „Hochblüte“ der Sozialen Arbeit in den 1970er Jahren und Anfang der 1980er Jahre, folgten in den 1990er Jahren, so Schacht, verstärkte Sparmaßnahmen und Rationalisierungen (Schacht 2020a). In den letzten Jahren kam es im Sozialbereich jedoch wieder vermehrt zu Forderungen nach ausreichender Finanzierung und lebenswerten Arbeitsbedingungen (vgl. ebd.). Dabei gilt die Gründung von Kollektivverträgen als ein Entwicklungsmeilenstein[11] und Kollektivvertragsverhandlungen als zentrale Auslöser von Protesten (vgl. Scherz 2019). Der Kollektivvertragsabschluss der Sozialwirtschaft Österreich (ehemalig BAGS) im Jahr 2003 wird von Schacht und Scherz besonders hervorgehoben (vgl. Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). Die jährlichen Aktionen hätten mit diesen Kollektivvertragsverhandlungen einen Aufwind erfahren und hätten sich seither vermehrt, vergrößert und bis hin zu den ersten Streiks entwickelt. Diese Streiks werden dabei als „neue“ Entwicklungen beschrieben: „[I]m Jahr 2000, wenn man jemand gefragt hätte […] gibt es Streiks im Sozialbereich? Wäre die Frage sicher verneint worden“ (Scherz 2019). Die Aktionen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich hätten sich zunächst in Form von öffentlich wirksamen Aktionen außerhalb der Betriebe ausgedrückt und erst nach und nach in Betrieben Fuß gefasst. Dabei hätten kämpferische Betriebsrät*innen eine Schlüsselrolle gespielt (vgl. Schacht 2020a). Scherz berichtet von einer positiven Resonanz von Beschäftigten und Angehörigen.

[11] Schacht hebt in diesem Zusammenhang jedoch auch hervor, dass Kollektivverträge „[e]ine teils massive Graduierung nach unten aber für all jene, die sich bisher bessere Arbeitsbedingungen sichern konnten“ darstellten (Schacht 2020a).

Scherz und Schacht stellen - bezugnehmend auf den privaten Bereich - eine Steigerung des Branchenbewusstseins fest (vgl. Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). So habe man sich früher eher „als Behindertenbegleiter gesehen, oder als Kindergruppenbetreuerin, oder als Altenpflegerin. Aber man hat sich nicht zu sehr […] der Sozialbranche als Branche […] zugehörig gefühlt“ (Scherz 2019). Diese Entwicklungstendenz führt Scherz u.a. auf die neue Bezeichnung „Sozialwirtschaft“ zurück: „Wir sind nicht mehr am Rande der Gesellschaft, wir sind ein *Teil* der Wirtschaft“ (Scherz 2019).

Die interviewte Person der Basisinitiative Care Revolution Wien stellt eine Zunahme von „Protesten, Versammlungen und Androhungen von Streiks“ (Care Revolution Wien 2019) der öffentlichen Pflege fest. Der Anstieg der Arbeitsbelastung führe zu einer höheren Bereitschaft sich politisch zu organisieren. Auch habe ein Generations- und Personalwechsel, sowie die Akademisierung der Beschäftigten dazu geführt, dass sich diese nun mehr zutrauen würden (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Zellhofer 2019). Die Pflege konnte sich als Beruf mit eigenem Handlungsfeld und eigener Theorie etablieren (vgl. Care Revolution Wien 2019). In den letzten Jahren traten einige Pflege-Basisbewegungen im öffentlichen Gesundheitsbereich insbesondere im Kontext berufsgesetzlicher Entwicklungen in Erscheinung. Die Basisbewegung „CaREvolution Salzburg“, fungierte als Vorbild für die Gründung von „Care Revolution Wien“. Letztere entstand 2015 in Reaktion auf eine gesetzesbedingte Umschichtung vormals ärztlicher Tätigkeiten auf Pflegepersonal (vgl. Care Revolution Wien 2019). „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, trat als gewerkschaftsunabhängige Protestbewegung der öffentlichen Pflege in Erscheinung (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Diese Basisinitiative wurde aufgrund fehlender Optierungsmöglichkeit für Altbedienstete in das neue Besoldungs- und Dienstrecht der Stadt Wien, welche mit einem „massive[n] finanziellen Nachteil“ für Altbedienstete einhergehe, im Jahr 2018 ins Leben gerufen (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

In Bezug auf den Gesamtbereich gehen die Expert*innen im Allgemeinen von einer positiven Entwicklungstendenz aus. Die Akademisierung der Berufsgruppen hat das wissenschaftliche Forschungsinteresse erhöht (vgl. Scherz 2019) und führe, so Zellhofer, auch zu einem erhöhten Selbstbewusstsein der Beschäftigten und zu mehr Widerstand (vgl. Zellhofer 2019). Der Bereich verfüge über eine stärkere

Medienpräsenz (vgl. Scherz 2019); auch gäbe es mehr mediale Debatten über die Wichtigkeit helfender Berufe (vgl. Care Revolution Wien 2019). Der Experte Zellhofer führt aber aus, dass er schon lange keine „klassische[n] Streiks“ mehr miterlebt habe (Zellhofer 2019). Diese Aussage steht im Widerspruch zu den Streikschilderungen der anderen Expert*innen (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). Auch die befragte Person von „Care Revolution Wien“ bezeichnet allerdings die Streiks des privaten Sozialbereichs als „[k]eine großartigen Streiks, aber so ansatzweise“ (Care Revolution Wien 2019). Diese paradoxen Aussagen zeigen meiner Ansicht nach auf, dass unter den Expert*innen unterschiedliche Streikverständnisse und Wahrnehmungen über Arbeitskonfliktentwicklungen vorherrschen.

In allen Erzählungen wird der Gewerkschaft viel Gewichtung gegeben. Dies verdeutlicht eine Art Vormachtstellung gewerkschaftlicher Institutionen im Diskursfeld. Die SWÖ-KV Verhandlungen der GPA djp/Vida werden als einzige Proteste in allen Interviews implizit oder explizit erwähnt, was auf eine besondere Rolle dieser Proteste hindeutet. Die Basisinitiativen beziehen sich in ihren Erzählungen aufeinander. Ihre Aktivitäten werden weder von Schacht und Scherz noch von Zellhofer erwähnt.

6.1.2 Zukünftige Entwicklungen

Im Interview teilten die Expert*innen auch Einschätzungen zu zukünftigen Entwicklungen mit. Diese wurden in der Kategorie „Einschätzungen Zukunft“ erfasst. Die befragte Person von „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vermutet, dass es zukünftig zu einer Radikalisierung von Pflegeprotesten kommen werde: „[E]s wird in den nächsten 10 Jahren Pflegestreiks […] in Österreich [geben]“ (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Dies wird darauf zurückgeführt, dass weitere Sparmaßnahmen und Kürzungen zu erwarten seien, zumal es sich um einen der letzten Bereiche mit Staatsausgaben handle (vgl. ebd.). Eva Scherz geht davon aus, dass Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Bereich zukünftig nicht reichen werden und weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung einer anhaltenden Unterstützung von Beschäftigten hin (vgl. Scherz 2019).

6.2 Akteur*innen und Bündnisse

Alle an der Organisation und Durchführung von Widerstandsaktivitäten beteiligten Akteur*innen wurden im Material mit der Kategorie „Akteur*innen“ systematisiert. Zielorientierte und intentionale Zusammenschlüsse zwischen Individuen und Kollektiven wurden als „Bündnisse“ erfasst. Die Ergebnisse dieser zwei Kategorien werden nun dargelegt.

Als zentrale Akteur*innen der Widerstandsaktivitäten wurden gewerkschaftliche Institutionen (z.B. GPA djp, Vida, Younion, IG Socialis), Betriebe, Basisinitiativen (z.B. Care Revolution Wien, Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Sozial aber nicht blöd), politisch-aktivistische Organisationen aus dem linkspolitischen und v.a. sozialistischen Spektrum (z.B. RSO, Herzschlag, KOMintern), berufliche Interessensvertretungen (z.B. Ärztekammer, ÖGKV), Beschäftigte (auch anderer Berufsgruppen), sowie Angehörige und Patient*innen/Klient*innen genannt.

Dabei wird die Zusammenarbeit mit Betrieben und Betriebsrät*innen von Scherz hervorgehoben (vgl. Scherz 2019). Die Zusammenarbeit mit beruflichen Interessensvertretungen stellt einen wichtigen Aspekt von Josef Zellhofers Interview dar (vgl. Zellhofer 2019). Die Pflege-Basisinitiativen betonen v.a. die Zusammenarbeit zwischen linkspolitischen Organisationen und Aktivist*innen[12] (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Eine enge Zusammenarbeit mit Angehörigen und Patient*innen/Klient*innen, die für Forderungen der Arbeitskämpfe sensibilisiert werden müssten, wird von Schacht und Scherz beschrieben. Schacht spricht in diesem Zusammenhang von einem „Bündnis mit den Betroffenen“ (Schacht 2020a).

6.3 „Anderssein“ und Protest

In Folge wird die Kategorie „Spezifika, Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ dargelegt. Darunter fallen Textpassagen, die Verweise auf die speziellen Bedingungen

[12] Care Revolution Wien ist z.B. ein Bündnis zweier politischer Organisationen.

der Widerstandsaktivitäten in Gesundheits- und Sozialberufen enthalten und diese gegebenenfalls auch mit Aktivitäten anderer Branchen oder Berufsgruppen vergleichen. Auch Vergleiche im Bereich selbst werden von dieser inhaltsanalytischen Kategorie erfasst. Im Interpretationsprozess stellte sich heraus, dass gerade die Spezifika und die Unterscheidungen von Gesundheits- und Sozialberufen im Vergleich zu anderen Branchen als Protestherausforderungen konstruiert wurden, sodass ich an dieser Stelle auch die Ergebnisse der Kategorie „Herausforderung" miteinfließen lassen werde. Als „Herausforderung" wurden sowohl Herausforderungen im Zusammenhang mit der strukturellen und systematischen Einbettung von Gesundheits- und Sozialberufen identifiziert, als auch Herausforderungen die mit den Beschäftigten selbst zusammenhängen. Leider konnten nur wenige Spezifika, die sich positiv auf den Protesterfolg auswirken, herausgelesen werden. Zunächst sollen jene Spezifika, die Protestherausforderungen darstellen, dargelegt werden, anschließend werden jene denen ambivalente Protestchancen zugemutet werden, ausgeführt.

6.3.1 „Anderssein" als Protestherausforderung

In allen Interviews wird insbesondere durch Vergleiche zu Produktionsberufen ein explizites oder implizites „Anderssein" von Gesundheits- und Sozialberufen konstruiert. Dieses „Anderssein" durchzieht die Charakterisierungsversuche der Expert*innen.

Das „Märchen", wonach in Gesundheits- und Sozialberufen kein Streik möglich sei, habe sich laut Schacht „lange Jahre hartnäckig gehalten" (Schacht 2020a). Es musste mit bestimmten Vorstellungen, mit bestimmten Bildern von Arbeitskämpfen gebrochen werden. Die vorherrschenden Vorstellungen von Arbeitskämpfen werden meist von den Expert*innen anhand von Produktionsberufen veranschaulicht:

> „Hier verschiedene Formen auszuprobieren und nicht zu sagen, es ist immer die große Fabrikhalle, wo alle stehen, und einer redet […] das hat halt auch Zeit gebraucht. Das auch zu akzeptieren" (Scherz 2019).

Der Gesundheits- und Sozialbereich verfüge laut der befragten Person von „Care Revolution Wien" über keine gewerkschaftliche Tradition von Arbeitskämpfen (vgl.

Care Revolution Wien 2019). Dies führe dazu, dass das Arbeitskampfpotenzial der Berufsgruppe und insbesondere deren Streikfähigkeit noch bewiesen werden muss:

> „Das es […] bei uns halt so noch nicht so viele Beispiele dafür gibt […] schadet natürlich ein bisschen. Das heißt man ist eher so in der Vorreiterrolle, wir müssen erstmal beweisen, ok, es ist auch möglich […] in der Pflege zu streiken oder im Sozialbereich zu streiken“ (ebd.).

Beschäftigte in Gesundheits- und Sozialberufen sorgen für das Wohl und häufig die (Über-)Lebensfähigkeit von Menschen. Dies wird von beinahe allen Expert*innen als Spezifikum hervorgehoben (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). Die starken gesellschaftlichen Pflichten von helfenden Berufen und die existentiellen Folgen von Protestmaßnahmen auf Patient*innen, Klient*innen und Angehörige werden nicht nur als zentrale Herausforderung dargelegt, sondern auch als Spezifikum hervorgehoben:

> „[I]n anderen Bereichen […] großteils sind auch Menschen betroffen, aber natürlich in einer anderen Art, weil wenn ich heute nicht einkaufen gehen kann, ja, dann ist es etwas anderes, als wenn ein alter Mensch nicht […] betreut wird. Und hier, so zu sagen ein, gutes Gleichgewicht zu finden zwischen Protest, Widerstand und auf der anderen Seite natürlich wird *niemand* ahm, von den anvertrauten Personen […] alleine gelassen, es wird jeder gewaschen, es wird jeder gepflegt, es kriegt jeder was zu essen“ (Scherz 2019: 4).

Dies führt zu vergleichsweise schwierigeren Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen für die Organisation von Widerstandsaktivitäten (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). So müsse zur Sicherung einer Grundversorgung ein Notbetrieb organisiert werden (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Scherz 2019). Im folgenden Zitat der befragten Person von Care Revolution Wien wird dies im Vergleich zur Metallindustrie verdeutlicht:

> „Also ich glaube, es ist schwerer zu organisieren, vielleicht ein bisschen komplexer, im Metallbetrieb, kann ich sagen, `hey […] wir streiken jetzt´ und du gehst halt raus. Da gibt es nichts, wo du daran denken musst, ok. Ich kann eine Station mit 30 Leuten nicht einfach verlassen“ (Care Revolution Wien 2019).

Diese hohen Verpflichtungen machen auch eine enge Zusammenarbeit mit Angehörigen notwendig (vgl. Scherz 2019). Erfolgreiche Proteste müssten aufgrund der menschlichen Spannungsverhältnisse von helfenden Berufen auch stärker Beschäftigte an der Basis einbinden, da hier „eine ausschließlich hierarchische Kommandostruktur mit einem Streik auf Knopfdruck“ nicht funktioniere (Schacht 2020a).

Das damit zusammenhängende hohe Verantwortungsbewusstsein der Beschäftigten, erschwere ihre Teilnahme an Protestmaßnahmen (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Scherz 2019). Insbesondere in der Pflege führe dies zu einer Zurückhaltung sich an Aktionen zu beteiligen (vgl. Scherz 2019).[13]Die „Selbstopferungskultur" von Pflege-Beschäftigten wird von der befragten Person von Care Revolution Wien folgendermaßen umschrieben:

> „Egal wie es mir geht, ich mache eh alles gut, ich helfe allen. Also dass man […] auch nicht auf sich schaut, dass man nicht schaut, ok, was brauche ich, um meine Arbeit gut zu machen. Sondern dass ich alles dafür tue, um Arbeit irgendwie durchzudrucken" (Care Revolution Wien 2019).

Zugleich erschweren Überlastung und Erschöpfung die Mobilisierung: „[I]ch habe mit Krankenschwestern geredet […] *die waren fertig*. Die […] gehen halt nicht auf ein Treffen, weil sie fertig sind" (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Care Revolution Wien 2019). Diese Überlastung und ein Zeitmangel wird u.a. auf die hohen menschlichen Anforderungen und den steigenden Personalmangel des Bereichs zurückgeführt. Spezifisch für die Arbeitskämpfe sei deshalb auch die Zentralität von Fragen rund um personelle Ressourcen (vgl. Care Revolution Wien 2019).

Sowohl der öffentliche als auch der private Gesundheits- und Sozialbereich finanzieren sich großteils mittels öffentlicher Förderungen und Gelder (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a). Die Proteste richten sich daher überwiegend gegen den Staat oder Subventionsgeber*innen (vgl. Schacht 2020a) und nicht, wie beispielsweise in Produktionsberufen, gegen finanzielle Interessen von Firmen oder Konzernen (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Die

[13] Das hohe Verantwortungsbewusstsein von Pflegekräften kommt auch in der qualitativen Studie „Kollektives Beschäftigtenhandeln in der Altenpflege" (2017) zum Ausdruck. Beschäftigte in der Altenpflege würden über eine starke intrinsische Berufsmotivation verfügen (vgl. Schröder 2017: 140). Als meist angeführter Hindernisgrund des kollektiven Handelns wird von 72% der befragten Altenpfleger*innen angeführt, dass sie durch Streiks Patient*innen gefährden könnten, 48,5 % hindern berufliche Verpflichtungen und 43,3% sind meist zu erschöpft, um sich arbeitspolitisch zu engagieren (vgl. ebd.: 192).

Arbeitskämpfe würden sich häufig direkt **„**gegen Regierung und Politik**“** wenden (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

Als „Frauenbranche“ (Scherz 2019) werde der Bereich gesellschaftlich weniger anerkannt und häufig, so Zellhofer, noch immer nicht als „richtiger“ Beruf angesehen und Bereichen der Freiwilligkeit und Freizeit zugeordnet (vgl. Zellhofer 2019). Ein diffuses Verhältnis zwischen Freiwilligkeit und Arbeit kommt, laut Schacht, auch auf Ebene der Beschäftigten zum Ausdruck, die ihre Arbeit häufig noch nicht als Arbeit, sondern als Art soziale Gefälligkeit verstehen würden (vgl. Schacht 2020a). Patriarchale Geschlechterverhältnisse und Widerstandskulturen erschweren Protestmaßnahmen: „[G]erade in unserer Kultur ist Widerstand sehr männlich geprägt, wenn man so nachdenkt […] zumindest der nach offen, ausgehängte“ (Scherz 2019). Die Sozialisierung von Frauen führe dazu, dass sie „tendenziell dazu neigen, sich mehr […] gefallen [zu] lassen, sich unterzuordnen“ (Care Revolution Wien 2019). Diese „untergeordnete“ weibliche Rolle ist auch in Berufsbildern verwurzelt. So galten Krankenschwestern lange „nur“ als Helferinnen des (männlichen) Arztes (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Zellhofer 2019). Frauen seien zudem häufiger doppelbelastet, alleinerziehend und damit schwerer zu mobilisieren (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Der Zusammenhang zwischen Gender und Widerstandskultur kommt auch in der geschlechterspezifischen Zusammensetzung von Aktivist*innen zum Ausdruck. Bei Care Revolution Wien seien mehr männliche als weibliche Pflegekräfte aktiv, obgleich in der Pflege selbst überwiegend Frauen beschäftigt sind (vgl. Care Revolution Wien 2019).

Viele Pflegekräfte haben einen Migrationshintergrund (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Eva Scherz führt in diesem Zusammenhang aus, dass die Hemmschwelle von Migrant*innen sich an Aktionen zu beteiligen manchmal größer sei (vgl. Scherz 2019). Auch Globale Arbeits- und Armutsverhältnisse erschweren das Entstehen von Widerstand. So würden Migrant*innen aus überwiegend Osteuropa, die prekären Arbeitsbedingungen der 24-Stunden Pflege in Kauf nehmen, weil in ihren Herkunftsländern noch prekärere Lebensverhältnisse vorherrschen würden (vgl. Care Revolution Wien 2019).

Die Diversität des Bereichs manifestiert sich nicht nur auf Ebene der Beschäftigten, sondern auch strukturell. Viele unterschiedliche Berufsgruppen und Arbeitsstätten erschweren die Entwicklung eines gemeinsamen Branchenbewusstseins und einer gemeinsamen Widerstandskultur (vgl. Scherz 2019). Die späte Gründung von Kollektivverträgen hätte zu einem vergleichsweise späten Gemeinschaftsgefühl beigetragen (vgl. Schacht 2020a). Die gewerkschaftliche Vertretungspolitik von Gesundheits- und Sozialberufen erfolge nicht einheitlich, sondern ist auf unterschiedliche Teilgewerkschaften aufgeteilt (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Hinzu kommen komplexe föderalistische gewerkschaftliche Zuständigkeitsbereiche und Verhandlungsstrukturen (vgl. Scherz 2019; vgl. Zellhofer 2019).

Nicht explizit als Spezifika für Widerstandsaktivitäten in Gesundheits- und Sozialberufen artikuliert, aber als herausfordernd eingestuft, werden „innere Konflikte“. Unter dieser Kategorie wurden angesprochene Konflikte *innerhalb* der Widerstandsaktivitäten subsumiert. Solche wurden insbesondere in den Interviews der Basisinitiativen „Care Revolution Wien“ und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, sowie - auch wenn in einem geringeren Ausmaß - im Interview von Selma Schacht artikuliert. Gewerkschaftliche Vertretungspolitik und gewerkschaftliche Einstellungen zu Arbeitskämpfen stehen im Zentrum ihrer Kritik. Dabei werden v.a. mangelnde Mitspracherechte für Beschäftigte, sowie von den zwei Pflegebasisinitiativen eine mangelnde Kampf- und Streikbereitschaft der Younion Teilgewerkschaft kritisiert.

6.3.2 „Anderssein“ als ambivalente Protestchance

Nun zu den Spezifika von Gesundheits- und Sozialberufen, die nicht ausschließlich als Herausforderung bzw. Problemfelder angesehen, sondern auch mit Protestchancen verknüpft werden.

Die Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen weisen aufgrund der Gefährdung einer Grundversorgung eine hohe Radikalität auf. Sie entfalten besonders in zentralisierten Arbeitsstätten Potenziale, gesellschaftliche Transformationen hervorzubringen:

> „Wenn man jetzt den reinen KAV nimmt, sind das 30 000 Leute, ich meine keine Ahnung, wenn du da irgendwie, da eine kämpferische Streiksituation hast, dann hast du halt eine Systemüberwindung […] irgendwie inhärent“ (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

Hier fehle es aber auf Ebene der Beschäftigten an Bewusstsein für diese systemische Bedeutung und Gestaltungsmacht. Pflegekräften sei beispielsweise oft nicht klar, wie sehr sie zum Systemerhalt benötigt werden und „was für eine Machtposition sie eigentlich haben, was so ihr Stellenwert in dem ganzen Ding ist“ (Care Revolution Wien 2019).

In den Schilderungen der Expert*innen wird der hohe Rückhalt, das Vertrauen und eine positive Resonanz der Bevölkerung als Chance für Protestbewegungen konstruiert. In Bezug auf Pflegekräfte meint die interviewte Person von „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“: „[D]ie Leute haben halt auch einen *irrsinnigen* hohen moralischen Hebel. So keine Ahnung […] Also uns kannst du halt nicht shamen, wenn wir streiken, oder *sehr schwer*“ (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Diese Betroffenheitsdimension entfaltet daher auch Protestchancen. Für Schacht ist in diesem Zusammenhang „ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen auch immer ein Kampf für bessere Lebensbedingungen der KlientInnen“ (Schacht 2020a).

Eva Scherz stellt eine besondere Demonstrationsfreudigkeit des Sozialbereichs fest:

> „[D]er Behindertenbereich […] und SozialarbeiterInnen sind sehr demonstrationsfreudig. Das ist in anderen Bereichen eher nicht so üblich […] [U]nser Bereich geht gerne auch auf die Straße und zeigt das auch“ (Scherz 2019).

Auch Pflegekräfte würden, trotz anfänglicher Zurückhaltung, bei Aktionen selbst besonders kampf- und demonstrationsfreudig auftreten (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Den Gesundheits- und Sozialbereich durchzieht also ein Widerspruch: Einerseits sind die Beschäftigten insbesondere in der Pflege zurückhaltend sich an Aktionen zu beteiligen, andererseits sind die Berufsgruppen bei Aktionen überdurchschnittlich kampfbereit. Die Basisinitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bezeichnet die Gesundheitsberufe in diesem Zusammenhang als die noch verkannten „zweiten Metaller in Österreich“ (ebd.). Pflegekräfte hätten zudem aufgrund des Personalmangels vergleichsweise weniger Angst vor Kündigungen (vgl. ebd.).

Der Gesundheits- und Sozialbereich sticht durch besonders kreative, bunte Protestformen und vorsichtige „auf langsame Eskalation“ bedachte Maßnahmen hervor (Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). Neben Demonstrationen (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Scherz 2019; vgl. Zellhofer 2019) und Kundgebungen (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a) wurde beispielsweise auch auf Petitionen, Unterschriftaktionen, aber auch auf kreative Protestformen wie Flashmobs (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019), Straßentheater und Installationen zurückgegriffen (vgl. Schacht 2020a). Dies kann Arbeitgeber*innen überraschen und damit das Protestpotenzial erhöhen. Im folgenden Zitat wird am Beispiel einer durchgeführten Mahnwache ein Vergleich zur Metallbranche – hier aber in einem stärkenden Sinne – angestellt:

> „[D]as war für unsere Arbeitgeber total verstörend, dass vor ihrer Haustür […] jemand steht. Also würde man sagen, ist das eine Widerstandsform? *Ja*. Natürlich wenn man 10 Leute vor die Voest stellt, ist es wahrscheinlich keine Widerstandsform, aber im Sozialbereich bewirkt *so etwas* schon Großes“ (Scherz 2019).

Betreffend die Zusammensetzung und Diversität der Beschäftigten werden auch zwei Aspekte positiv hervorgehoben: Erstens immunisiere die Diversität der Pflege bis zu einem gewissen Grad gegen politische oder rassistische Spaltungsversuche. Zweitens stelle die z.B. Pflege eine „relativ linke Berufsgruppe“ dar (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

6.4 Arbeitspolitische Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Nun zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden innerhalb des Bereichs. Die Gewerkschaftspolitik der Younion Teilgewerkschaft, die den öffentlichen Wiener Gesundheits- und Sozialbereich vertritt, wird von den Pflegebasisinitiativen mit der Gewerkschaftsarbeit der GPA djp und Vida (privater Gesundheits- und Sozialbereich) verglichen und kritisiert:

> „[I]ch glaube, es kommt ja auch auf den Bereich darauf an. Also im Sozialbereich gibt es ja auch, ja immer wieder auch von Seiten der Gewerkschaft Proteste, die organisiert wurden, wo ja auch in den letzten Jahren relativ viel passiert ist. Bis hin zu *Streiks*“ (Care Revolution Wien 2019).

Aus ihrer Sicht würde der private Bereich über eine bessere gewerkschaftliche Arbeitnehmer*innenvertretung verfügen, weil im privaten Bereich u.a. weniger politische Verstrickungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber*innen vorhanden seien. Dabei wird u.a. kritisiert, dass eine von der SPÖ geprägte Teilgewerkschaft mit einem von der SPÖ geprägten Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) Arbeitsbedingungen der öffentlichen Pflege verhandelt (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

Neben der gewerkschaftlichen Vertretungspolitik werden andere Voraussetzungen der Protestorganisation als interne Unterschiede angeführt. Während öffentliche Pflege-Beschäftigte eher in zentralisierten Arbeitsstätten (z.B. Krankenhäuser) arbeiten, sind andere Beschäftigte häufig in kleinen dezentralisierten Einrichtungen tätig. Scherz veranschaulicht die Protestorganisation und Betroffenheitsdimensionen des Sozialbereichs an folgendem Beispiel:

> „[I]n Wien hat ein Nachbarschaftszentrum gestreikt, das sind halt dann 2,5 Beschäftigte. Das ist halt was anderes, aber es […] betrifft natürlich viele Leute, die an diesem Tag zu diesem Zentrum kommen wollten, und auch in der Behinderteneinrichtung betrifft es natürlich viele […] Menschen, die in dieser Einrichtung an diesem Tag wären und es trifft natürlich auch die Angehörigen“ (Scherz 2019).

Die zentralisierten Arbeitsstätten im KAV würden sich besonders gut für die Organisation von Arbeitskämpfen eigenen. Dadurch werde die Organisation von Arbeitskämpfen durch kleine Gruppen erleichtert, zumal mit wenig Aufwand sehr viele Beschäftigte erreicht werden könnten (vgl. Care Revolution Wien 2019).

Auch sind Unterschiede innerhalb der Beschäftigten vorhanden. So wären bestimmte Berufsgruppen innerhalb von Gesundheits- und Sozialberufen durchsetzungsfähiger als andere. Akademisierte Beschäftigte oder Beschäftigte mit speziellen Zusatzausbildungen (z.B. Pflege-Spezialbereiche) würden eine selbstbewusstere Haltung an den Tag legen (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 201; vgl. Zellhofer 2019). Insbesondere die Pflege und Kinderbetreuung, die vergleichsweise einen hohen Frauenanteil aufweisen, würden Schwierigkeiten haben Arbeitskämpfe mitzutragen (vgl. Scherz 2019). Dies deutet erneut auf eine Genderdimension der beruflichen Protestkultur hin.

6.5 Strategien der Widerstandsaktivitäten

Die folgenden Expert*inneneinblicke stellen die Ergebnisse der inhaltsanalytischen Kategorie „Strategie“ und „Ausgang“ dar. Darunter wurden die SOLL-Verhältnisse der Widerstandsaktivitäten zusammengefasst. Als „Ausgang“ wurden jene Interviewpassagen kodiert, die strategische Voraussetzungen und Entstehungskontexte der Widerstandsaktivitäten wiedergeben. Es wurden sowohl „innere“, als auch „äußere“ Strategien ausgedrückt. „Äußere“ Strategien richten sich an eine äußere Instanz oder gesellschaftliche Allgemeinverhältnisse, während „innere“ Strategien die innere Stärkung der eigenen Widerstandsaktivitäten zum Ziel haben. Innerstrategische Überlegungen überwiegen. Die Inhalte dieser Kategorien werden nun dargelegt.

Auch wenn sehr unterschiedlich argumentiert und begründet wird, plädieren alle Expert*innen zumindest implizit für ein neues Widerstandsverständnis, weg von traditionellen Vorstellungen, die sich vor allem an (männlichen) Produktionsberufen orientieren. Diese „Strategie“ durchzieht alle folgenden Ausführungen.

6.5.1 Entstehungsstrategien

Für die Entstehung erfolgreicher Widerstandsaktivitäten werden aus Sicht zweier Expert*innen Ereignisse, die konkrete Verschlechterungen für Beschäftigte hervorbringen, benötigt (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Scherz 2019)**.** Eva Scherz stellt fest, dass Aktionen, die auf eine abstraktere Betroffenheit (z.B. mehr Finanzierung des Gesamtbereichs) appellieren, weniger Mobilisierungspotenzial aufweisen: „[E]s gibt ja das Sprichwort `das Hemd ist näher als der Rock´ und wenn es um *meine* Gehaltserhöhung geht, um *meine* Arbeitszeitverkürzung […] dann ist es natürlich leichter“ (Scherz 2019: 8). Zur Entstehung von Protestbewegungen bedürfe es zudem personeller und organisatorischer Ressourcen, sowie einer bestimmten zugespitzten Stimmung (vgl. Care Revolution Wien 2019).

6.5.2 „Äußere“ Strategien

Als Forderungen wurden insbesondere Personal- und Lohnforderungen, sowie eine Arbeitszeitreduktion artikuliert. Die Basisbewegung „Care Revolution Wien“ forderte u.a. mehr Personal und einen fixen Personalschlüssel für Pflegekräfte, sowie eine Lohnerhöhung (vgl. Care Revolution Wien 2019). Auch der Bewegung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ging es bei ihrer Forderung nach einer Optierungsmöglichkeit für Altbedienstete um eine faire Lohnpolitik (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Die GPA djp und Vida fordern eine 35 Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich (vgl. Zellhofer 2019; vgl. GPA djp u.a. 2020), sowie eine bessere Finanzierung von Gesundheits- und Sozialberufen (vgl. Scherz 2019).

6.5.3 „innere“ Strategien

Nun wird näher auf „innere“ strategische Überlegungen der Expert*innen eingegangen. Sie empfehlen das Eingehen von Zusammenarbeiten, sowie das Bilden von Zusammenschlüssen. Für Josef Zellhofer bedürfe es mehr Zentralismus und Vereinheitlichung; es müsse sich aus seiner Sicht der „Schulterschluss“ zwischen den Teilgewerkschaften intensivieren (Zellhofer 2019), ebenso jener zwischen Gesundheits- und Sozialberufen. Die ARGE-FGV könne dabei das zentrale Bindeglied der Teilgewerkschaften und Berufsgruppen fungieren (vgl. ebd.). Das Branchenbewusstsein müsse sich intensivieren und die Branche weiterzusammenwachsen (vgl. Schacht 2020a). Die befragte Person der Basisinitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ plädiert für eine Globalisierung, Vereinheitlichung und Vermassung der Arbeitskämpfe in Gesundheits- und Sozialberufen. In diesem Zusammenhang wird auch der Wunsch nach einer gemeinsamen Gesundheitsgewerkschaft geäußert (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

Gewerkschaften werden auch von den Basisinitiativen als wichtige Arbeitnehmer*inneninstitutionen mit gesellschaftlicher Verankerung anerkannt. Arbeitspolitische Protestbewegungen sollten daher grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft anstreben (vgl. Care Revolution Wien 2019). Sofern diese Zusammenarbeit nicht funktioniere, oder die Gewerkschaft sich nicht kämpferisch genug für die Anliegen der Beschäftigten einsetze, plädieren die Pflege-

Basisinitiativen für das Schaffen selbstorganisierter politischer Handlungsspielräume. Längerfristig und regelmäßig tagende gewerkschaftsunabhängige Strukturen könnten dazu führen, dass bei einer zu passiven Gewerkschaftspraxis sofort reagiert werden könne (vgl. ebd.; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Für Arbeitnehmer*innenanliegen der öffentlichen Pflege in Wien sei Druckausübung auf die SPÖ strategisch sinnvoll. Dies wurde auch mit Flashmobs von „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" beim SPÖ Demonstrationszug am 1. Mai versucht (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit). Die Gründung gewerkschaftsunabhängiger Listen und das Antreten bei Personalvertretungswahlen könne den Druckaufbau auf offizielle Arbeitnehmer*innenvertretungen verstärken (vgl. Care Revolution Wien 2019).

In diesem Zusammenhang kommt in den Interviews der Pflegebasisinitiativen und Selma Schacht auch der „innere" Wunsch nach einer Demokratisierung von Arbeitskämpfen zum Ausdruck (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit; vgl. Schacht 2020a). Es ginge darum,

> „dass man *wirklich* die Beschäftigten einbezieht, dass die Themen von den Beschäftigten selbst beschlossen werden, dass der ganze Weg: Wie wollen wir kämpfen? Was wollen wir eigentlich machen? Dass das die Leute selbst entscheiden, in Betriebsversammlungen zum Beispiel" (Care Revolution Wien 2019).

So müsse aus Sicht zweier Expert*innen eine Ur-Abstimmung über Kollektivvertragsabschlüsse durchgesetzt werden (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a). Eine aktive Einbindung und mehr gewerkschaftliches Mitspracherecht könnten Beschäftigte ermächtigen ihre Gestaltungsmacht zu erkennen und motivieren Arbeitskämpfe mitzutragen (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Schacht 2020a). Während Zellhofer für ein Wiederaufleben der Sozialpartnerschaft plädiert (vgl. Zellhofer 2019), fordern Schacht und die Expert*innen der anderen Basisinitiativen einen Ausbruch aus der sozialpartnerschaftlichen Stellvertreter*innenlogik und eine stärkere Einbindung der Beschäftigten. Die sozialpartnerschaftliche Arbeitsweise habe für Schacht einen allgemeinen Mangel an „Bewusstsein über die Möglichkeit und Notwendigkeit von Arbeitskämpfen" hervorgebracht (Schacht 2020a). Beschäftigte bräuchten mehr Wissen über Streik- und Protestrechte, sowie über politischen Aktivismus um Widerstandsaktivitäten verstärkt mitzutragen (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a). Beschäftigte müssten sich

auch mehr Zeit für Aktivismus und Politik nehmen (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019).

6.5.4 „Innere“ und „äußere“ Strategien

Folgende Wünsche der Expert*innen können sowohl als „innere“ als auch als „äußere“ Strategien verstanden werden. Hier wird deutlich, dass diese Unterscheidung analytischer Natur ist, die Praxis jedoch von keiner klaren Trennung gekennzeichnet ist. Eva Scherz wünscht sich eine stärkere Unterstützung der Medien (vgl. Scherz 2019). Josef Zellhofer plädiert für eine gezielte Mediennutzung und hebt dabei Social Media, Bezirkszeitungen und Fachmedien wie „Pflege professional“ hervor. Das Medienbild der Pflege müsse dabei attraktiviert werden (vgl. Zellhofer 2019).

Während die Expert*innen Scherz, Schacht und Aktivist*innen der Pflege-Basisinitiativen in Richtung eines Ausbaus der Streikfähigkeit von Gesundheits- und Sozialberufen argumentieren, zweifelt Josef Zellhofer das Widerstandspotenzial von Arbeitskampfmaßnahmen wie Streiks oder Demonstrationen an. Es ginge aus seiner Perspektive darum, „Widerstand komplett neu [zu] definieren. Wir müssen neu definieren, was bedeutet Streik, wir müssen neu definieren, was ist die Geschichte für Demo[s]“ (Zellhofer 2019). Für Josef Zellhofer führen insbesondere eine verstärkte Professionalisierung und Akademisierung der Pflege zu einem erhöhten Selbstbewusstsein der Beschäftigten und einer stärkeren Motivation sich zur Wehr zu setzen: „Ah der größte Widerstand und die […] Charakteristik schlichtweg, das Wort *`nein´*. Einfach *`nein´* sagen zu können. Das mache ich nicht, das kommt von den FH“ (ebd.). Die Gewerkschaft müsse dabei Schulterschluss herbeiführen und rechtliche Rahmenbedingungen zur Vertretung der Arbeitnehmer*innenanliegen gestalten, sowie Pflegekräfte in wichtige politische Gremien hineinbringen (vgl. ebd.). Demgegenüber plädieren die anderen Expert*innen tendenziell für eine Normalisierung von Streiks und deren Ausbau. Insbesondere die Pflege müsse laut der Pflege-Basisinitiativen ihre Streikfähigkeit forcieren (vgl. Care Revolution Wien 2019; vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Dafür könnten Erfahrungen und Praxen anderer Länder, sowie anderer Protestbewegungen als Vorbilder fungieren (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a).

6.6 Zusammenfassung und Diskussion

In Folge werden die Ergebnisse der Interviews zusammengefasst und mit den angestellten Forschungshypothesen des Kapitels 3 diskutiert.

Die erste Forschungshypothese ging davon aus, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen als feminisierte Arbeitskämpfe auch als neue soziale Bewegung und damit als vielversprechende Motoren gesellschaftlicher Veränderung fungieren könnten. Für die Bewegungsforscher*innen Donatella della Porta und Mario Diani müssen soziale Bewegungen u.a. über eine ausgeprägte kollektive Identität verfügen, die über einzelne Aktionen und Kampagnen hinausgeht. Soziale Bewegungen seien zudem durch gemeinsame Ziele charakterisiert und ihre Akteur*innen würden sich als Teil einer größeren Bewegung des Wandels wahrnehmen (vgl. Della Porta und Diani 2020: 21f). Die Ergebnisdarstellung hat meines Erachtens aufgezeigt, dass dies nicht auf Widerstandsaktivitäten in Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich zutrifft. Die Expert*innen scheinen sich zwar genügend mit dem Begriff „Gesundheits- und Sozialberufe“ zu identifizieren, um auf die Interviewfragen, die sich des Begriffs bedienen, zu antworten und Analogien zu anderen Protesten und Akteur*innen im Untersuchungsfeld zu bilden, die narrative Trennungslinie zwischen dem privaten und öffentlichen Bereich, sowie die häufig unklaren Berufsverweise, die Verwendung unterschiedlicher Berufskomplexe, die vielen „inneren“ Konflikte und Widersprüche verdeutlichen jedoch, dass noch nicht von einer kollektiven Identität die Rede sein kann. Diese (noch) nicht ausgeprägte Protestgemeinschaft hängt meiner Meinung nach auch eng mit dem noch nicht fortgeschrittenen und aufgrund struktureller Entwicklungen (unterschiedliche Teilgewerkschaften, späte Gründung von Kollektivverträgen etc.) erschwerten Branchenbewusstsein zusammen. Der Fokus auf innerstrategische Überlegungen und der darin artikulierte Wunsch nach mehr Schulterschluss und Vereinheitlichung bringt meiner Ansicht nach zum Ausdruck, dass sich Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich in einer Formierungsphase befinden und noch stark mit „inneren“ Herausforderungen und Prozessen beschäftigt sind. Diese Formierungsphase verläuft nicht konfliktfrei und ist auch von „inneren“ demokratiepolitischen Auseinandersetzungen geprägt.

Für die Herausbildung einer kollektiven Identität gibt es aber bereits einige Ansatzpunkte. Mit Begriffen wie „Sozialbranche“, „Sozialbereich“ oder „Sozialwirtschaft“ werden insbesondere im Interview von Eva Scherz bereits gemeinsame *Namen* bzw. Bezugspunkte gebildet (Scherz 2019). Das „Anderssein“, das v.a. in den Herausforderungen und Spezifika der Widerstandsaktivitäten artikuliert wurde, sowie der Bedarf nach einer neuen Widerstandskultur, scheint alle Auseinandersetzungen im Untersuchungsfeld durchzuziehen und könnte den Ausgangspunkt einer gemeinsamen Identität bilden. Die Widerstandsaktivitäten von Gesundheits- und Sozialberufen können traditionelle Arbeitskampfstrategien von z.B. Produktionsberufen nicht eins zu eins übernehmen, zumal mit Arbeitsniederlegungen hier nicht nur Maschinen stillgelegt, sondern eine menschliche Grundversorgung gefährdet wird. Diese Mitberücksichtigung von existenziellen Folgen für Betreute oder Angehörige umschreibt meines Erachtens Interdependenzen von Care-Verhältnissen. „Care“ kann damit als gemeinsamer Kern der Proteste angesehen werden und eignet sich durch seine konzeptionelle Vielfalt und einer wissenschaftlichen Theorietradition meines Erachtens besser als gemeinsamer Bezug als die Begriffe „Sozialbranche“ oder „Sozialwirtschaft“. Obgleich keine expliziten Verweise auf die Care-Debatte geäußert wurden, verweist der Name „Care Revolution Wien“ auf Diskursanleihen. Die Care-Theorietradition könnte die inhaltliche Ausrichtung der Proteste schärfen und damit ihre Forderungen stärken. „Care“ und eine Einbettung der Problemfelder im Kontext der Care-Debatte könnten eine identitäre Scharnierfunktion für die unterschiedlichen Proteste ermöglichen.

In den Interviews kommen Unterschiede in der Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit von Beschäftigten zum Ausdruck. So würden insbesondere akademisierte Berufsgruppen und jene mit Spezialausbildungen ein stärkeres Durchsetzungsvermögen besitzen. Eine starke Demonstrationsfreudigkeit von z.B. Sozialarbeiter*innen wurde festgestellt, wohingegen Pflegekräfte oder Migrant*innen über Hemmschwellen verfügen, sich an Aktionen zu beteiligen. Auch strukturelle Unterschiede führen zu differierenden Handlungsbedingungen im Untersuchungsfeld. So wird die Organisation von Widerstandsaktivitäten in zentralisierten Arbeitsstätten von manchen Expert*innen als besonders geeignet für eine breite Mobilisierungsarbeit angesehen. Auch würden private und öffentliche Gewerkschaftsvertretungen über unterschiedliche Verhandlungsbedingungen verfügen. Zudem kommen im

Untersuchungsfeld sowohl gewerkschaftliche als auch selbstorganisierte Organisationsstrukturen zum Ausdruck. Dabei kann die Gewerkschaft durch ihre gesellschaftliche und institutionelle Verankerung als Ressource angesehen werden; selbstorganisierte Strukturen könnten aber offizielle Interessensvertretungen bei Untätigkeit unter Druck setzen. Die hohe Diversität des Bereichs kann meiner Meinung nach zur Stärkung der Proteste genutzt werden. Gruppen, Beschäftigte oder Strukturen können sich in ihren unterschiedlichen Handlungsbedingungen zur gemeinsamen Zielerreichung ergänzen. Gabriele Winker sprach in diesem Sinne von einer solidarischen Care-Bewegung, die schwächere Gruppen unterstützt, indem sie mangelnde Handlungsmöglichkeiten ausgleicht (vgl. Winker 2015: 134). Durch einen gemeinsamen Care-Bezug könnte die Mobilisierung von Protestierenden Grenzen einzelner Aktionen, Kampagnen, Berufsgruppen, Protestformen, Institutionen oder Strukturen überschreiten. Eine Krankenschwester, die in einem öffentlichen Krankenhaus beschäftigt ist, würde sich dadurch nicht mehr „nur“ von Protesten der öffentlichen Pflege angesprochen fühlen, sondern auch Proteste von Behindertenbetreuer*innen, Sozialarbeiter*innen oder Kindergartenpädagog*innen als gemeinsame politische Kämpfe erkennen, zumal alle Proteste dem Bereich der Care-Arbeit zugeordnet werden können. Sofern sie zu erschöpft ist, um an einer Protestaktion teilzunehmen, würde eine breite Care-Mobilisierung diesen Umstand ausgleichen. Sie könnte sich auch aussuchen, ob sie sich im Rahmen einer Basisgruppe organisiert, an Betriebsversammlungen teilnimmt, sich gewerkschaftspolitisch engagiert oder „nur“ mitdemonstriert: Eine gemeinsame Care Bewegung könnte eine Vielfalt an Organisationsstrukturen, Berufsgruppen und Protestformen abdecken und kann damit eine Vielzahl an Menschen ansprechen und mobilisieren. Diversität kann, sofern sie komplementär gehandhabt wird auch vereinheitlichen und Auseinandersetzungen stärken. Dafür muss aber mit vorherrschenden Vorstellungen von Arbeitskämpfen gebrochen werden.

Denn Widerstandsaktivitäten von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich verkörpern zwar keine soziale Bewegung, sind aber meiner Ansicht nach als feminisierte Arbeitskämpfe zu charakterisieren. In den Interviews kam nicht nur der hohe Frauenanteil der Berufsgruppen zum Ausdruck, sondern auch das Suchen nach neuen Arbeitskampfstrategien und das Hinterfragen einer an männlichen Produktionsberufen orientierten Widerstandskultur. Denn klassische

Arbeitskampfstrategien, wie das Abdrehen von Maschinen und das Verlassen von Fabriken greifen hier aufgrund der menschlichen Verantwortung und Betroffenheitsdimension helfender Berufe zu kurz. Die Organisation von Notbetrieben, die Druckausübung auf Politik und Regierung, die Einbindung von Angehörigen und Betroffenen, das Eingehen breiter Bündnisse, der Umgang mit Diversität, Medienarbeit, das Zurückgreifen auf kreative und bunte Protestformen, sowie eine verstärkte Informationsarbeit und das Empowerment der häufig verunsicherten und unerfahrenen (weiblichen) Beschäftigten können als „neue“ Strategien verstanden werden. Diese „neuen“ Strategien gehen mit einer Zunahme und einer Stärkung von Protesten des Untersuchungsfeldes einher. Ingrid Artus hebt die Bedeutung von basisdemokratischen Strategien in Auseinandersetzungen feminisierter Arbeitskämpfe hervor. Die existentiellen Folgen für Betreute würden eine besonders flexible und strategische Vorgangsweise erfordern, der besonders gut mit flacheren Hierarchien begegnet werden könne (vgl. Artus 2019: 19f). Dieser Umstand wird auch von Selma Schacht artikuliert. Die demokratischere Ausrichtung von feminisierten Arbeitskämpfen kommt meiner Ansicht nach auch durch das Vorhandensein von Basisbewegungen in Arbeitskämpfen von Gesundheits- und Sozialberufen zum Ausdruck, sowie durch die geäußerten „inneren" Demokratisierungsbestrebungen der Basisinitiativen, die für eine stärkere Einbindung und mehr Mitspracherecht der Beschäftigten eintreten. Auch wurden inhaltlich v.a. „*qualitative* Arbeitsbedingungen“ (Artus 2019: 18) in Form von Personalforderungen oder Arbeitszeitverkürzungen eingefordert, was auch ein Charakteristikum feminisierter Arbeitskämpfe darstellt.

Der Prozess der „Feminisierung von Arbeitskämpfen“ und der Aufbruch zu einem neuen Widerstandsverständnis lässt sich in den Antworten der Expert*innen rekonstruieren. Dies kommt beispielsweise in den unterschiedlichen Streikverständnissen der Expert*innen zum Ausdruck. Während manche Expert*innen die Streiks im Sozialbereich – trotz unkonventioneller Strategien – als Streiks hervorheben, scheinen andere Expert*innen an einem traditionellen Streikverständnis festzuhalten und die Streiks des Sozialbereichs als solche zu hinterfragen. Obgleich die feminisierten Arbeitskämpfe des Gesundheits- und Sozialbereich sich (noch) nicht zu einer gemeinsamen sozialen Bewegung formiert haben, sondern sich eher in einer identitären Formierungsphase befinden, werden darin

nicht nur Klassenverhältnisse in Frage gestellt, sondern auch das z.B. vorherrschende Verhältnis von Geschlecht und Widerstand, sowie vorherrschende Arbeitsverständnisse (Care-Arbeit ist keine Freizeitaktivität oder kein Liebesdienst). Die Widerstandsaktivitäten führen zudem zu einer Politisierung von Care-Arbeit. Denn der Gesundheits- und Sozialbereich als Care-Bereich fordert *öffentlich* mittels Protestmaßnahmen verbesserte Arbeitsbedingungen ein. Gesundheits- und Sozialberufe werden als „*Teil* der Wirtschaft" (Scherz 2019) begriffen. Dies macht Care-Arbeit sichtbarer und betont ihre systemische und politische Bedeutung. Durch diese Vielfalt an adressierten Herrschaftsverhältnissen verfügen die Proteste des Gesundheits- und Sozialbereichs über zentrale Charakteristika neuer sozialer Bewegungen und stellen damit eine Mischform von Arbeitskampf und (noch nicht formierter) sozialer Bewegung dar. Hier kann festgehalten werden, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen als feminisierte Arbeitskämpfe zukünftig Motoren gegen-hegemonialer Transformationsbestrebungen werden können, dafür aber der Aufwind und die positive Entwicklungstendenz der letzten Jahre für die Entwicklung einer gemeinsamen sozialen Bewegung genutzt werden muss. Die Herausbildung einer gemeinsamen sozialen Bewegung kann meines Erachtens durch den gemeinsamen Bezug zur Care-Arbeit und zur Care-Debatte erfolgen. Damit kann das „Anderssein" dieser Proteste eine Stärke darstellen.

Nun komme ich zur zweiten Forschungshypothese, wonach Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen aufgrund ihrer Einbettung in einer Vielzahl neoliberaler Herrschaftsverhältnisse über ein vielversprechendes Potenzial für breite Bündnisse und damit einhergehend gegen-hegemoniale Transformationen verfügen würden. Die erhobene Bündnisstruktur besteht nicht nur aus gewerkschaftlichen Initiativen, beruflichen Interessensvertretungen, Beschäftigte und Betrieben, sondern auch aus Basisinitiativen, Aktivist*innen linkspolitischer Organisationen, Angehörigen und Betroffenen. Damit sind sowohl institutionelle (z.B. Gewerkschaft, berufspolitische Vertretungen) als auch nicht-institutionelle Akteur*innen (z.B. Aktivist*innen, Betroffene) an den Widerstandsaktivitäten beteiligt. Solche gemischte Bündnisse werden aus Sicht der Bewegungsforschung als vielversprechend eingeschätzt. Während die Basisinitiativen ihre Ausführungen stärker auf basisdemokratische oder rätedemokratische Entscheidungsstrukturen fokussieren, steht repräsentative Vertretungspolitik im Zentrum der Interviews der befragten Gewerkschafter*innen

(mit Ausnahme von Schacht). Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Gruppen mit unterschiedlichen "politisch-konzeptionellen Hintergründe[n]" (Winker 2015: 134) müssen gemeinsame Zielsetzungen und Forderungen gefunden werden. Ein gemeinsamer Bezug zur Care-Debatte kann Brücken zu anderen transnationalen Bewegungen, wie der z.B. internationalen Frauen*bewegung oder Arbeiter*innenbewegungen bilden. Es konnte nämlich keine Zusammenarbeit mit feministischen Gruppierungen oder Migrant*inneninitiativen herausgelesen werden, obgleich der hohen Frauen- und Migrationsanteil von Berufsgruppen, sowie der Zusammenhang zu globalen Armuts- und Arbeitsverhältnissen, hervorgehoben wurden. Der gemeinsame Bezug zur Care-Debatte ermöglicht es auch mit Rekurs auf Diskursen der Care-Ethik die Betroffenheitsdimension der Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen verstärkt in den Protestdiskurs einzuschreiben, womit die Feststellung von Schacht, wonach „ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen auch immer ein Kampf für bessere Lebensbedingungen der KlientInnen" (Schacht 2020a) darstelle, eine theoretische Unterfütterung bekäme. Dadurch könnten sich auch unbezahlte Care-Arbeiter*innen wie Alleinerzieher*innen, Eltern oder Sorgeempfänger*innen von Protesten angesprochen fühlen. Sie würden nämlich erkennen, dass auch ihre Interessen in diesen Protesten adressiert werden. Der Aufbau einer breiten Bündnisstruktur geht meiner Meinung nach auch mit einer Demokratisierung bestehender Entscheidungsstrukturen einher, zumal die unterschiedlichen Gruppen auch strategische Entscheidungen mittragen müssten und dies durch eine gemeinsame Erarbeitung leichter gewährleistet werden kann. In solchen Strukturen könnten Aktivist*innen, Beschäftigte, Betroffene und Gewerkschafter*innen in Dialog treten und insbesondere Frauen* und Migrant*innen könnten durch regelmäßige Treffen gestärkt werden eine „neue" Widerstandskultur zu erproben und Selbstwirksamkeit erfahren. Hier kann festgehalten werden, dass es für den Aufbau einer Bündnisstruktur, die gegen-hegemoniale Transformationen hervorbringen kann, zu einer stärkeren Einschreibung der Care-Arbeit-Debatte in die inhaltliche Ausgestaltung der Proteste, sowie zu einer Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen, um eine Vielzahl an Bündnispartner*innen zu sichern, kommen muss.

Von keinen Expert*innen wird eine Care-Ethik-Perspektive angesprochen, wodurch die dritte Forschungshypothese nicht bestätigt werden kann. Die

Betroffenheitsdimension von Gesundheits- und Sozialberufen und damit einhergehende (ambivalente) Protestchancen werden aber artikuliert. Dadurch würden die Beschäftigten einen hohen Rückhalt und eine positive Resonanz in der Bevölkerung erfahren. Durch die Gefährdung einer Grundversorgung und die damit einhergehende Systemrelevanz der Berufsgruppen, verfügen diese Proteste meines Erachtens über ein starkes Druckmittel und Anknüpfungspunkte für eine Care-Ethik Perspektive, zumal diese Gefährdung auch das Angewiesensein auf Andere und Care-Arbeitende sichtbar macht. Diese Systemrelevanz steht insofern mit neoliberalen Verhältnissen in Verbindung, als dass Fragen rund um menschliche Grundbedürfnisse in neoliberalen Diskursen ausgeblendet und menschliche Interdependenzen unsichtbar gemacht werden. In den Erzählungen der Expert*innen lassen sich meiner Meinung nach Krisenerscheinungen wie die Krise sozialer Reproduktion und die Pflegekrise nachzeichnen. So deutet die Überlastung und Doppelbelastung der vielen weiblichen Beschäftigten auf erstere hin, der Personalmangel und die Mehrbelastung in der Pflege auf zweitere. Die Corona Krise, die zum Zeitpunkt der Datenerhebungen noch nicht ausgebrochen war, hat zu einer verstärkten Sichtbarkeit der Systemrelevanz des Bereichs geführt, wodurch auch Beschäftigte ein erhöhtes Bewusstsein für ihre Gestaltungsmacht erhalten könnten. Es kann festgehalten werden, dass sich zwar keine Perspektive der Care-Ethik aus den Expert*inneninterviews herauslesen lässt, aber insbesondere die Betroffenheitsdimension und die Systemrelevanz der Berufsgruppen Ansatzpunkte für die zukünftige Entwicklung von Diskursen einer Ontologie der Relationalität bilden können.

All die eben diskutierten und dargelegten Ergebnisse werden als ergänzende Perspektiven in die Ergebnisdarstellung und Interpretation der Diskursanalyse (Kapitel 9) miteinfließen. Die bisherigen Forschungsergebnisse und angestellten Forschungshypothesen werden in den folgenden Kapiteln weiterpräzisiert und in der Conclusio (Kapitel 10) zusammengefasst.

7. Die Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes

In den folgenden Seiten soll anhand der Ergebnisse der Expert*inneninterviews und der in den Kapiteln 1 bis 2 diskutierten Theorieansätzen ein vielversprechendes Fallbeispiel von Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen bzw. von Care Protesten in Österreich ausgewählt und mit dem analytischen Instrumentarium der Hegemonietheorie Ernesto Lalcaus und Chantal Mouffes bzw. der Diskursanalyse der Essex School untersucht werden. Die Kapitel 8 und 9 haben zum Ziel, die politische Diskursformation ausgewählter Care Proteste ansatzweise nachzuzeichnen und auf hegemoniale Verhältnisse und gegen-hegemoniale Potenziale hin zu analysieren. In einem ersten Schritt soll hierfür die Hegemonietheorie Laclaus/Mouffes vorgestellt werden.

7.1 Diskurse, das Soziale und das Politische

Ganz in einer poststrukturalistischen Theorietradition gehen Laclau und Mouffe von einer sozial bzw. diskursiv konstruierten Welt aus. Damit ist *nicht* gemeint, dass keine z.B. naturwissenschaftlichen Prozesse außerhalb des menschlichen Seins *existieren*. Sie werden aber erst Teil des menschlichen Seins, wenn sie vom Menschen wahrgenommen und gedacht werden können. In den Worten Laclaus und Mouffes:

> „Ein Erdbeben oder der Fall eines Ziegelsteins sind Ereignisse, die zweifellos in dem Sinne existieren, dass sie hier und jetzt unabhängig von meinem Willen stattfinden. Ob aber ihre gegenständliche Spezifik in Form von `natürlichen Phänomenen´ oder als `Zornäußerung Gottes´ konstruiert wird, hängt von der jeweiligen Strukturierung des diskursiven Feldes ab“ (Laclau und Mouffe 2020: 142).

Ausgehend von einer Kritik am Strukturalismus und eines Bruches mit der Auffassung vollständig konstituierter gesellschaftlicher Strukturen, gehen Laclau und Mouffe von einer kontingenten d.h. stets unabgeschlossenen und brüchigen Auffassung des Sozialen aus (vgl. Laclau und Mouffe 2020: 147). Unter dem Sozialen wird der „Bereich der als legitim anerkannten sozialen Ordnung, das Set unhinterfragter Normen und Institutionen“ verstanden (Hagemann u.a. 2019: 24). Unter dem Diskursiven versteht Ernesto Laclau „das Ensemble der Phänomene gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet“ (Laclau 1979: 176). Es

kommt zu einem „discursive turn“: „Das Soziale wird nun gleichumfänglich mit dem Diskursiven, Gesellschaftstheorie wird zur Diskurstheorie“ (Marchart 2007: 108).

Hier ist zu präzisieren, dass ein Diskurs nicht „rein linguistisch“ verstanden wird, sondern „alle bedeutungstragende[n] Systeme“ beinhaltet (Marchart 2013: 189):

> „Hinter dem […] Vorurteil steckt die Annahme eines geistigen Charakters des Diskurses. Demgegenüber werden wir den materiellen Charakter jeder diskursiven Struktur bekräftigen“ (Laclau und Mouffe 2020: 142).

Diskurse werden „durch ein Netzwerk von Praktiken und Institutionen gestützt […] um Stabilität in der Zeit zu gewinnen“ (Marchart 2013: 189). Es sind z.B. Institutionen wie Schulen oder Universitäten und Praktiken wie der tägliche Schulweg, Hausaufgaben, Abschlussfeiern etc., die Bildungsdiskurse materialisieren. Damit kommt es zur „*Sedimentierung* des Sozialen“ (Marchart 2013: 189).[14]:

Die grundlegende Kontingenz des Sozialen ermöglicht das Politische, d.h. die Infragestellung sozialer Ordnungen und die Grundbedingung gesellschaftlicher Transformation. Dieser erweiterte Politikbegriff geht auch mit einem „neuen“ Verständnis von Macht einher. Dabei orientieren sich Laclau und Mouffe am Machtbegriff Michel Foucaults. Dieser setzt Macht nicht ausschließlich mit Herrschaft und Unterdrückung gleich, sondern betont ihre Produktivität. Macht kann als Gestaltungs- und Wirkungsmöglichkeit verstanden werden; sie kann, muss sich aber nicht, zu Herrschaft formieren (vgl. Foucault 2005). Daraus folgt, dass z.B. soziale Bewegungen politisch sind und wirk*mächtig* werden können:

> „Soziale Bewegungen zielen auf genau jene Momente des Politischen ab, egal, ob sie den aktuellen Status Quo hinterfragen, dem Wandel entgegenstehen, oder in einer alltäglichen sozialen Situation ein bestehendes Rollenmuster nicht akzeptieren und damit die als normal verstandene soziale Ordnung unterminieren“ (Hagemann u.a. 2019: 24).

[14] Judith Butler erklärt beispielsweise mit dem Begriff der Performativität die Materialität von Diskursen (vgl. Butler 2020).

7.2 Die Logik des Politischen

Die grundlegende Kontingenz des Sozialen leiten Laclau und Mouffe von Saussures Unterscheidung zwischen „Signifikat“ (Vorstellung, das Bezeichnete) und „Signifikant“ (Lautbild, das Bezeichnende) ab. Vorstellung und Lautbild weisen eine unabschließbare Relation auf. Sie befinden sich in einem stetigen Ausverhandlungsprozess, der mittels eines Zeichens zu sedimentieren versucht wird. In ihren Worten: „Das Zeichen ist der Name eines Risses, einer unmöglichen Naht zwischen Signifikat und Signifikant“ (Laclau und Mouffe 2020: 148). Dieser „Riss“ ermögliche das Politische bzw. gesellschaftliche Transformation. Das Soziale bewegt sich damit in einer Logik der Äquivalenz (es entsteht Kohärenz bzw. Bedeutung) und Differenz (Bedeutung kann sich ändern).

Aus Sicht Laclaus/Mouffes sei daher „weder absolute Fixiertheit noch absolute Nicht-Fixiertheit [von Bedeutung] möglich“ (ebd.: 146). Mit dem Konzept des „leere[n] Signifikanten“ (Laclau 2002: 65) gelingt es Laclau die Universalisierung von Bedeutung zu erklären. Darunter wird ein Diskurselement, welches für differentielle diskursive Elemente einen Bezugspunkt bildet und diese zu „*Momenten* einer diskursiven Totalität“ fixiert, verstanden (Marchart 2013: 140). Martin Nonhoff veranschaulicht dieses Konzept am Beispiel der „Sozialen Marktwirtschaft“:

> „`Soziale Marktwirtschaft´ bezeichnet eine abwesende gesellschaftliche Vollkommenheit, jene perfekte Wirtschaftsordnung, die alle Grundwerte und alle gesamtwirtschaftlichen Ziele vollkommen realisiert“ (Nonhoff 2001: 203).

Diese scheinbare „Vollkommenheit“ ist charakteristisch für einen leeren Signifikanten. Die Soziale Marktwirtschaft „entleert“ sich ihrer partikularen Bedeutung (vgl. Marchart 2013: 146); sie steht für eine Vielzahl an Diskurselementen, die sie zugleich universalisiert und verkörpert.[15] Ihre Grundentstehungsverhältnisse werden durch diesen Universalisierungsprozess verschleiert, was sie zeitlos und unantastbar wirken lässt. Soziale Bewegungen können an ihrer „Vollkommenheit“

[15] Martin Nonhoff schlägt vor, von einem „geleerten Signifikanten“ zu reden, um die Prozesshaftigkeit der Entleerung von partikularer Bedeutung des leeren Signifikanten zu beleuchten (Nonhoff 2001: 204).

rütteln, indem sie zum Beispiel kapitalistische Unterdrückungsverhältnisse ins Licht rücken und ihre Diskursordnung wieder sicht– und hinterfragbar machen.

Jeder Diskurs braucht einen Antagonismus, d.h. eine imaginierte diskursiv formierte Negativität, die der Diskursformation, die durch einen leeren Signifikanten zusammengehalten wird, entgegensteht. Sinnstiftende Prozesse erfolgen also einerseits durch die Abdeckung partikularer Diskurselemente durch den leeren Signifikanten, andererseits durch das konstitutive Äußere des Diskurses (Antagonismus). Die Negativität wird zur Grundbedingung und zugleich Bedrohung der Identität (vgl. Laclau und Mouffe 2020: 163). So gäbe es „kein Etwas jenseits der Differenz“ (ebd.: 163).[16]

Hier ist zu präzisieren, dass Antagonismus nicht per se mit sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung gleichzusetzen ist, diese Ausgestaltung aber annehmen kann (vgl. Vey 2015: 67). Daraus folgend besteht ein Diskurs für Laclau und Mouffe aus protagonistischen („positiven“) und antagonistischen („negativen“) Äquivalenzketten, die einander entgegengesetzt sind. Unter Äquivalenzkette versteht man den Prozess der Verbindung differentieller Positionen, eine Art Allianz differenzieller Elemente eines Diskurses, die durch einen leeren Signifikanten zusammengehalten wird. Es ist demzufolge von einer „doppelten Systematizität“ (Marchart 2013: 160) eines Diskurses auszugehen. Nun ein Beispiel zur Veranschaulichung: Marchart zeigt anhand einer Studie von Stuart Hall auf, wie die Neoliberalisierungspolitik Margaret Thatchers sich in den 80er Jahren durch die Abgrenzung/die Antagonisierung zum vermeintlichen „Machtblock“ der „Labour Party“ etablieren konnte (vgl. Marchart 2013: 143; vgl. Hall 1988).

Aus Perspektive Laclaus/Mouffes stellt Hegemonie die „Logik des Politischen“ (Marchart 2007: 107) und damit die Logik gesellschaftlicher Transformation dar. Hegemonie wird als Modus Operandi der Macht verstanden und erfolgt aus Sicht Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes diskursiv. Die viel zitierte Formel der Gefängnishefte Antonio Gramscis nämlich, „Staat = politische Gesellschaft

[16] Diese Ontologisierung wird von ihnen psychoanalytisch begründet (s. Marchart 2005).

+Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991-2002, H. 6, § 88: 783) wird von ihnen aufgegriffen und weitergedacht. Der Staat bestünde demnach, sowohl aus der politischen Gesellschaft, als auch aus der Zivilgesellschaft: „In seinem erweiterten Verständnis gehören zum Staat auch Kirche, Presse, Parteien, Vereine, als formell private Vereinigungen“ (Nowak 2009: 78). Erstmal lässt sich mit Gramsci ein ansatzweises Verständnis von Staatlichkeit als soziales Verhältnis erkennen. Dies ermögliche Herrschaft breiter zu denken, da nun auch „die Aspekte […], die auf Konsens beruhen und über militärische und ökonomische Zwänge hinaus gehen“ erfasst werden könnten (ebd.). „Kämpfe um Zustimmung“ (ebd.: 80), um Kompromisse und Bündnisse charakterisieren den Hegemoniebegriff Gramscis, der von Laclau und Mouffe aufgegriffen und seines „letzten Klassenkern[s]“ entledigt wird (Marchart 2007:113). Gramsci hielt nämlich weiterhin an der besonderen Rolle der Arbeiter*innenklasse im Kampf um Hegemonie fest, während Laclau und Mouffe mit Verweis auf die neuen sozialen Bewegungen und den Wandel kapitalistischer Verhältnisse, die Vorstellung eines privilegierten politischen Subjekts ablehnen (vgl. Laclau und Mouffe 2020: 196). Mit ihrer Theorieweiterentwicklung wird „das ganze Potenzial des Hegemoniebegriffs freigesetzt“ (Marchart 2007: 114).

Das Denken Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes wurde in den letzten Jahrzehnten stark wissenschaftlich rezipiert. Unter den vielen Diskussionsbeiträgen lassen sich auch viele kritische Stimmen, auf die ich aus Platzgründen nur verweisen kann, finden (s. Vey 2015: 71ff).[17] Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gelingt es zu erklären, wie sich diskursive Elemente vereinheitlichen und zu Bedeutung und Sinn formieren. Die Kontingenz der nie vollständig abgeschlossenen, sondern stets umkämpften sozialen Strukturen, ermöglicht die Hegemonie als Logik des Politischen und damit auch das Denken von gesellschaftlicher Transformation. Dies wird durch die stets gleichzeitig vorhandenen Logiken der Äquivalenz (Vereinheitlichung) und Differenz (Antagonismus) eines Diskurses ermöglicht. Durch den postmarxistischen Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe lasse sich „der Gramscianismus […] poststrukturalistisch reformulieren und diskursanalytisch operationalisieren“

[17] Eine Kritik an einer vermeintlichen Ontologisierung einer Logik des Politischen wird beispielsweise von Benjamin Opratko formuliert (s. Opratko 2012).

(Marchart 2013: 140). Auf ihr zugrundeliegendes Diskursanalysemodell wird nun näher eingegangen.

8. Empirische Methode: Diskursanalyse der Essex School

Die Diskursforschung ist durch eine Vielzahl an Theorien und Analysemethoden charakterisiert (vgl. Nonhoff 2006: 243). Den vielen unterschiedlichen Forschungsansätzen ist gemein, dass „Sinnformationen jenseits des einzelnen Satzes oder Textes" „rekonstruktiv-deskriptiv" erfasst werden und dabei von einer performativen Sinnerzeugung ausgegangen wird (ebd.: 245). Nonhoff spricht von einem „integrierten Verhältnis von Diskurstheorie und Diskursanalyse", zumal die erarbeitete Theorie stets am Analysematerial überprüft und angepasst werden muss (ebd.: 143). Eine Diskursanalyse könne zudem niemals einen Diskurs als Ganzes rekonstruieren, sondern nur die „*mittlere* […] Generalisierbarkeit von *einzelnen* Aussagen" ermöglichen (ebd.).

Die stark von Laclaus und Mouffes Denken geprägte Diskursanalyse der Essex School kann, als eine Methode zur Operationalisierung abstrakter poststrukturalistischer Ansätze auf das Untersuchungsfeld der sozialen Bewegungen verstanden werden (vgl. Hagemann u.a. 2019: 9). Die Diskursanalyse der Essex School eigne sich laut Marchart insbesondere um die „Funktionsweise (bzw. `Logik´) politischer Diskursproduktion" (Marchart 2013: 159) herauszuarbeiten. Der „analytische Gewinn" liege „im konkreten mapping, in der Kartographie einer hegemonialen Diskursformation, welches eine genauere Orientierung im hegemonialen Raum ermöglicht" (ebd.: 159). Dabei wurden unterschiedliche Analyseverfahren entwickelt.

Während Martin Nonhoff ein Methode zur Untersuchung der „Strukturalität von hegemonialen Projekten und Hegemonie" entwickelt hat (Nonhoff 2006: 243), schlägt Oliver Marchart eine „inhaltliche *Vertiefung*" (Marchart 2013: 160) des „*Minimalmodell*[s] politischer Artikulation" vor (ebd.: 159). Dieses Minimalmodell bestehe aus folgenden Elementen: Ein „Signifikant des Mangels" (auch „negatives Außen"), „Signifikanten der antagonistischen Kette" (als negativ konstruierte Diskurselemente die sich diskursiv formieren und miteinander verbinden), „Signifikanten der protagonistischen Kette" (als positiv konstruierte Diskurselemente, die sich diskursiv formieren und miteinander verbinden), sowie ein leerer Signifikant (Marchart 2013: 160). Marchart schlägt vor das „mapping" dieser Positionen mit der Herausarbeitung „dreier Relationsstrukturen" zu diversifizieren: Die

„Forderungsstruktur“, die „Subjektivierungsstruktur“ und die „Kontraritätsstruktur“ (ebd.: 171).

Für Laclau ist eine *Forderung* als „minimal unit of analysis“ (Laclau 2007: 72) einer Diskursanalyse besonders gut für die Analyse von Protestbewegungen geeignet (vgl. Marchart 2013: 161). Forderungen stehen in einem bestimmten Gewichtungsverhältnis zueinander. Mit Marcharts Ansatz ließen sich Einschätzungen über die „*subalternen*“ und „*dominanten*“ Elemente einer Forderungsstruktur anstellen (ebd.: 150). Zur Stabilisierung dieser Struktur sei die „organische Theorie“ einer Bewegung zentral (ebd.: 165). Marchart unterscheidet hierbei zwischen „*Spezialdiskursen*“ (wissenschaftliche und Expert*innendiskurse), „*Interdiskursen*“ (populärwissenschaftliche Diskurse) und „*Elementardiskursen*“ (Alltagswissen) (ebd.). Die organische Theorie erfülle „die Funktion der gesellschaftlichen Verallgemeinerung von Theorie im politischen Interdiskurs und in Verschränkung mit bestehenden Subjektivierungsweisen im Elementardiskurs“ (ebd.: 165). Mithilfe seines Diskursanalysemodells

> „können Grenzziehungen, der Verlauf sich überkreuzender Antagonismen, Ein- und Ausschüsse, Identitätsbildungsprozesse sowie Macht-, Dominanz- und Subalternitätsverhältnisse gründlicher und detaillierter bestimmt werden“ (ebd.: 159).

Der Ansatz von Martin Nonhoff eignet sich, meiner Ansicht nach, vor allem für die Analyse hegemonialer Projekte, jedoch weniger, um gegen-hegemoniales Potenzial und Verhältnisse von nicht-hegemonialen Kämpfen zu eruieren (Ziel der Masterarbeit). Daher wird das eben genauer beschriebene Analyseverfahren von Oliver Marchart in den folgenden Seiten angewendet. Der Ansatz Nonhoffs wird jedoch an bestimmten Stellen ergänzend eingebracht.

8.1 Proteste der Sozialwirtschaft Österreich 2020

Die Ergebnisdarstellung der explorativen Expert*inneninterviews hat gezeigt, dass Proteste in Gesundheits- und Sozialberufen keine ausgeprägte gemeinsame Identität aufweisen, sondern vielmehr als relativ verstreute Proteste mit gemeinsamen Affinitäten, Bezugsgrößen, Herausforderungen und Kontinuitäten verstanden werden können, jedoch nicht als gemeinsame soziale Bewegung.

Eine Diskursanalyse braucht ein geeignetes zu untersuchendes Protestmaterial, hierfür muss ein Fallbeispiel ausgewählt werden. Ziel dieser Masterarbeit ist es, die hegemonialen Verhältnisse bestehender Care-Proteste zu untersuchen und v.a. auf ihr gegen-hegemoniales Potenzial hin zu analysieren. Die Expert*inneninterviews haben die positiven Entwicklungstendenzen und Protestzunahmen in Gesundheits- und Sozialberufen aufgezeigt. Die SWÖ-Proteste eignen sich, meiner Meinung nach, besonders gut als Fallbeispiel, zumal sie als einzige Proteste von allen Expert*innen implizit oder explizit erwähnt und häufig von ihnen als Art Bezugsgröße konstruiert wurden. In diesen Protesten wurde auch eine Arbeitszeitverkürzung eingefordert, was im Zentrum des Schrittes der „Realisierung von Zeitsouveränität und Existenzsicherheit“ von Winkers Care-Revolution steht (Winker 2015: 154). Meine Wahl fiel auf die SWÖ-Proteste des Jahres 2020, die mir nicht nur wegen ihrer Forderung nach einer 35-Stundenwoche, sondern auch aufgrund des beinahe zeitgleichen Aufkommens der Corona Pandemie von besonderem Interesse erschienen. Auch vereint der SWÖ-Kollektivvertrag viele unterschiedliche Berufsgruppen von Gesundheits- und Sozialberufen und könnte daher für die „Vernetzung von Care-Aktivist_innen“ vielversprechend sein (ebd.: 133).

Die SWÖ-Proteste 2020 bilden Proteste im Rahmen von gewerkschaftlichen Kollektivvertragsverhandlungen. Dabei verhandelten die Gewerkschaft GPA (ehemalig GPA-djp) und Vida mit den Arbeitgeber*innen der Sozialwirtschaft Österreich über die Ausgestaltung des Kollektivvertrages von 125 000 Beschäftigten des privaten Gesundheits- und Sozialbereichs. Die Proteste umfassten österreichweite Protestaktionen wie Warnstreiks, Demonstrationen, betriebliche Aktionen oder Kundgebungen (vgl. Hochmuth 2020; vgl. Gewerkschaft GPA 2020b). Die SWÖ-Kollektivvertragsproteste verfügen über eine institutionelle (gewerkschaftliche) Verankerung und einen zeitlich eingeschränkten und von sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen relativ stark vorgegeben „protest cycle“ (Della Porta und Diani 2020: 188). Dieser hört i.d.R. nach der sozialpartnerschaftlichen Einigung auf.

Abbild 1: Wiener Demonstrationszug der Sozialwirtschaft Österreich Proteste am 27.02.2021

Die einzige Forderung der Gewerkschaft nach einer 35 Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich (vgl. GPA djp und Vida Gewerkschaft 2020) wurde mit Kollektivvertragsabschluss am 01.04.2020 nicht erfüllt. Die Verhandlungen 2020 erstreckten sich von Dezember 2019 bis April 2020. Ein sogenannter 3-Jahres-Abschluss konnte erzielt werden, sodass die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen und damit verbundene Proteste erst wieder ab Herbst 2022 stattfinden werden. Die Arbeitszeit der Beschäftigten reduziert sich ab 2022 von 38 auf 37 Stunden (vgl. GPA djp u. a. 2020). Dies stelle aus gewerkschaftlicher Perspektive einen Teilerfolg dar:

> „Es ist uns gelungen, einen ersten Schritt in Richtung generelle Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Mit der 37-Stunden-Woche ist die Sozialwirtschaft damit eine Vorreiterbranche, was Arbeitszeitverkürzung betrifft. Wir bleiben aber bei unserer Forderung nach einer 35-Stunden-Woche“ (Gewerkschaft GPA 2020a).

Diese Ansicht scheinen nicht alle Mitglieder des Verhandlungsteams zu teilen. So bezeichnet Selma Schacht den Abschluss als „Farce“ (Schacht 2020b). Die besondere öffentliche Repräsentation der Beschäftigten in Pandemie-Zeiten hätte genutzt werden können:

> „Gerade jetzt wird unsere Branche als `systemrelevant´ und die KollegInnen als `HeldInnen des Alltags´ angesehen. Öffentlichkeit und Medien sind uns gegenüber sehr positiv eingestellt. Statt diese Stimmung für zusätzlichen Druck für die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche zu nutzen, würgten die SpitzenrepräsentantInnen des gewerkschaftlichen Verhandlungsgremiums nun den Protest ab“ (ebd.).

Eva Scherz begründet den schnellen Abschluss u.a. mit einem erhöhten Sicherheits- und Stabilitätsbedarf der Beschäftigten in Krisenzeiten (vgl. Hajek 2020).

8.2 Besonderheiten des Analysematerials

Die SWÖ-Proteste 2020 gehen inhaltlich von den Verhandlungspositionen und Forderungen der Gewerkschaft aus (s. GPA djp und Vida Gewerkschaft 2020). Die Proteste verfügen über keinen „inklusivistische[n] Aufruf" (Marchart 2013: 173), der als „kleinster gemeinsamer Nenner einer Bewegungsallianz" fungiert und damit über kein „klassisches" Material für eine Diskursanalyse der Essex School (Marchart 2013: 171).[18] Dies liegt sicherlich überwiegend daran, dass diese Proteste (noch) vergleichsweise klein sind und Diskursanalysen in der Regel bei sozialen Bewegungen wie z.B. der Pegida, die über mehr Analyse- und Forschungsmaterial verfügen, durchgeführt werden (s. Heim 2016).

Hier musste eine kreative und innovative Lösung gefunden werden: Ich habe 103 Fotos der Protestaktionen der SWÖ-KV Proteste 2020 zusammengestellt (s. Anhang). Die Zusammenstellung beinhaltet Fotos der Demonstration am 27.02.2020 (Wien), einer Standeskundgebung am 05.02.2020 (Wien) und unterschiedlicher österreichweiter (betrieblicher) Aktionen im Rahmen der SWÖ Kollektivvertragsverhandlungen. Der Textkorpus setzt sich dabei aus Texten von Transparenten, Plakaten oder anderen dem Protest klar zuordenbaren Gegenständen, die auf den Fotos abgelichtet sind, zusammen. Eine Ablichtung stellt bereits eine bestimmte selektierte Perspektive auf und eine Momentaufnahme von Wirklichkeit dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit: Das Dokumentieren von Protesten kann bereits als Akt der diskursiven Artikulation verstanden werden, in welcher subalterne Diskurselemente, oder Diskurselemente, die von der fotografierenden Person abgelehnt werden, womöglich weniger oder nicht dokumentiert werden. Durch das Heranziehen unterschiedlicher Fotoquellen wurde zweiteres Risiko minimiert.

[18] Es konnten v.a. Materialien, die ausschließlich von der Gewerkschaft formuliert wurden, gefunden werden. Ein „inklusivistische[r] Aufruf" (Marchart 2013: 173) impliziert jedoch einen kollektiven Konsensakt aller zentralen Bewegungsakteur*innen.

Ich fasse eine Protestaktion im Allgemeinen als viele lose zusammenhängende kleine und teilweise spontane Konsensakte von Protestierenden auf. Diese äußern sich in z.B. gemeinsam verfassten Plakaten und Transparenten, gemeinsamen Protestausrufen und Gesangseinlagen etc.. Der Textkorpus, der aus z.B. Textteilen von Plakaten und Transparenten besteht, ist aus diesen Gründen kein „klassisch“ zusammenhängender Text, sondern vielmehr eine Ansammlung von losen konsensual zusammenhängenden Textteilen. Der lose Zusammenhang wird performativ-räumlich geschaffen.

Das „besondere“ Analysematerial erschwerte auch die Kategorisierung in Relationsstrukturen. Die textliche Gestaltungsebene der Protestaktionen umfasste nämlich häufig Wortspiele, Doppel- oder Mehrdeutigkeiten, rhetorische Stilmittel, popkulturelle Verweise etc.. Die Sinneinheiten überschritten häufig gegenständliche Grenzen, da die Grenzen zwischen Protest und öffentlichem Raum häufig fluide verlaufen und von den Protestierenden mitgestaltet werden. Eine weitere Schwierigkeit von Fotodokumentationen als Textkorpus stellt die Leserlichkeit dar. Transparent-, Plakattexte etc. waren manchmal schwer entzifferbar. Lupen- und Zoomfunktionen mussten häufig zum Erfassen und Analysieren der Texteinheiten verwendet werden.

Diese vielen Besonderheiten erschweren eine genauere Rekonstruktion des Protestdiskurses und machen eine starke Interpretationsleistung zur Bestimmung der Relationsstrukturen erforderlich. Dies führt auch zu einer geringeren Generalisierbarkeit der Ergebnisse. Dominanz- und Subalternitätsverhältnisse des Protestdiskurses, sowie seinen möglichen leeren Signifikaten und seinen antagonistischen Gegenpol können aus diesen Gründen nur ansatzweise erfasst werden. Diese geringere Generalisierbarkeit ist jedoch für die Forschungszwecke der Masterarbeit ausreichend. Die Fotodokumentation/der Textkorpus ermöglicht breite Einblicke in einen Care-Protestdiskurs und kann damit auch Einblicke in seine (gegen-)hegemonialen Verhältnisse ermöglichen.

8.2.1 Zusammenstellung und Einschränkungen des Textkorpus

Das Fotomaterial des Textkorpus wurde auf den Internetseiten zentraler, in den Expert*inneninterviews genannter, Akteur*innen gesucht. Das vielfältigste Material

mit vergleichsweise hoher Bildqualität fand sich auf Seiten der Gewerkschaft GPA und der Initiative „Sozial aber nicht blöd“. Im Sinne einer theoretischen Sättigung mussten die Fotos „neue“ Sinneinheiten beinhalten, um dem Textkorpus beigefügt zu werden. Die Fotos der Akteur*innen-Seiten wurden daher zunächst genauestens untersucht und je nach Stand der theoretischen Sättigung ausgewählt. Aus diesem Grund wurde ein von mir selbstabgelichtetes Foto, das ich im Rahmen der Demonstration am 27.02.2020 fotografiert hatte, dem Textkorpus hinzugefügt. Die Demonstration und Standeskundgebung in Wien stellen die größten Protestaktionen der Kollektivvertragsverhandlungen 2020 dar und wurden daher bei der Zusammenstellung besonders berücksichtigt.

Zunächst wollte ich die unterschiedlichen Protestformen (Demonstration, Kundgebung, betriebliche Aktionen) separat untersuchen und mehrere Textkorpi anfertigen. Die Fluidität zwischen all diesen Protestaktionen wurde jedoch nach der ersten Sichtung der Bilder deutlich, sodass nur eine gemeinsame Analyse i.S. eines einzigen Textkorpus sinnvoll erschien.[19] Aus Analyse- und Nachweiszwecken wurden Fotos mit hoher Bildqualität und guter Leserlichkeit bevorzugt.[20] Nicht-leserliche Sinneinheiten wurden nicht berücksichtigt oder es wurden weitere Quellen zur besseren Identifizierung herangezogen. Kleingedrucktes konnte aus Leserlichkeits-Gründen kaum erfasst werden. Etwas „klein zu drucken“ stellt jedoch aus meiner Sicht bereits eine Artikulationspraxis dar. So ist anzunehmen, dass das Kleingedruckte auch kleingedruckt wurde, weil es kein dominantes Diskurselement darstellt. Textteile, die

[19] Einige Fotos betrieblicher Aktionen wurden beispielsweise ohne genauere Angaben über Zeit und Raum von der Gewerkschaft GPA und der Basisbewegung „Sozial aber nicht blöd“ im Rahmen ihrer jeweiligen Fotodokumentationen der SWÖ Proteste 2020 gepostet. So war einerseits klar, dass diese Fotos im Rahmen des untersuchten Protestphänomens stattgefunden haben, unklar blieb jedoch die Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Protestaktionen. Auch wenn eine klare Abgrenzung möglich war, verdeutlichte das Wiedererkennen gleicher Transparente oder Personen in Fotos unterschiedlicher Protestaktionen deren Wechselhaftigkeit.

[20] Sofern dieselbe oder die gleiche Sinneinheit auf unterschiedlichen Fotos vorzufinden war, wird in der folgenden Ergebnisdarstellung die leserlichste Fotografie als Bildnachweis im Masterarbeit-Fließtext angeführt (Alle Bildnachweise sind im Anhang aufgelistet).

aufgrund der Fluidität zwischen Protest und öffentlichem Raum nicht klar dem Protestphänomen zuordenbar waren, wurden im Zweifelsfall nicht ausgewertet.

Für eine umfassende Analyse von Protestaktionen würden sich auch Bild- und ikonographische Analyseverfahren eignen. Ebenso verfügen Protestaktionen über eine auditive/orale Ausdrucksform (z.B. Protestrufe). Beide Analyseebenen können aufgrund der formalen Begrenzungen einer Masterarbeit nicht mituntersucht werden. Ikonographisch besonders interessante Protestabbildungen werden diesem Kapitel jedoch beispielhaft und zur Untermalung der Ergebnisdarstellung und Diskussion beigefügt. Protestbotschaften wurden häufig farblich oder fett hervorgehoben, oder in unterschiedlichen Schriftgrößenverhältnissen dargestellt. Diese Schriftgestaltungen wirkten oft uneindeutig, spontan und unsystematisch, sodass sie, meiner Meinung nach, eher als kreative Ausdrucksformen gefasst werden können. Aus Platzgründen kann nicht näher auf diese Aspekte eingegangen werden.

Abbild 2: Protest-Banner mit kreativen und unsystematischen Schriftzügen

8.2.2 Diskursive Verdichtungsverhältnisse bestimmen

Die Besonderheiten des Analysematerials erschweren die Bestimmung von Dominanz- und Subalternitätsverhältnissen des Protestdiskurses, sodass weitere Anhaltspunkte unterstützend bestimmt werden müssen.

Ernesto Laclau hat sich in seinen späteren Werken verstärkt mit der Rhetorik auseinandergesetzt (vgl. Laclau 2014). Er begreift den leeren Signifikanten als „Übersetzung der rhetorischen *Katachresis*“ (Hetzel 2017: 50). Die Katachresis ist jene rhetorische Figur, die unstimmige Bilder absichtlich miteinander verbindet; sie vollzieht einen Bruch und schafft zugleich neuen Sinn. Die Herausbildung von leeren Signifikanten erfolgt für Laclau performativ und affektiv. Er versucht ihre Herausbildung mit dem Begriff des „`radical investment´“ zu umschreiben (Laclau 2007: 110). Affekt wird von Laclau nicht außerhalb des Denkens angesiedelt, sondern als Bestandteil sprachlicher Artikulation verstanden:

> “Affect is not something which exists on its own, independently of language; it continues itself only through the differential cathexes of a signifying chain. This is exactly what `investment´ means” (ebd.: 111).

Demnach können nur Forderungen mit besonderen affektiven Aufwendungen als leerer Signifikant oder dominante Diskurselemente fungieren. Es ist anzunehmen, dass ein “radical investment“ von einer starken Antagonisierung charakterisiert ist. Besonders wichtige und stark affektiv besetzte Forderungen oder Subjektpositionen werden, so eine weitere Annahme, häufiger bei Protestaktionen artikuliert. Ich schlage daher die Heranziehung von Quantifizierungen vor. Diese können sicherlich nicht der Komplexität der Katachresis gerecht werden, sie können aber zumindest zusätzliche Anhaltspunkte für die Bestimmung von diskursiven Verdichtungsverhältnissen und Antagonisierungen liefern.

Für Quantifizierungseinschätzungen ergaben sich folgende Schwierigkeit: Die Sichtung der Protestbilder ließ vermuten, dass dieselben Transparente und Plakate bei unterschiedlichen Aktionen und Momentaufnahmen abgelichtet wurden. Um die Quantifizierung von gleichen Sinneinheiten auf z.B. unterschiedlichen Transparenten oder Plakaten ansatzweise zu ermöglichen, wurden die Schreibweise der Sinneinheiten (Grammatik, Punktation, Rechtschreibung), sowie Designelemente (z.B. Illustrationen, farbliche Gestaltung) zur Differenzierung berücksichtigt. Quantifizierungseinschätzungen erfolgten dabei auf zwei Arten. Erstens wurden die Protestfotos nacheinander verglichen und durchgegangen. Die Quantifizierung erfolgte demnach durch Vergleiche und Zähleinschätzungen im Gesamttextkorpus (vertikale Quantifizierungseinschätzung). Hiermit ist keine Quantifizierung von selben Sinneinheiten und nur eine ansatzweise Quantifizierung von gleichen Sinneinheiten möglich, zumal die festgelegten Kriterien nicht immer gleiche

Botschaften ausreichend voneinander unterscheiden lassen. Hierfür schlage ich zweitens das Heranziehen von sogenannten Überblicksbildern (Bilder die Proteste aus einer Fernperspektive ablichten) vor. Diese Bilder ermöglichen eine einschätzende Quantifizierung im gleichen Bild und damit das ansatzweise Zählen von gleichen und selben Texteinheiten im Textkorpus (horizontale Quantifizierung). Die eben geschilderten Gewichtungsbestimmungsweisen können lediglich als grobe Einschätzungen verstanden werden. Oft können Sinneinheiten (trotz der eben dargelegten Kriterien), aufgrund der schweren Leserlichkeit des Materials, nicht ausreichend erfasst werden. Diese Einschätzungen sind jedoch für die Analysezwecke der Masterarbeit ausreichend.

Um die hegemonialen Verhältnisse der Protestbewegung besser nachzuzeichnen, eignet sich zudem, meiner Ansicht nach, neben einer Untersuchung der Relationsstrukturen auch eine genauere Analyse der organischen Theorie des Bewegungsdiskurses mittels Heranziehung von Zusatzliteratur.

8.2.3 Grenzen der Relationsstrukturen

Die inhaltliche Vertiefung des Diskursanalysemodells nach Marchart wurde von ihm am Material von Anti-Prekarisierungsprotesten erarbeitet. Das zusammengestellte Material ließ sich mit diesen erarbeiteten Relationsstrukturen gut analysieren. Innerhalb der Relationsstrukturen wurden Kategorien erarbeitet. Diese Kategorisierungen wurden sowohl induktiv als auch deduktiv, d.h. theoriegeleitet entwickelt. Einige Sinneinheiten konnten jedoch nicht mit den Relationsstrukturen erfasst werden, was zusätzliche Analysestrukturen erforderlich machte.

So konnten auch (Protestsolidarisierungs-)Wünsche und Motivationssprüche gefunden werden. Diesen beiden Kategorisierungen ist gemein, dass sie einer Forderung i.S. Ernesto Laclaus vorgelagert sind und damit nicht in der Forderungsstruktur erfasst werden konnten (vgl. Laclau 2007: 73f ; vgl. Marchart 2013: 152). Anhaltspunkte zu ihrer Operationalisierung im Material lieferten Formulierungen im Konjunktiv, wie „STREIKEN WÜRD ICH LIKEN“ (Bild 35), oder Ansuchen, die an keine „äußere“ Instanz gerichtet wurden, wie z.B. „NICHT AUFGEBEN!“ (Bild 15), „GEMEINSAM sind wir stark!“ (Bild 72). Hier ist eine Parallele zur Kategorie „Strategien“ der obigen

Expert*inneninterviews ersichtlich, in welchen auch einige „innere“ Wünsche identifiziert werden konnten.

Ziel eines Protestes ist es, öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und den Protestdiskurs zu verbreiten bzw. einen Dialog mit Außenstehenden und Zuseher*innen zu initiieren, um den Protesterfolg zu erhöhen. Zusätzliche deskriptive Botschaften wie „HIER WIRD GESTREIKT“ (Bild 89), „Heute bleibt das Tonstudio geschlossen. Wir streiken!“ (Bild 97), „JUVIVO STREIKT!“ (Bild 98) wurden identifiziert. Auch konnten Affektäußerungen wie „ES REICHT!“ (Bild 42) oder „SOZIALSTREIK HOCHANSTECKEND!“ (Bild 101) gefunden werden. Diese Sinneinheiten können auch in Zusammenhang mit einer Motivationssteigerung nach „innen“ oder „außen“ betrachtet werden.

9. Ergebnisdarstellung der Diskursanalyse

Nun werden die Ergebnisse und Interpretation der Diskursanalyse der SWÖ-Proteste 2020 anhand der diskursanalytischen Relationsstrukturen nach Marchart dargelegt (vgl. Marchart 2013).

9.1 Forderungsstruktur

Unter einer Forderungsstruktur meint Marchart:

> „*die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische umkämpfte Konstellation von Forderungen, die in einem bestimmten Gewichtungsverhältnis zueinander stehen, durch eine bewegungseigene organische Theorie gestürzt bzw. abgeglichen und schließlich von einer tendenziell leeren Forderung repräsentiert werden*“ (Marchart 2013: 162).

Für Laclau kann sich ein unerfüllter Wunsch an eine äußerliche Instanz mittels Äquivalenzierungen zu anderen analogen Wünschen zu einer Forderung formieren (vgl. Laclau 2007: 73f). Protestaktionen stellen aus meiner Sicht Formen der Äquivalenzierungen unerfüllter Wünsche dar. Umgemünzt auf das Analysematerial wurden Aussagen als Forderung kodiert, die an einen SOLL-Zustand appellieren und dies mit einer gewissen Bestimmtheit artikulieren. Anhaltspunkte zur Definition dieser Bestimmtheit waren selbstpositionierende Begriffe wie „Für“, so z.B. „FÜR MENSCHLICHE (ASYL)POLITIK“ (Bild 30), SOLL-Zustände, die mittels antagonistischer Gegenüberstellungen geäußert wurden, SOLL-Äußerungen, die Begriffe wie „mehr“, „runter“ oder „rauf“ inkludieren und damit bereits eine SOLL-Richtung bzw. Ausgestaltung beinhalten, sowie die Punktuation von SOLL-Aussagen mittels z.B. Großbuchstaben oder Rufzeichen.

Die meisten rekonstruierbaren Forderungen im Analysematerial waren berufliche Forderungen. Hier dominierten bei Weitem Forderungen nach einer 35 Stundenwoche mit z.B. „Arbeitszeitverkürzung JETZT! Bei vollem Lohn- & Gehaltsausgleich“ (Bild 35), „ARBEITSZEIT RUNTER“ (Bild 55) oder „35-STUNDEN WOCHE“ (Bild 102), „35 STUNDEN=VOLLZEIT“ (Bild 88) sowie Forderungen nach besseren und faireren Löhnen wie „FÜR BESSERE LÖHNE“ (Bild 18), „FAIRE LÖHNE für WICHTIGE ARBEIT“ (Bild 29), „LÖHNE & GEHÄLTER RAUF!“ (Bild 21). Weniger dominant waren hingegen berufliche Forderungen nach mehr Anerkennung

und Wertschätzung, wie z.B. „Achtung Wertschätzung Menschlichkeit für die Mitarbeiter“ (Bild 5), sowie nach Beseitigung eines Fachkräftemangels vertreten. Bei letzterer Subkategorie konnte nur eine Forderung herausgelesen werden.

Mit „Geld für Menschen statt Konzerne“ (Bild 39), oder „Climate Justice NOW!“ (Bild 86) wurden gesellschaftspolitische Forderungen artikuliert. Die Forderungen „TATEN STATT LEERER WORTE!“ (Bild 47) und „Veränderung! jetzt!“ (Bild 15) wollen zum Handeln aktivieren und eine rasche Änderung des Status quo vorantreiben.

Forderungen nach mehr Erholung und Gesundheit für Beschäftigte konnten gefunden werden (Bild 15), sowie zwei Forderungen nach mehr Qualität für Beschäftigte und Pflegebedürftige mit „Qualität für Pflegebedürftige und MitarbeiterInnen“ (Bild 15) und „35 STUNDEN – MEHR QUALITÄT FÜR UNSERE KUNDEN“ (Bild 39).

Wie in den Expert*inneninterviews, wurden auch hier innerbewegliche Forderungen artikuliert. Mit „Abstimmung aller Beschäftigten über das Verhandlungsergebnis!“ (Bild 25) findet sich eine von Expert*innen der Basisbewegungen geäußerte Forderung wieder (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a). Mit der Forderung „für einen bundesweiten gemeinsamen Streiktag am 10. März!“ (Bild 27) wird für eine größere Vereinheitlichung der Proteste plädiert. Ich fasse diese Protestzitate trotz „innerer“ Ausrichtung als Forderung, da die Expert*inneninterviews aufgezeigt haben, dass innerhalb der unterschiedlichen Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen teilweise auch die Gewerkschaftspolitik als „äußere“ Instanz konstruiert wurde.

Hier kann festgehalten werden, dass Forderungen nach einer 35 Stundenwoche am häufigsten geäußert wurden und jedenfalls ein dominantes Diskurselement der Forderungsstruktur darstellen. Ein erster Blick auf die Forderungen der Bewegung deutet eher auf ein reformpolitisches Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten von Gesundheits- und Sozialberufen hin. Die wenigen gesellschaftspolitischen Forderungen wie „Climate Justice NOW!“ (Bild 86) implizieren zwar einen umfassenderen Systemwandel, sie wirken aber eher durch ihre geringe Anzahl wie „Ausreißer“.

Forderungsstrukturen werden laut Oliver Marchart von sogenannten „organischen Theorien“ (Marchart 2013: 164) gestützt. Organische Theorien erfüllen v.a. folgende Funktionen:

> „Indem sie Selbstverständigungsfunktion übernehmen, tragen sie zur Subjektivierung der Protestakteure und damit zur Mobilisierung bei; indem sie Welterklärungsfunktion übernehmen, erlauben sie den Akteuren, ihren Protest einer breiter formulierten (sozialen, ökologischen etc.) Problemlage einzuschreiben“ (ebd.: 165).

Ziel der Masterarbeit ist, anhand der SWÖ-Proteste, die als Fallbeispiel für Care-Proteste fungieren, eine gegen-hegemoniale Strategie ausgehend von „Care“ zu entwerfen. In den Worten Judith Veys hat ein gegen-hegemoniales Projekt die „Infragestellung, Umdeutung herrschender und Produktion alternativer Wahrheitshorizonte“ zum Ziel (Vey 2015: 81). Ein gegen-hegemoniales Projekt muss also in der Lage sein, in hegemoniale Verhältnisse einzuwirken und diese grundlegend zu wandeln.

Auch vermeintlich reformpolitische Projekte können antikapitalistische Zielsetzungen oder Strategien beinhalten und das obgleich sie sich womöglich nicht explizit derartig positionieren. Chantal Mouffe verdeutlicht, dass eine antikapitalistische Haltung nicht zwangsläufig zu antikapitalistischen bzw. gegen-hegemonialen Einwirkungen und vice versa führt:

> „In manchen Fällen werden die Beteiligten sich noch nicht einmal als `antikapitalistisch´ wahrnehmen, und viele [dieser Kämpfe] werden im Namen der Gleichheit geführt und als Kämpfe für die Demokratie wahrgenommen werden“ (Mouffe 2018: 62).

Chantal Mouffe führt uns mit den Wortkombinationen „radikaler Reformismus“ bzw. „revolutionärer Reformismus“ vor Augen, dass auch „Auseinandersetzung mit den bestehenden politischen Institutionen, in der Absicht sie über demokratische Verfahren umzugestalten“ gegen-hegemoniales Potenzial entfalten und zu einem „grundlegenden Wandel in der Struktur der sozioökonomischen Machtverhältnisse“ führen können (ebd.: 58). Das Konzept der Hegemonie ermöglicht uns antikapitalistische Strategien kontingenter zu fassen und sie nicht auf eine intrinsische Motivation und Positionierungen bestimmter Akteur*innen zu reduzieren. Um das gegen-hegemoniale Potenzial der untersuchten SWÖ-Proteste zu eruieren, müssen weitere Einblicke in hegemoniale Verhältnisse der Proteste gewährt werden. Hierfür eignen sich, meiner Ansicht nach, organische Theorieansätze besonders gut. Sie

ermöglichen die durch die Protestbewegung angestellte Infragestellung des Sozialen zu rekonstruieren.

Um die hegemonialen Verhältnisse der organischen Theorie untersuchen zu können, wird auf Judith Veys Versuch der Kategorisierung von gegen-hegemonialen Strategien zurückgegriffen. Angelehnt an Laclau und Mouffe umschreibt sie drei „Möglichkeiten der Hegemonialisierung", nämlich erstens eine „Erweiterung des Raums des Möglichen" (in Folge Strategie der „Erweiterung"), wofür sie als Beispiel die Akzeptanz von anderen sexuellen Identitäten außerhalb der Dichotomie Mann-Frau anführt (Vey 2015: 85). Diese Hegemonialisierung führt aber noch nicht zu einer grundlegenden Infragestellung dieser Kategorisierungen, sondern „erlaubt" einen breiteren Wahrheitshorizont. Zweitens führt sie die „Umdeutung eines bestehenden Signifikanten" (in Folge Strategie der „Umdeutung") als Form der Hegemonialisierung an (ebd.). Als Beispiel hierfür wird angegeben, dass unter einer kapitalistischen Ökonomie nun auch andere solidarische Formen des Wirtschaftens einen Bedeutungsraum erhalten haben. Schließlich geht es bei der dritten Form der Hegemonialisierung um eine „Etablierung eines neuen leeren Signifikanten" (ebd.) (in Folge Strategie der „Etablierung"). Hier wird „das Feld der Bedeutungen neu strukturiert" (ebd.: 86). Folgendes Beispiel wird von Vey für diese dritte und stärkste Hegemoniebildung angeführt:

> „Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit oder Grüner Sozialismus (in Abgrenzung zu Grünem Kapitalismus) stellen neue Signifikanten dar, die in den letzten Jahren als gegen-hegemoniale Projekte entwickelt wurden und unter denen sich soziale Kämpfe (neu) organisiert haben" (ebd.).

Da es den untersuchten Texteinheiten aufgrund der obig erläuterten Besonderheiten an Kontextualisierungsmöglichkeiten fehlt, werden Ergebnisse der Expert*inneninterviews und weitere Theorieansätze zur Stütze der Analyse organischer Theorieansätze herangezogen. Anhaltspunkte für die Bestimmung von organischer Theorie im Material waren explikatorische Satzeinleitungen wie „damit" oder „weil", sowie Sinneinheiten, die einen IST-Zustand (kritisch) darlegen oder als Art Argumente oder Erklärungen für einen SOLL-Zustand fungieren.

9.1.1 Strategien der bedingten hegemonialen „Erweiterung“

Die folgenden Protestzitate wurden als organische Theorieansätze „zum Zwecke der Organisation, Stabilisierung und Selbstverständigung einer sozialen Bewegung“ (Marchart 2013: 165) artikuliert. In ihren Argumentationen bedienen sie sich v.a. bestehender hegemonialer Verhältnisse und verursachen nur bedingt eine „Erweiterung des Raums des Möglichen“ (Vey 2015: 85). Dies lässt sich insbesondere durch den Rückgriff auf Alltagsdiskurse, sowie durch einen gering erkennbaren antagonistischen Horizont der Theorieansätze erkennen. Mit „antagonistischen Horizont“ meine ich implizite Verweise auf etwas „Negatives“ innerhalb einer Sinneinheit.

So werden die Forderungen u.a. mit dem Argument der Branchenattraktivierung, die zum Lukrieren von dringend benötigtem Personal erforderlich ist, gestützt: „Damit der Job der Elementarpädagogik wieder attraktiv wird“ (Bild 2), „Damit wir neue MitarbeiterInnen gewinnen“ (Bild 3) oder „Bis 2030 brauchen wir 30 000 Pflegekräfte mehr“ (Bild 4). Diese organischen Theorieansätze bewegen sich in einem gesellschaftlichen Konsens und Alltagsdiskurs: Bezahlung und Arbeitsbedingungen haben einen Einfluss auf die Berufswahl. Mit dem Verweis auf einen Fachkräftemangel wird der Spezial- bzw. Interdiskurs des Pflegenotstandes, der meiner Ansicht nach bereits über einen gewissen Grad an Konsens verfügt, zur Stütze der Forderungen angerufen.

Mit dem Zitat: „PEANUTS kosten mehr als WIR verdienen“ (Bild 12), wird durch einen polarisierenden Vergleich auf die schlechte Bezahlung der Berufsgruppen hingewiesen. Dies soll, meiner Meinung nach, die Forderungen nach insbesondere höheren Löhnen stützen. Hier wird auf ein gesellschaftlich konformes Argument, wonach arbeitende Menschen eine angemessene Entlohnung verdienen würden, zurückgegriffen. Dieses Argument findet sich in den meisten Arbeitskonflikten wieder, sodass es, meiner Ansicht nach, als Teil eines hegemonialen Alltagsdiskurses verstanden werden kann.

Auch verdeutlichen Protestierende mit Zitaten wie, „Damit wir den Job möglichst lange für unsere KundInnen mit Herz und Elan ausüben können!“ (Bild 5) oder „ICH

WILL NICHT SO SCHLECHT ARBEITEN WIE ICH VERDIENE BEZAHLT WERD“ (Bild 86), dass sie (erst) durch die Erfüllung der Forderungen eine gute und nachhaltige Arbeitsleistung erbringen können. Hier wird auf ein allgemein anerkanntes Argument zurückgegriffen: Wer gut entlohnt wird, erbringt auch eine gute Arbeitsleistung. Der Verweis auf „unsere KundInnen“ und „mit Herz“ bringt die (affektive) Betroffenheitsdimension von Gesundheits- und Sozialberufen zum Ausdruck, die auch in Expert*inneninterviews betont wurde. Hier schwingt, meiner Meinung nach, mit, dass in Gesundheits- und Sozialberufen *gerade* aufgrund der menschlichen Betroffenheitsdimension gute Arbeitsbedingungen notwendig sind. Dieses Argument „erweitert“ klassische arbeitspolitische Argumentationen.

9.1.2 Strategien der „Erweiterung“ und „Umdeutung“

Die folgenden Protestzitate bewegen sich zwischen Strategien der hegemonialen „Erweiterung“ und „Umdeutung“. Dies kann insbesondere mit Zusatzliteratur argumentiert werden, sowie damit, dass verstärkt auf antagonistische Diskurshorizonte verwiesen wird.

Mit „35 Stunden sind genug!“ (Bild 18) wird die zentrale Forderung nach einer 35-Stundenwoche implizit, aber nicht explizit formuliert. Wie auf etwas reagierend wird erklärt, dass 35 Stunden „genug“ seien. Die Responsivität skizziert einen antagonistischen Diskurshorizont (jemand oder etwas findet *nicht,* dass 35 Stunden „genug“ sind). Die Sinneinheit hat eine explikatorische Funktion, sie begründet die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung, zugleich deutet sie auch die Antagonismen einer solchen Forderung an und schafft damit „Orientierung im politisch-sozialen Raum“ (Marchart 2013: 164).

Die Texteinheiten „35 Stunden sind genug!“, „35 Stunden die Woche sind genug! Für uns ALLE!“ (Bild 5), „weniger ist mehr!“ (Bild 15) oder „35H noch immer fleißig“ (Bild 28) stabilisieren die Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung. Sie können als diskursive Einwirkungen in den hegemonialen Leistungs- und Arbeitsdiskurs verstanden werden, der vom Konsens der 40 bzw. 38 Stundenwoche geprägt ist und die Gegenforderungen der Arbeitgeber*innenseite stützt. Das am stärksten im Material repräsentierte organische Theoriezitat „35 Stunden sind genug!“ kann daher als gegen-

hegemoniales Argument verstanden werden. Aber auch Anleihe an hegemonialen Diskurselementen finden sich darin wieder. So kann davon ausgegangen werden, dass viele lohnabhängige Menschen weniger Arbeitsstunden begrüßen würden. Die Arbeitnehmer*innenbewegung hat, historisch gesehen, bereits häufig Proteste rund um die Reduktion der Arbeitszeit geführt (vgl. Winker 2015: 156). Solche Forderungen sind daher für viele Menschen naheliegend und mit einem gewissen historisch gewachsenen Konsens behaftet. Aus Perspektive Judith Veys fasse ich daher „35 Stunden sind genug!“ als „Erweiterung des Raums des Möglichen“, weil Arbeitszeit nun breiter als der 38 bzw. 40 Stundenkonsens gedacht wird und gewerkschaftliche Forderungen der Arbeitszeitreduktion „erweitert“ werden, zugleich aber auch als „Umdeutung eines bestehenden Signifikanten“, insofern als das gesellschaftliche Grundverständnis von Arbeitsleistung mit dem Satz „35 Stunden sind genug!“ und der Tatsache, dass es sich dabei um Care-Arbeit, die lange nicht als „richtige“ Arbeit angesehen wurde, handelt, grundlegender umzuwandeln versucht wird (Vey 2015: 85).

Abbild 3: Betriebliche Aktion für eine 35-Stundenwoche

Mit Zitaten wie „SOZIALE ARBEIT HAT/IST MEHR-WERT“ (Bild 57), „Wir sind ein kostbares Gut!“ (Bild 15), „Pflege ist mehr wert“ (Bild 16), oder „Weil wir auch WICHTIG sind!!!“ (Bild 5) wird ebenso in den kapitalistischen Leistungs- und Arbeitsdiskurs eingewirkt. Gesundheits- und Sozialberufe gelten für viele noch nicht als „richtige“ Jobs, obgleich sie systemrelevant sind. Sie werden, wie in den Expert*inneninterviews aufgezeigt, häufig zwischen Freiwilligkeit und

Fachprofession angesiedelt (vgl. Zellhofer 2019). Dies hängt eng mit patriarchalen Gesellschaftsverhältnissen und der vorherrschenden gesellschaftlichen Wertigkeit von Care- und Reproduktionsarbeit zusammen (vgl. Winker 2015). Menschen, die sich um andere Menschen sorgen, werden (noch) nicht als gesellschaftliche Leistungsträger*innen angesehen. Ich fasse diese Diskurse als „Erweiterung des Raums des Möglichen" nach Vey auf, zumal Soziale Arbeit oder die Pflege einem gesellschaftlichen Arbeits- und Leistungsverständnis inkludiert werden (Vey 2015: 85). Zugleich erfolgt auch hier eine tiefgreifendere Umdeutung, da Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse damit grundlegend in Frage gestellt werden.

Auch mit „Wir geben mehr als 100% - was kriegen wir dafür!?" (Bild 74), oder „Wir geben mehr als 100% und kriegen dafür 2,37% ?!" (Bild 56) bedienen sich Protestierende mittels rhetorischer Fragen des hegemonialen Leistungsdiskurses und stellen diesen in Frage. Denn obgleich die Beschäftigten außergewöhnlich leistungsbereit sind, werden sie schlecht entlohnt/marginalisiert. In der Leistungsgesellschaft wird allen „Fleißigen" und damit auch Menschen in Gesundheits- und Sozialberufen eine angemessene Entlohnung versprochen. Hier werden Widersprüche sichtbar: Denn trotz der Systemrelevanz und der starken psychischen und körperlichen Belastung von Sozialen- und Gesundheitsberufen werden Berufsgruppe wie beispielsweise die Altenpflege oder Kinderbetreuung schlecht entlohnt (vgl. Schönherr und Zandonella 2020). Die Protestzitate führen damit zu einer Art Entmystifizierung der Leistungsgesellschaft, die allen „Fleißigen" eine gute Entlohnung und Erfolg verspricht. Gleichzeitig bewegen sich die Protestzitate in einer vorherrschenden Logik: Die „Fleißigen" bestehen auf ihre Rechte und bedienen sich der Leistungsgesellschaft zur Legitimation ihrer Forderungen. Hier lässt sich daher für mich einerseits eine Strategie der „Erweiterung" nachzeichnen: Der Leistungsgesellschaftsdiskurs wird durch seine drohende Entmystifizierung auf die Beschäftigten der Sozialwirtschaft Österreich auszuweiten versucht. Andererseits wird aber auch eine „Umdeutung" angestoßen, insofern, als dass Leistung mit Sozialen- und Gesundheitsberufen/Care-Arbeit verknüpft wird.

Ebenso ambivalent zu bewerten, sind folgende Protestzitate**:** „ARBEITSZEITVERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHN, IST DIE BESTE BURNOUT-PRÄVENTION" (Bild 48); „Wir sind hier, wir sind laut, weil man unsere

Gesundheit klaut!“ (Bild 43), „Eure Gewinnmaximierung minimiert unsere Gesundheit!“ (79), oder „WEIL ich FÜR Gesundheit bin“ (Bild 55). Dass Beschäftigte unabhängig von ihrem Job kein berufsbezogenes Burnout haben sollten, verfügt meiner Ansicht nach über eine gewisse gesellschaftliche Konsensfähigkeit, obgleich die neoliberale Ausweitung der Marktlogik in die Arbeitswelt diese Konsensfähigkeit mehr und mehr angreift. Die Erhaltung der eigenen Gesundheit spielt spätestens seit dem Zeitalter der „Biopolitik“ (Foucault 2009) eine hegemoniale gesellschaftliche Rolle. Arbeitsgesundheit wird allerdings im Zuge der gesellschaftlichen Neoliberalisierung in einen gesundheitlichen „(Wahl-)Freiheitsdiskurs“ umgewandelt (Sauer 2016: 176). Birgit Sauer führt aus:

> „Die neue Gouvernementalität positioniert *selbstgeführte* Menschen gegen *fremdgeführte*, die die `Gefahren´ der Freiheit nicht meistern, nämlich Arme, Hartz IV EmpfängerInnen, Dicke und RaucherInnen, die vermeintlich Disziplinlosen“ (ebd.: 174).

Im ersten Protestzitat wird Gesundheit mit einer Arbeitszeitverkürzung verlinkt und damit aus der Sphäre der Wahlfreiheit und in die Sphäre der Arbeitspolitik verschoben. Care-Arbeit wird als Arbeit, die mit einem verstärkten Freizeitausgleich einhergehen sollte, konstruiert. Die Protestzitate bewegen sich einerseits in einem neoliberalen bzw. biopolitischen Gesundheitsdiskurs, zugleich wird die neoliberale Wahlfreiheit jedoch in Frage gestellt, sodass ich die Protestzitate zwischen einer Strategie der „Erweiterung“ (auch Beschäftigte im Care Bereich haben ein Recht auf gesunde Arbeitsverhältnisse) und einer Strategie der „Umdeutung“ des neoliberalen Wahlfreiheitsdiskurses (Arbeitspolitik ist für die Gesundheit der Beschäftigten zuständig) verstehe.

Die Beschäftigten werden in unterschiedlichen Texteinheiten des Korpus als Verkörperung einer gesellschaftlichen Vorbildhaftigkeit konstruiert. Dabei erfahren sie aber trotz dieser Vorbildhaftigkeit Marginalisierung: „Wir stützen den Sozialstaat! Wer stützt uns?“ (Bild 40), „Wir helfen denen, die Hilfe brauchen – Wer hilft uns?“ (Bild 23) oder „Großes Herz sucht EINKOMMEN ZUM AUSKOMMEN“ (Bild 77). Durch die Darstellung dieses Widerspruches werden die Protestforderungen zu stützen versucht. Hier kommen meiner Meinung nach Ansätze einer Care-Ethik zum Ausdruck, zugleich aber auch wohlfahrtsstaatliche Diskurse. Die Unterstützung von Hilfsbedürftigen und das gegenseitige füreinander Sorgen werden als positiv und wichtig verstanden. Gegenseitige Unterstützung und das Angewiesensein auf gegenseitige Hilfe i.S. einer Solidargemeinschaft werden adressiert. Der

Protestdiskurs wendet sich meiner Ansicht nach, gegen Neoliberalisierungstendenzen, die, so Sauer, den Wohlfahrtsstaat mit Weiblichkeit und Abhängigkeit gleichsetzen und einem neoliberalen Staat der Freiheit, des Marktes und der Männlichkeit gegenüberstellen und gegenüber abwerten (vgl. Sauer 2016: 164). Die obigen Zitate rekurrieren aber zugleich auf ein gängiges tauschwirtschaftliches Prinzip von Leistung und Gegenleistung: Wir helfen anderen und verdienen daher auch Hilfe. Damit werden aber auch Hilfe- und Unterstützungsleistungen – also Care-Arbeit - als Leistung betont. Das Einbringen dieser Diskurselemente kann daher einerseits als gegen-hegemoniale Grenzverschiebung i.S. einer „Umdeutung" eines neoliberalen maskulinistischen Diskurses durch das Betonen menschlicher Interdependenz begriffen werden, zugleich erfolgt auch eine „Erweiterung", da das Tauschprinzip der Leistung und Gegenleistung auf Hilfeleistende ausgeweitet, aber nicht per se hinterfragt wird.

Zitate wie „VORSICHT FALLE! PFLEGE BETRIFFT UNS ALLE" (Bild 39), „SOZIALES GEHT UNS ALLE AN" (Bild 29), oder „! Auch ihr werdet alt!"[21] (Bild 15) verweisen auf grundlegende menschliche Relationalitäten und Interdependenzen. Sie deuten an, dass unser Überleben von anderen Menschen (und von Beschäftigten in Gesundheits- und Sozialberufen) abhängt und eine reine individualistische Lebensperspektive irreführend bis zu gefährlich ist. Mit dem Aufzeigen der Betroffenheitsdimension der Berufsgruppen wird meiner Ansicht nach, versucht mit Diskursanleihen der Care-Ethik in vorherrschende neoliberale Individualisierungsdiskurse einzuwirken. Birgit Sauer spricht im Kontext der Neoliberalisierung des Staates von einem „Individualisierungsvertrag" durch welchen Menschen „nicht mehr als Subjekte einer Solidargemeinschaft angerufen [werden], sondern als Solipsisten" (Sauer 2016: 166). Ich fasse daher diese Einwirkungen in neoliberale Individualisierungsdiskurse als „Umdeutung", da das Soziale als interdependentes menschliches Verhältnis betont und damit der vorherrschende neoliberale Diskurs grundlegend umgedeutet wird. Angelehnt an Karl Polanyi argumentiert Thomas Biebricher, dass Neoliberalismus sich nicht gleichmäßig

[21] Dieses Zitat macht, meiner Meinung nach, indirekt eine Verknüpfung mit jenen Spezial- und Interdiskursen, die vor einer alternden Gesellschaft und einem daraus resultierenden Pflegemangel, warnen.

instauriere, sondern durch pendelartige „Roll-Out“ und „Roll-Back“ Bewegungen gekennzeichnet sei (Biebricher 2016). Die Protestzitate könnten daher auch als wohlfahrtsstaatliche Akzentuierungen innerhalb des neoliberalen Pendels gelesen werden und damit eine Strategie der „Erweiterung“ ausmachen. Die Corona-Pandemie und die starken damit einhergehenden Erfahrungen, des aufeinander Angewiesenseins könnten diese ambivalenten Strategien in eine gegen-hegemoniale Richtung schärfen. Die Sinneinheit „STELL DIR VOR es ist PANDEMIE und wir sind ALLE IM BURNOUT“ (Bild 82) zeigt bereits auf, dass die Corona-Pandemie eine diskursive Möglichkeit für das Betonen von menschlicher Interdependenz und der Lebensnotwendigkeit von Care-Tätigkeiten bietet. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Protestdiskurs konnten jedoch aufgrund fehlender Daten nicht weiter untersucht werden.

Abbild 4: Protest-Banner mit Verweis auf die Corona-Pandemie

Die Forderungen werden auch mit einer besseren Vereinbarkeit zwischen Privatleben und Arbeit begründet. Dies kommt z.B. in folgenden Protestzitaten zum Ausdruck: „Damit Beruf und Familie besser vereinbar ist!“ (Bild 2), oder „Auch Pflege- u. Betreuungskräfte haben Familie!“ (Bild 5). Hier wird auf den Bedarf nach einer klareren Grenzziehung zwischen dem öffentlichen Bereich der Arbeit und dem privaten Bereich der Familie hingewiesen. Das „Trennungsdispositiv“ des modernen bürgerlichen Staates drücke sich, so Sauer, in spezifischen Grenzziehungen wie „die Trennung zwischen öffentlich und privat, zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit, zwischen inner- und außerstaatlich, dem Eigenen und dem Fremden“ aus (Sauer 2016: 160). Diese Trennung weise starke geschlechterspezifische Implikationen auf. So habe Carole Pateman mit ihrem Werk „The sexual contract“

(1989, Erstausgabe 1988) aufgezeigt, dass Frauen aus der öffentlichen Sphäre des Staates systematisch ausgeschlossen wurden (vgl. Sauer 2016: 159). Die in den Protestzitaten vollzogene Trennung zwischen Beruf und Familie fasse ich als gegenhegemoniale Grenzverschiebung, die zwischen einer „Erweiterung“ und „Umdeutung“ nach Vey angesiedelt ist. Care-Arbeit wird dabei in die öffentliche Sphäre des Staates verschoben, was diese „erweitert“. Zugleich erscheint mir der Rekurs auf die „Familie“ als Anleihe hegemonialer Diskurselemente, wonach Frauen/Beschäftigte auch für ihre Familie Zeit haben sollten. Ebenso bewegt sich der Wunsch nach einer besseren „Vereinbarkeit“ von Beruf und Familie in neoliberale Geschlechterdiskurse: „Geschlechterspezifische Normalisierungsanstrengungen zielen […] auf die sogenannte Vereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und sind im (Wahl-)Freiheitsdiskurs gerahmt“ (Sauer 2016: 176). Trotz dieser Anleihe wird hier jedoch auch gegen den eben kritisierten Wahlfreiheitsdiskurs operiert, da die Vereinbarkeit arbeitspolitisch und nicht ausschließlich individuell auszuhandeln versucht wird.

Mit folgenden Zitaten wird versucht mit gesellschaftlichen Bildern und Zuschreibungen von Beschäftigten von Gesundheits- und Sozialberufen zu brechen: “SOZIAL ABER NICHT BLÖD” (Bild 84), „STREIKEN GEHT AUCH IM SOZIALBEREICH“ (Bild 70), “DON’T TAKE MY KINDNESS FOR A WEAKNESS” (Bild 56) oder „WIR BRENNEN für unseren Job“ „ABER WIR lassen uns NICHT VERHEIZEN!“ (Bild 103). Hier wird, meiner Ansicht nach, auf Subjektivierungsdiskurse, in denen soziale Menschen als „blöd“ oder „naive Gutmenschen“ konstruiert werden, reagiert. Diese Diskurse werden auch von den Expert*innen angedeutet, die z.B. eine Art „Selbstopferungskultur“ bei Pflegekräften feststellen und auf die Widerstandsschwierigkeiten der überwiegend weiblichen Beschäftigten hinweisen (Care Revolution Wien 2019). Auch weist Schacht auf das mangelnde Arbeiter*innenbewusstsein der Beschäftigten hin, die dazu neigen würden ihren Job nicht als Job, sondern als Art Gefälligkeit anzusehen (vgl. Schacht 2020a). Diese hegemonialen Subjektivierungen haben starke geschlechterspezifische Implikationen. Widerstand und „widerständig sein“ werde bis dato nämlich v.a. mit männlichen Berufsgruppen und Männlichkeit im Allgemeinen in Verbindung gebracht (vgl. Becker u.a. 2020: 6; vgl. Scherz 2019). Expert*innen plädieren dafür mit „traditionellen“ Vorstellungen von Arbeitskämpfen, die sich stark an (männlichen)

Produktionsberufen orientieren, zu brechen (vgl. Schacht 2020a; vgl. Scherz 2019). Alle Expert*innen äußern – obgleich mit differenten Positionierungen dazu - implizit oder explizit den Wunsch nach einem neuen gesellschaftlichen Verständnis von Widerstand bzw. Arbeitskampf. Diese organischen Theorieansätze bewegen sich daher zwischen einer Strategie der „Umdeutung" und „Erweiterung", da „Sozial-Sein" einerseits nun durch neue Eigenschaften wie widerständig, streiken etc. „erweitert" wird, zugleich damit aber auch genderspezifische hegemoniale Vorstellungen männlicher Widerstandskultur und geschlechterspezifischer Subjektivierung tiefgreifender umgedeutet werden.

9.1.3 Differentielle organische Theorieansätze

Auch konnten organische Theorieansätze, die nicht widerspruchslos die Protestbewegung stützen, gefunden werden. Mit „35 STUNDEN SIND DER KOMPROMISS" (Bild 102) beziehen sich die Protestierenden, meiner Meinung nach, auf die sozialpartnerschaftliche Kompromisspraxis. Hier wird responsiv erklärt, dass mit der 35 Stundenwoche-Forderung bereits ein Kompromiss vollzogen wurde. Dies kann einerseits als Positionierung gegen die Arbeitgeber*innen, aber auch als Botschaft an die verhandelnden Gewerkschaften interpretiert werden, bei zukünftigen Verhandlungsrunden, keinen weiteren Kompromiss einzugehen. Mit „35 Stunden sind GENUG! (für ein Burnout)" (Bild 44) wird die Protesthauptforderung mit dem Argument entkräftet, dass bei dieser Arbeitszeitverkürzung eine Gesundheitsgefährdung aufrechtbleibe. Die Botschaft bekräftigt aber den Bedarf nach einer Arbeitszeitverkürzung, auch wenn die Gestaltung dieser Verkürzung different ausverhandelt wird.

Bei ersterem Beispiel wird der gewerkschaftliche Protestzyklus, der von einer sozialpartnerschaftlichen Kompromisspraxis geprägt ist, bei zweiterem Beispiel die Hauptforderung nach einer 35 Stundenwoche, bis zu einem gewissen Grad in Frage gestellt. Diese „Selbstinfragestellung" (Marchart 2013: 219), die für sogenannte „postidentitäre soziale Bewegungen" (ebd.: 220) charakteristisch sei, stelle auch ein Demokratisierungsmerkmal dar, „weil die Möglichkeit der Selbstinfragestellung eines Gemeinwesens und seiner Grenzen ein Definitionsmerkmal von Demokratie ist" (ebd.: 227f). Auch in den Expert*inneninterviews bilden innerbewegliche Forderungen einen

wichtigen Bestandteil der Strategien der insbesondere Basisbewegungen. So haben diese ebenfalls die Forderung nach einer Urabstimmung über das KV-Ergebnis in ihren Interviews artikuliert (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a).

9.2 Subjektivierungsstruktur

Oliver Marchart definiert die Subjektivierungsstruktur als

> *„die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische umkämpfte Konstellation von Subjektpositionen der protagonistischen Kette, die durch (Selbst- und Fremd-) Anrufungen imaginär vereinheitlicht wird und dazu tendiert, sich in einem Subjekt-`Namen´ zu verdichten*" (Marchart 2013: 166).

Subjekte sind nicht außerhalb sozialer Strukturen angesiedelt, sondern werden mit diesen gleichzeitig hervorgebracht. Dies gehe auch damit einher,

> „dass der materielle Charakter eines Diskurses nicht in der Erfahrung oder dem Bewusstsein eines begründenden Subjekts vereinheitlicht werden kann; im Gegenteil erscheinen verschiedene *Subjektpositionen* innerhalb einer diskursiven Formation verstreut" (Laclau und Mouffe 2020: 143).

Auch wenn Subjektpositionen nicht grammatikalisch i.S. von Nomen verstanden werden können, haben Nomen von Protestzitaten, die häufig Namen beinhalten, Orientierungen und Anhaltspunkte für ihre Bestimmung geliefert.

Viele berufliche Subjektpositionen konnten im Material eruiert werden. Es handelte sich häufiger um Berufsgruppen- oder Bereichs- und weniger um konkrete Beschäftigtenbezeichnungen. Die Berufsgruppen- und Bereichsbezeichnungen mit dem Präfix „Sozial" kamen am häufigsten vor. So z.B. „SOZIALE ARBEIT" (Bild 61), „SOZIALBEREICH" (Bild 42), „SOZIALES" (Bild 29). Am zweitstärksten waren Pflege-Berufsbezeichnungen vorhanden. Es konnten auch weitere berufliche Positionen wie „Elementarpädagogik" (Bild 2), „JUGENDARBEIT" (Bild 98), „Wiener Behindertenbereich" (Bild 18), „Carework" (Bild 99) etc. extrahiert werden. Sorgeempfänger*innen Subjektpositionen, d.h. Subjektpositionen, die als abhängig von den Sorgeleistungen anderer konstruiert wurden, konnten ebenso rekonstruiert werden. So z.B.: „FAMILIEN" (Bild 13), „UNSERE KUNDEN" (Bild 39), „Pflegebedürftige" (Bild 15) oder „BewohnerInnen" (Bild 15).

Viele relationale Subjektpositionen waren vorhanden. Darunter verstehe ich Subjektpositionen, die eine Art In-Beziehungssetzung zu anderen Menschen nach sich ziehen. Hier unterscheide ich zwischen affektiv-relationalen Subjektpositionen wie „Warmes Herz“ (Bild 63) oder „Großes Herz“ (Bild 77)[22] und inklusiv-relationalen Subjektpositionen, die eine gemeinschaftliche Identität und Zugehörigkeit vermitteln. So zum Beispiel „WIR“ (Bild 39), „Für alle“ (Bild 15), „GEMEINSAM“ (Bild 72) oder „Mensch“ (Bild 29). Individuelle Subjektpositionen wie „ICH“ (Bild 35) fanden sich ebenso, aber in einer geringeren Anzahl, im Material.

Abbild 5: Warnweste mit relational-affektiver Subjektposition

Als gesellschaftspolitische Subjektpositionen konnten nur „FRAUEN“ (Bild 54) und „Sozialstaat“ (Bild 40) identifiziert werden. Darunter werden Subjektpositionen, die auf breitere gesellschaftspolitische, sprich nicht nur berufspolitische Identitätsangebote zurückgreifen, verstanden.

[22] Diese Subjektpositionen bedienen sich der rhetorischen Figur der Metapher. Eine Metapher impliziere für Laclau einen gewissen Grad an Hegemonie (vgl. Hetzel 2017: 42). Der Rückgriff auf eine Metapher und damit einem konsensfähigen Bild, kann aus einer hegemonietheoretischen Perspektive als strategische Unterstützung des Protestdiskurses gewertet werden.

Auffallend war auch die hohe Anzahl an sogenannten „*Signatoren*“ (Marchart 2013: 169). Die Unterscheidung zwischen beruflichen Subjektpositionen und Signatoren erwies sich teilweise als schwierig. Anhaltspunkt für Signatoren war häufig die textliche Positionierung der damit kodierten Sinneinheiten. Signatoren konnten vor allem auf Warnwesten und als Art „Unterschrift“ auf Transparenten und Plakaten identifiziert werden.

Abbild 6: Warnwesten mit Signatoren der verhandelnden Teilgewerkschaften

Als „innerhalb des Diskurses auftretende Absender“ (ebd.: 169) konnten am häufigsten die verhandelnden Teilgewerkschaften „GPA djp“ und „Vida“ (Bild 26) eruiert werden, sowie, auch wenn in einem wesentlich geringeren Ausmaß, weitere gewerkschaftliche und berufspolitische Vertretungen wie „PROGE jugend“, „BGH Gewerkschaft BAU-HOLZ-JUGEND“, „vida jugend“, oder „GPA djp DIE JUGENDGEWERKSCHAFT“ (Bild 62).

Auch konnte eine hohe Zahl an Signatoren unterschiedlicher sozialer Dienstleistungsbetriebe/NPOs/Betriebs-Belegschaften identifiziert werden. So zum Beispiel: „BBRZ Österreich“ (Bild 73), „Häuser zum Leben“ (Bild 67), „Die Kinderfreunde“ (Bild 13), „HILFSWERK“ (Bild 3), „BiM BILDUNG im Mittelpunkt“ (Bild 65), „Wiener Jugendzentren“ (Bild 98) oder „Volkshilfe“ (Bild 39). Auch Signatoren von Betriebsrät*innen wie „Caritas Betriebsrat“ (Bild 69), „BETRIEBSRAT BiM“ (Bild 71) waren erkennbar. Weniger stark aber dennoch vertreten, waren Signatoren von linkspolitischen Organisationen, wie z.B. die „Rote

Falken Österreich“ (Bild 13), sowie Arbeitnehmer*innen-Basisbewegungen wie, „WORKERS FOR FUTURE Wien“ (Bild 53) und die „INITIATIVE `SOZIAL ABER NICHT BLÖD´“ (Bild 70).

Angelehnt an der Semantik Greimas’ (s. Schleifer 1987) bzw. der Narratologie Propps (1968) entwickelte Marchart weitere Kategorien zur besseren Bestimmung von Subjektpositionen, die weder der protagonistischen noch der antagonistischen Äquivalenzkette angehören, die Subjektivierungsstruktur jedoch beeinflussen (vgl. Marchart 2013: 169f). Im Zitat „Für alle, die sich jetzt gerade um BewohnerInnen kümmern & nicht hier sein können“ (Bild 15) sprechen und kämpfen Protestierende in gewisser Weise im Namen aller abwesenden Beschäftigten, die dadurch zu einem sogenannten „Metasubjekt“ des Protests konstruiert werden (ebd.: 169).

Schließlich konnte ein **„**Helfer**“**, der „dem Helden einer Erzählung bei der Überwindung von Hindernissen beisteht“ ohne der protagonistischen Äquivalenzkette anzugehören, gefunden werden (ebd.). Der Staat wird in der Botschaft „LIEBER STAAT hier sind ganz klar ARBEITSPLÄTZE in GEFAHR“ (Bild 99) zur Unterstützung der Protestierenden angerufen. Er wird dabei weder „negativ“ noch „positiv“ konstruiert. Diese Hilfeanrufung an den Staat bringt, meiner Meinung nach, erneut eine Verbindung zu wohlfahrtsstaatlichen Diskursen zum Ausdruck.

Abschließend kann hier festgehalten werden, dass die dominantesten Subjektpositionen berufliche Subjektpositionen mit dem Präfix „Sozial“, wie z.B. „Sozialbereich“ darstellen und nur wenige nicht-berufspolitische Identitätsangebote im Protestdiskurs nachgezeichnet werden konnten.

9.3 Kontraritätsstruktur

Unter Kontraritätsstruktur versteht Marchart:

> „*die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische Konstellation der antagonistischen Korrelate protagonistischer Signifikanten […] die in die Position des verallgemeinerten Mangels einrücken oder als Hindernis auf dem Weg zur Überwindung desselben ausgemacht werden*“ (Marchart 2013: 170).

Anhaltspunkte für ihre Bestimmung im Material waren Begriffe, die gesellschaftlich negativ konnotiert sind, sowie vorangestellte Begriffe des Mangels oder der Negation wie „gegen“, „statt“, „nichts“ oder „kein“.

Als negatives Außen der untersuchten Protestbilder fungieren v.a. berufliche Probleme und insbesondere Probleme in Zusammenhang mit einem körperlichen und psychischen Zustand des Mangels. So zum Beispiel: „SO GEHT KIDDY K.o.“ (Bild 92), „Burnout Fabrik“ (Bild 103), „Pflege - K.o. System!!!“ (Bild 15), „WIR SIND MÜDE“ (Bild 15). Dieser Zustand des Mangels wird bei der Demonstration am 27.02.2021 sogar von einer „Burnout-Puppe“ verkörpert.

Begriffe in Zusammenhang mit dem kapitalistischen polit-ökonomischen System werden am zweithäufigsten antagonistisch konstruiert**.** So z.B. „Eure Gewinnmaximierung minimiert unsere Gesundheit!“ (Bild 79), „Geld für Menschen statt Konzerne“ (Bild 39), „NEUE REGIERUNG=ALTE LEIER?“ (Bild 103), „Politiker“ (Bild 42), „People not profit“ (Bild 41), „GELD oder LEBEN“ (Bild 37), „Warum sind Zahlen mehr wert als Menschen??“ (Bild 56), „GELDGEBER SCHÄMT EUCH!“ (Bild 60) oder „Von Der Betreuungsarbeit in die Altersarmut“ (Bild 43).

Wesentlich schwächer ausgeprägt sind berufliche antagonistische Diskurselemente in Zusammenhang mit einer schlechten Bezahlung und einem Fachkräftemangel. Hier konnte z.B. „Arbeitszeitverkürzung GEGEN Fachkräftemangel“ (Bild 58) identifiziert werden.

Weitere antagonistische Diskurselemente stellen Begriffe in Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Bedrohung bzw. einem gesellschaftlichen Stillstand dar. Das sind Begriffe wie „mehr Lohn oder die soziale SACKGASSE“ (Bild 90), „ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN DIE BIM NICHT FAHREN WILL!!“ (Bild 84) oder „OHNE MOOS* NIX LOS!“ (Bild 94). Hier wird, meiner Meinung nach, die Betroffenheitsdimension der Berufsgruppen in das Bewusstsein gerufen und als Bedrohung konstruiert. Auch Begriffe oder Redewendungen, die auf einen ungewollten Zustand der Passivität einer äußeren Instanz verweisen, wurden von mir als antagonistische Elemente gedeutet. So z.B. „STREIK - weus ned wuascht is!“ (Bild

36), „TATEN STATT LEERER WORTE!“ (Bild 47) und „? WIE LANGE NOCH WARTEN?“ (Bild 15).

Abbild 7: Antagonisierende Plakat-Botschaft

Schließlich sind auch Begriffe, die auf eine Art Entmenschlichung der Beschäftigten hinweisen, als „negativ“ konstruiert, wie z.B. „Socialbot 3000“ (Bild 45), oder „I bims, ka Roboter!” (Bild 50).

Folgende Kontraritätsbeziehungen konnten weiters herausgearbeitet werden: „Mensch oder Maschine“ (Bild 29), „Warum sind Zahlen mehr wert als Menschen??“ (Bild 56), „SOZIALBEREICH TOTSPAREN ABER BANKEN RETTEN??!!“ (Bild 42).

Begriffe in Zusammenhang mit einer starken gesundheitlichen Belastung und einem Erschöpfungszustand wurden am häufigsten im Material gefunden, sodass ich annehme, dass der hier am häufigsten artikulierte Begriff „Burnout“ die dominante Rolle in der antagonistischen Äquivalenzkette einnimmt. In der „negativen“ Äquivalenzkette finden sich einige gegen-hegemoniale Diskurselemente wieder, die das kapitalistische System grundlegend hinterfragen und daher gegen-hegemoniale Bestrebungen zu beinhalten scheinen.

9.4 Leerer Signifikant

Die Forderung nach einer „35 Stundenwoche“ stellt, meiner Meinung nach, die dominanteste Forderung und „Sozial“ bzw. „Sozialbereich“ die dominanteste Subjektposition der Bewegung dar. „Burnout“ ist das dominanteste „negative“ Diskurselement.

Ein leerer Signifikant ist das „Mittel, das zum Symbolischen Äquivalent des Allgemeinen wird“ (Nonhoff 2006: 263), ihm gelingt es dieses zu universalisieren und zu symbolisieren. Martin Nonhoff gibt wertvolle Hinweise dafür, wie ein leerer Signifikant im Material rekonstruiert werden kann:

> „Das Allgemeine kann im Diskurs, im Raum des Symbolischen keinen rechten Ausdruck finden, und so läßt es sich schwerlich an einem Begriff oder an einer Formulierung festmachen. Es deutet sich jedoch im Netz einer Vielzahl von Artikulationen an, insofern es innerhalb bestimmter Forderungen als Mangel erscheint“ (ebd.: 261)

Angelehnt an Nonhoff versuche ich das Allgemeine des untersuchten Protestdiskurses anhand von Begriffen, die „auf das Überindividuelle“ oder „auf eine Gesamtheit“ verweisen, im Material zu rekonstruieren (ebd.: 262). Dabei konnten beispielsweise die Begriffe „SOZIAL“ (Bild 24), „Menschlichkeit“ (Bild 5), „Gesundheit“ (Bild 55) oder „LEBEN“ (Bild 37), sowie Subjektpositionen wie „Wir“, „alle“ etc. gefunden werden. Der leere Signifikant muss in der Lage sein, nicht nur die protagonistischen Äquivalenzketten der Subjekt- und Forderungsstruktur zu vereinen, sondern zugleich die aus diesen Strukturen ableitbare Allgemeinheit. Hierfür ist es zusätzlich notwendig der „Dislozierungserfahrung ein `Gesicht´ zu geben“ (Marchart 2013: 144), also den Mangel zur Erreichung der Allgemeinheit auszumachen.

Am ehesten würde sich, aus meiner Sicht, die als organische Theorie identifizierte Sinneinheit „35 Stunden sind genug!“ als leerer Signifikant qualifizieren. Sie kommt am häufigsten im Material vor, beinhaltet die dominanteste Forderung der Bewegung und deutet responsiv einen anatagonistischen Diskurshorizont an, womit sie den Bewegungsdiskurs zu stabilisieren scheint. Als „negativer Pol“ (Marchart 2013: 144) käme „Burnout“ am ehesten in Frage, sodass folgende skizzenhafte politische Diskursformation anzunehmen ist:

35 Stunden sind genug! || =Gesundheit| =Leben| =Sozial| =Menschen | = Wir
≠
Burnout || =Gewinnmaximierung | =Konzerne | =soziale Sackgasse | = Politiker

Tabelle 1: Politische Diskursformation der Proteste der Sozialwirtschaft Österreich 2020

9.5 Zusammenfassung und Diskussion

Nun möchte ich die Ergebnisse der Diskursanalyse darlegen und ansatzweise diskutieren. Eine Zusammenführung und abschließende Diskussion dieser Ergebnisse in Zusammenhang mit den angestellten Forschungshypothesen und Ergebnissen der Expert*inneninterviews erfolgt im Kapitel 10.

Hier kann festgehalten werden, dass die dominanten Forderungen eindeutig berufliche Forderungen nach einer 35 Stundenwoche/Arbeitszeitverkürzung, sowie einer besseren Entlohnung der Beschäftigten der Sozialwirtschaft Österreich sind. Gesellschaftspolitischen Forderungen, wie „FÜR MENSCHLICHE (ASYL)POLITIK“ (Bild 30) oder „Climate Justice NOW!“ (Bild 86) deuten auf gegen-hegemoniale Strategien der „Etablierung eines neuen leere[n] Signifikanten“ hin (Vey 2015: 85). Diese setzen sich jedoch nicht als dominante Forderungselemente durch und wirken eher wie „Ausreißer“ des Protestdiskurses. Auffallend ist hier das Fehlen frauen*politischer Forderungen, obgleich die organische Theorie auf viele Verknüpfungen zu feministischen Debatten verweist[23]. Bis auf die Forderung nach einer menschlichen (Asyl-) Politik konnten keine Forderungen nach z.B. einer Verbesserung transnationaler Arbeits-, Migrations- und Armutsverhältnisse im Material gefunden werden und das, obgleich z.B. die Pflege eine „junge migrantische […] weibliche Arbeitskraft“ ausmacht (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019). Die von Scherz festgestellten Hemmschwellen vieler Migrant*innen sich an Aktionen zu beteiligen, könnten hier zum Ausdruck kommen (vgl. Scherz 2019).

[23] Die Sinneinheit „FRAUENSTREIK“ (Bild 54) konnte zwar im Textkorpus gefunden werden. Hier bleibt durch die mangelnden Kontextualisierungsmöglichkeiten jedoch unklar, ob es sich dabei um eine deskriptive Sinneinheit oder eine Forderung handelt.

Das Präfix „Sozial“ wird am häufigsten bei beruflichen Subjektpositionen angeführt. Diese Subjektpositionen verdichten sich zum dominanten Element „Sozial“ bzw. „Sozialbereich“, der die Identitätsangebote zu universalisieren scheint. Die verhandelnden Teilgewerkschaften GPA djp und Vida sind die am häufigsten vorkommenden Absender/Signatoren des Protestdiskurses. Dies deutet auf eine gewerkschaftliche Vormachtstellung hin, die bereits in den Expert*inneninterviews zum Ausdruck kam. Auch Signatoren von sozialen Betrieben und deren Belegschaften waren stark vertreten. Bis auf die gesellschaftspolitischen, relationalen Positionen und die Signatoren von linkspolitischen Organisationen und Basisinitiativen, sind alle anderen Subjektpositionen und Signatoren im Kontext von überwiegend beruflichen und berufspolitischen Sorgetätigkeiten angesiedelt (Sorgegeber*innen, Sorgeempfänger*innen, soziale Dienstleistungsbetriebe/Vereine, Betriebsrät*innen sozialer Dienstleistungsbetriebe/Vereine, berufspolitische Vertretungen). Diese Subjektpositionen spiegeln auch überwiegend das in den Expert*inneninterviews rekonstruierte Zusammenspiel unterschiedlicher Akteur*innen der Widerstandsaktivitäten von Gesundheits- und Sozialberufen wider.

Die dominantesten Elemente der antagonistischen Äquivalenzkette stellen Begriffe zum Zustand des körperlichen und psychischen Mangels der Beschäftigten und zum kapitalistischen polit-ökonomischen System dar. Dabei schafft es „Burnout“, antagonistische Vereinheitlichungen zu vollziehen und zum „Feindsignifikant“ zu werden (Marchart 2013: 170). Geldgeber*innen und die Politik und nicht Arbeitgeber*innen werden als „negativ“ konstruiert. Dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen sich gegen Subventionsgeber*innen, sowie Regierung und Politik wenden, wurde auch von Expert*innen als Spezifikum und Herausforderung geäußert (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a). Das Politische (und nicht nur Arbeitspolitische) dieser Arbeitskämpfe kommt meiner Meinung nach auch durch die vielen Diskurselemente in Zusammenhang mit dem kapitalistischen polit-ökonomischen System wie „Geld für Menschen statt Konzerne“ (Bild 39) zum Ausdruck.

Im Material konnten sehr viele organische Theorieansätze gefunden werden. Bemerkenswert ist hierbei, dass die am häufigsten vorkommende Sinneinheit „35

Stunden sind genug!“, dieser Kategorie angehört und sich am ehesten als leerer Signifikant qualifiziert. Dies weist auf den, meiner Ansicht nach, hohen Stabilisierungs- und Erklärungsbedarf der Bewegung hin. Auch wenn die Forderungen auf den ersten Blick ein eher reformpolitisches Projekt vermuten lassen, zeigt die Analyse der organischen Theorieansätze gegen-hegemoniale diskursive Einbettungen auf. So konnten insbesondere Strategien der „Erweiterung des Raumes des Möglichen“ und der „Umdeutung eines bestehenden Signifikanten“ gefunden werden (Vey 2015: 85). Diese rütteln insbesondere an neoliberalen Arbeits-, Leistungs-, Individualisierungs- und Geschlechterverhältnissen. Obgleich in der organischen Theorie nicht explizit auf die feministische Care-Debatte Bezug genommen wird, finden sich zentrale Aspekte ihrer Argumentation und Theorieentwicklung darin wieder.

Dennoch bleibt der Protestdiskurs auf einen starken beruflichen Kontext eingeschränkt, sodass ich die SWÖ-Proteste, nicht als gegen-hegemoniales Projekt verstehen würde, aber in ihren Forderungen und Positionierungen viel gegen-hegemoniales Potenzial für zukünftige Care-Proteste verorte. Die organischen Theorieansätze lassen nämlich vermuten, dass die Forderungen der Bewegung nicht nur reformpolitische Änderungen mitsichziehen könnten. Der im Kapitel 8.1 skizzierte Protest-Ausgang verdeutlicht, dass weitere strategische Überlegungen zur Durchsetzung dieser Forderungen notwendig sind.

10. Conclusio und Handlungsempfehlungen

Nun möchte ich alle empirischen und theoretischen Ergebnisse der Masterarbeit mit den im Kapitel 3 formulierten Forschungshypothesen zusammenführen und daraus abschließende Handlungsempfehlungen ableiten. Diese Handlungsempfehlungen stellen die gegen-hegemoniale Transformationsstrategie des Forschungsvorhabens dar. Hiermit soll auch der Zusammenhang zwischen der Stärkung von Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen und einer gegen-hegemonialen Care-Bewegung präzisiert werden. Die unterschiedlichen epistemologischen Herangehensweisen der zwei angewandten empirischen Methoden ermöglichen eine mehrdimensionale Strategieentwicklung. Durch die Expert*inneninterviews kann insbesondere eine inhaltliche Strategieentwicklung erfolgen, die Ergebnisse der Diskursanalyse ermöglichen die Entwicklung einer diskursanalytischen Strategie und damit das Inkludieren kontingent struktureller Überlegungen über mögliche transformative Diskursformationen.

Die erste Forschungshypothese der Masterarbeit besagte, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen als Care-Proteste durch ihre Charakteristika als feminisierte Arbeitskämpfe neue soziale Bewegungen darstellen, damit eine Vielzahl an Herrschaftsverhältnissen in Frage stellen und dadurch zu Motoren gesellschaftlichen Wandels avancieren könnten. In den Expert*inneninterviews konnte bestätigt werden, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen feminisierte Arbeitskämpfe ausmachen. Sie operieren mit „neuen“ Inhalten und Strategien, sowie versuchen eine neue Widerstandskultur abseits von jener männlicher Produktionsberufe zu etablieren. Dabei werden grundlegende hegemoniale Arbeits-, Widerstands- und Geschlechterverhältnisse in Frage gestellt. Die Interviews zeigten jedoch auf, dass die Proteste über eine zu wenig ausgeprägte gemeinsame Identität verfügen, um als soziale Bewegung verstanden zu werden und sich vielmehr in einer Art Formierungsphase befinden. Diese Formierungsphase lässt sich meiner Meinung nach auch in der Diskursanalyse rekonstruieren. Die vielen (inklusiven) Subjektpositionen, das gefundene Metasubjekt, die vielen stabilisierenden organischen Theorieansätze, die Solidarisierungswünsche, sowie innerbewegliche Motivationssprüche zur Selbstverständigung deuten für mich auf einen starken

Protestgemeinschafts-Konstruktionsversuch hin. Zugleich stellt sich die Bewegung mit innerbeweglichen Forderungen, sowie durch Widersprüche in der organischen Bewegungstheorie selbst in Frage und weist damit „postidentitäre“ Züge auf (Marchart 2013: 220). Die Diskursanalyse verdeutlicht damit die Interviewergebnisse, wonach Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen (noch) keine soziale Bewegung darstellen und zeigt einen (post-identitären) Bewegungsformierungsprozess auf. Die SWÖ-Proteste können meines Erachtens als feminisierte Arbeitskämpfe angesehen werden. So kommt in der organischen Theorie des Protestdiskurses eine z.B. Infragestellung vorherrschender geschlechterspezifischer Subjektivierungsweisen zum Ausdruck. Mit Zitaten wie „STREIKEN GEHT AUCH IM SOZIALBEREICH“ (Bild 70) oder “DON’T TAKE MY KINDNESS FOR A WEAKNESS” (Bild 56) werden hegemoniale Vorstellungen einer männlichen Widerstandskultur hinterfragt, in der vermeintlich „soziale“ und „liebe“ Menschen sich nicht wehren könnten, bzw. Streiks in helfenden Berufen nicht möglich seien. Im Protestdiskurs werden mit Artikulationen wie „Achtung Wertschätzung Menschlichkeit für die Mitarbeiter“ (Bild 5) oder „ARBEITSZEITVERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHN, IST DIE BESTE BURNOUT-PRÄVENTION“ (Bild 48) „*qualitative* Arbeitsbedingungen“ zu erkämpfen versucht (Artus 2019: 18). Feminisierte Arbeitskämpfe treten häufig kreativ und farbenfroh in Erscheinung (vgl. ebd.: 16). Auch die bunten Plakate oder der Rückgriff auf eine Burnout-Puppe zur Visualisierung des Protestantagonismus kann daher als Strategie von feminisierten Arbeitskämpfen aufgefasst werden. Während in der Forderungsstruktur fast ausschließlich arbeitsbezogene Forderungen ausgedrückt wurden, verdeutlicht insbesondere die organische Theorie, dass die Proteste an grundlegenden Prämissen neoliberaler Staatlichkeit, Individualisierungsdiskursen und Geschlechter- und Arbeitsverhältnissen rütteln, sowie geschlechterspezifische Subjektivierungsweisen und das vorherrschende Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in Frage stellen und damit eine Vielzahl an Herrschaftsverhältnissen hinterfragen. Sofern die SWÖ-Proteste zukünftig eine soziale Bewegung werden, könnten sie demnach eine neue soziale Bewegung verkörpern. Mit „Sozialbereich“ als dominantes Diskurselement der protagonistischen Äquivalenzkette wird bereits eine Vereinheitlichung der diversen Subjektpositionen versucht. Die „innere“ Forderung nach einem gemeinsamen Streiktag der SWÖ-Proteste bringt den bereits von Expert*innen geäußerten Wunsch nach mehr

Schulterschluss zum Ausdruck. Auch der Rückgriff auf „Sozialbereich“ zur Subsumption unterschiedlicher Berufsgruppen ließ sich bereits im z.B. Interview von Eva Scherz feststellen (vgl. Scherz 2019). „Sozialbereich“ bietet meiner Meinung nach aber nicht genügend identitäre Flexibilität, um die Vielzahl und Diversität an Problemstellungen, Berufsgruppen und Strukturen der Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen zu verkörpern, geschweige denn andere soziale Kämpfe zu mobilisieren.

Damit diese feminisierten Arbeitskämpfe sich zukünftig auch zu einer neuen sozialen Bewegung formieren können, schlage ich wie bereits im Kapitel 6.6 formuliert eine Verknüpfung mit der feministischen Care-Debatte vor. Der Begriff „Care“ findet sich sowohl in den Expert*inneninterviews mit dem Namen der Basisbewegung „Care Revolution Wien“, als auch in der Diskursanalyse mit der Subjektposition „Carework“ (Bild 99), sowie mit Diskursverweisen zur Care-Debatte in der organischen Theorie, wo beispielsweise ein „neues“ Arbeits- und Leistungsverständnis argumentiert wird. Obgleich der Begriff vorkommt und damit im Bedeutungshorizont der Proteste des Gesundheits- und Sozialbereichs zu sein scheint, wird er (noch) nicht breit rezipiert und fungiert damit noch nicht als hegemoniales Identitätsangebot. Dies muss sich ändern! Hierfür schlage ich vor „Care“ als leeren Signifikanten herzunehmen und damit eine Art identitäre Care-Scharnierfunktion für die unterschiedlichen Proteste zu ermöglichen. Durch den leeren Signifikanten „Care“ könnte ein flexibles und vielschichtiges Identitätsangebot geschaffen werden, das die vielen unterschiedlichen Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeiten, sowie die strukturelle und strategische Diversität, die in den Expert*inneninterviews zum Ausdruck kam, ausgleichen kann. Die in Expert*inneninterviews artikulierte Herausforderung, wonach die mögliche Gefährdung von Menschenleben zu komplexeren Protestvorbereitungen und einer erschwerten Mobilisierung führe, lässt sich meiner Ansicht nach durch eine breit – nicht nur auf Primärversorgungsebene – getragene Care Bewegung, die auch von Gruppen mit stärkeren Mobilisierungs- und Handlungsressourcen gestützt wird, meistern. Die gewisse Diffusität des Care-Begriffes, der eine Vielzahl an Bedeutungen wie „worry“, „protection“, „to be concerned“, „to look after“ oder „caring for something“ annehmen kann (Fine 2004: 223) und zugleich eine Vielfalt an feministischen Praxen und wissenschaftlichen Diskursen beinhaltet, macht ihn zu

einem idealen leeren Signifikanten. Ein leerer Signifikant muss einerseits greifbar sein, d.h. Menschen müssen verstehen, was im Allgemeinen damit gemeint ist, er muss aber auch eine Vielzahl an Bedeutungen subsumieren und damit eine gewisse Offenheit beibehalten können. Durch „Care“ als leeren Signifikanten können Forderungen wie eine Arbeitsverkürzung, ein gerechteres Pensionssystem für Frauen, mehr Kinderbetreuungsplätze oder eine Demokratisierung des Sorgesystems äquivalenziert werden, weil sie sich alle als Teil einer gemeinsamen Care-Bewegung erkennen. Daher empfehle ich Akteur*innen bzw. Aktivist*innen der untersuchten Proteste den Begriff „Care“ verstärkt in Positionspapiere, Veranstaltungen, Medienarbeit und Selbstverständnisse aufzunehmen und ihn als Bewegungs-*Namen* zu instaurieren. Dabei muss darauf geachtet werden, einen breiten Care-Begriff – wie in Kapitel 1.2 erarbeitet – zu verwenden, um möglichst diverse Proteste und Forderungen zu umfassen, und damit den Aufbau einer neuen sozialen Bewegung zu ermöglichen.

Die zweite Forschungshypothese attestierte Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen/Care Protesten aufgrund der darin materialisierten Vielfalt an Herrschaftsverhältnissen ein besonderes Potenzial für die Schaffung einer breiten Bündnisstruktur. Sowohl in den Expert*inneninterviews als auch in der Diskursanalyse lässt sich ein Zusammenspiel von Gewerkschaft/berufspolitischen Interessensvertretungen, Betrieben/Betriebsrät*innen, linkspolitischen Organisationen aus dem sozialistischen Spektrum, Basisbewegungen und Betroffenen rekonstruieren. Eine Vormachtstellung der Gewerkschaft, sowie ein Fokus auf berufspolitische Akteur*innen/Subjektpositionen wurde in beiden Untersuchungen ersichtlich. Der Schwerpunkt auf berufliche Identitätsangebote, Forderungen und Antagonisierungen des SWÖ-Protestdiskurses läuft Gefahr den Blick für eine mögliche Verhandlungsoffenheit und Verknüpfung zu anderen sozialen Kämpfen zu verlieren. Die zentrale Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung, sowie Forderungen nach einer Aufwertung von Care-Arbeit im Allgemeinen könnten nämlich auch von breiteren Bewegungsallianzen mitgetragen werden und damit ein stärkeres Mobilisierungspotenzial entfalten. Gesellschaftspolitische Forderungen der SWÖ-Proteste 2020 wie „Climate Justice NOW!“ (Bild 86) oder „FÜR MENSCHLICHE (ASYL)POLITIK“ (Bild 30) geben bereits

Anknüpfungsmöglichkeiten für unterschiedliche soziale Bewegungen, wie die Klimabewegung „Fridays for future“, sozialistische Bewegungen oder Bewegungen für und von Geflüchteten wieder.

Die Interviews haben aufgezeigt, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen v.a. aufgrund bestimmter Ereignisse wie Kollektivvertragsverhandlungen oder berufsgesetzliche Entwicklungen losgetreten werden. Nur durch eine gemeinsame nicht ausschließlich berufspolitische Protestbewegung, die breitere gesellschaftspolitische Problemstellungen adressiert und damit über eine breitere gesellschaftliche Mobilisierung verfügt, können größere Protestaktionen auch außerhalb punktueller Ereignisse stattfinden und breit mitgetragen werden. Nur eine große Bündnisstruktur kann nachhaltig und sicher, die in den Expert*inneninterviews geäußerten Herausforderungen einer komplexeren Organisation von Protesten in helfenden Berufen ausgleichen. Ich empfehle hierfür eine Einschreibung der Care-Debatte in die protagonistischen Relationsstrukturen des Protestdiskurses. Damit werden breitere Forderungen und Subjektpositionen ermöglicht. Diese schwächen aktuelle Forderungen nicht ab, zumal die meisten Forderungen – wie die organische Theorie der SWÖ-Proteste verdeutlicht – bereits von Anleihen der Care-Debatte gestützt werden. Eine Care-Bewegung könnte dabei sowohl für Kollektivvertragsverhandlungsproteste wie jene der Sozialwirtschaft Österreich, als auch für andere Proteste mit Care-Bezug mobilisierbar sein.

Dadurch wird auch eine Bündnisarbeit mit feministischen Gruppierungen erleichtert. Überaschenderweise finden sich nämlich in der Diskursanalyse und in den Expert*inneninterviews keine expliziten Hinweise auf Bündnisse mit feministischen Bewegungen wieder, obgleich die organische Theorie der SWÖ-Proteste viele Bezüge zur Care-Debatte offenbart, sowie der Name der Basisbewegung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beispielsweise auf einen bekannten Slogan der Frauen*bewegung verweist. Arbeitszeitverkürzung stellt nicht nur eine Forderung der untersuchten Proteste dar, sondern auch eine zentrale Forderung der Frauen*bewegung. Diese Forderung eignet sich daher besonders gut als dominantes Diskurselement und kann eine Care-Bewegung auch insofern unterstützen, als dass eine Arbeitszeitverkürzung auch mit mehr Zeit für Aktivismus und politischem Engagement einhergehen kann.

Durch den gemeinsamen Care-Bezug wird es auch möglich reproduktive Tätigkeiten zu umfassen und mitzupolitisieren. So haben gerade Reinigungskräfte häufig sehr prekäre Arbeitsverhältnisse. Es muss auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Initiativen wie die „IG24“ kommen, die sich mit einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund in Privathaushalten oder in der 24-Stunden-Pflege befassen und das Thema Arbeitsmigration kritisch reflektieren.

Die Betroffenheitsdimension von Care Berufen und das Betonen menschlicher Interdependenz ist ebenfalls für eine breite Bündnisarbeit geeignet. Der auf die Betroffenheitsdimension zurückzuführende hohe Rückhalt in der Bevölkerung wurde auch in diversen Expert*inneninterviews als (ambivalente) Protestchance konstruiert (vgl. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 2019; vgl. Schacht 2020a). Da jeder Mensch im Laufe seines Lebens „Care“ leistet oder benötigt (vgl. Tronto 2011.: 164), kann jeder Mensch mit dem Thema etwas anfangen und eigene Interessen darin erkennen. Mehr Sorgeempfänger*innen sollten in die Proteste miteingebunden werden und als Subjektpositionen im Protestdiskurs fungieren. Dabei sollten Forderungen für eine gute Versorgung aller Menschen betont werden.

Hierfür müssen auch Organisationsstrukturen geschaffen werden. Für das Instaurieren einer Gegen-Hegemonie ist nämlich laut Mouffe auch „die Instauration neuer Praktiken“ notwendig (Mouffe 2018: 56). Hier könnten die von Winker vorgeschlagenen „Care-Räte“ zum Zug kommen (Winker 2015: 166). In beispielsweise auf Gemeinde- oder Bezirksebene organisierten Care-Räten könnten sich Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Interessent*innen, Care-Geber*innen und Care-Nehmer*innen regelmäßig treffen, austauschen und dabei demokratische Entscheidungsprozesse erproben. In den Expert*inneninterviews kam die Einschüchterung vieler (weiblicher) Beschäftigten zum Ausdruck, sowie ein Wissensmangel über Protestrechte und die eigene Gestaltungsmacht. Wenn Menschen die *Erfahrung* machen, dass ihr Engagement und ihre Stimme zählt, Herausforderungen besprochen und aktivistische/arbeitspolitische Fähigkeiten erlernt werden, werden sie selbstwirksam und vermehrt Proteste mittragen. Zudem werden andere Gruppierungen sich nur einer Care-Bewegung anschließen, wenn ihnen

nachhaltige Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden. Dafür muss es zu einer Demokratisierung von Proteststrukturen von Gesundheits- und Sozialberufen bzw. einer sich formierenden Care-Bewegung kommen. Dabei müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Care-Aktivist*innen „in Gesprächen unter Gleichen verhandelt werden" (Winker 2015: 144). Diese Care-Räte könnten erste Schritte und Erfahrungen einer Radikalisierung von Demokratie darstellen.

Die dritte Forschungshypothese ging davon aus, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen Möglichkeiten mitsichbringen könnten, eine Care-Ethik-Perspektive anzustoßen und neoliberale Denkweisen grundlegend in Frage zu stellen. In den Expert*inneninterviews konnte diese Forschungshypothese nicht bestätigt werden. Die Betroffenheitsdimension und Systemrelevanz der Berufsgruppen wurden aber als vielversprechende Ausganspunkte einer Care-Ethik-Perspektive diskutiert. Eine solche Perspektive lässt sich aber im SWÖ-Protestdiskurs rekonstruieren. Mit organischen Theorieansätzen wie „VORSICHT FALLE! PFLEGE BETRIFFT UNS ALLE" (Bild 39), „SOZIALES GEHT UNS ALLE AN" (Bild 29), oder „! Auch ihr werdet alt!" (Bild 15) wird das grundlegende aufeinander Angewiesensein von Menschen adressiert und als Argumentation zur Stütze der Forderungen hergenommen. Diese Zitate wenden sich gegen neoliberale Individualisierungsdiskurse, die Abhängigkeit per se abwerten und als (weibliche) Schwäche stilisieren. Eine menschliche Relationalität wird auch in den Zitaten „Wir helfen denen, die Hilfe brauchen – Wer hilft uns?" (Bild 23) oder „Wir stützen den Sozialstaat! Wer stützt uns?" (Bild 40) angedeutet. Diese Diskurselemente bewegen sich zwischen einer gegen-hegemonialen Strategie der „Erweiterung" und „Umdeutung". Die untersuchten Diskurse akzentuieren aber auch wohlfahrtsstaatliche Diskurse, wodurch es (noch) nicht zu einem grundlegenden Infragestellen vorherrschender Vorstellungen von Freiheit und Abhängigkeit hin zu einer „ontology of relationality" (Mahon und Robinson 2011: 3) als alle Menschen betreffender Normalzustand kommt.

Die Corona-Pandemie konnte aufgrund mangelnder Daten – die Pandemie brach erst am Ende der SWÖ-Proteste 2020 aus - nur wenig im untersuchten Protestmaterial herausgearbeitet werden. Sie führt aber meiner Ansicht nach zu einer Verstärkung der

in den Expert*inneninterviews angedeuteten Pflegekrise[24] , der „Krise sozialer Reproduktion“ und zu weiteren krisenbedingten diskursiven Auflockerungen im Bereich der Sorgearbeit. Ein Hinweis auf die angenommene Corona-bedingte Bewusstseinsstärkung für das grundlegende menschliche aufeinander Angewiesensein und die eigene Sterblichkeit konnte mit dem Protestzitat „STELL DIR VOR es ist PANDEMIE und wir sind ALLE IM BURNOUT“ (Bild 82) gefunden werden.

Die Corona-Pandemie hat meiner Meinung nach gesellschaftliche Vorstellungen von Freiheit und Abhängigkeit auf den Kopf gestellt. Menschen, die davor nie angenommen hätten auf andere für ein normales Leben und im weiteren Sinne Überleben angewiesen zu sein, machen nun diese krisenbedingte Erfahrung. Um den „Grad an Dislozierung“ (Marchart 2013: 144) der vorangegangenen hegemonialen Formation für eine gegen-hegemoniale Care-Bewegung zu nutzen, empfehle ich eine stärkere Einschreibung von Diskurselementen der menschlichen Interdependenz in die unterschiedlichen Relationsstrukturen des Protestdiskurses. Ich empfehle hierfür das Formulieren von Forderungen, organischen Theorieansätzen, Subjektpositionen und Antagonisierungen, die eine Care-Ethik jenseits der Dichotomie Wohlfahrtsstaat versus Neoliberalismus adressieren. So könnten Diskurselemente wie „Wir brauchen *alle* einander“, „Unabhängigkeit ist ein Mythos“, „Care-Arbeit sichert unser aller Überleben“, „Ohne uns kein raus aus der Pandemie“, „Wir sind *alle* verletzlich!“ oder in den Worten der Verdi Berliner Charité Kampagne „Mehr von uns ist besser für alle!“ (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft o. J.) den Protestdiskurs prägen. Eine grundlegende Infragestellung – und nicht nur wie bisher eine Akzentuierung wohlfahrtsstaatlicher Diskurse - der hegemonialen Dichotomie von neoliberaler (männlicher) versus wohlfahrtsstaatlicher (weiblicher) Staatlichkeit könnte damit angestoßen und alternative Gesellschaftsmodelle, die die „Etablierung eines neuen leeren Signifikanten“ mitsichbringen, denkbar werden (Vey 2015: 85).

Um krisenbedingte diskursive Lockerungen für die angestrebte gegen-hegemoniale Transformation zu nutzen, empfehle ich auch das stärkere Einschreiben von Corona-

[24] Der Pflegenotstand wurde auch als Spezialdiskurs in der organischen Theorie der SWÖ-Proteste herausgelesen.

Themen in den Protestdiskurs. Durch die nun allzupräsente Konfrontation mit menschlicher Sterblichkeit und Naturkatastrophen, könnte der leere Signifikant „Care“, für menschliches Überleben im weiten Sinne stehen und dabei den Antagonismen „Tod“ bzw. „Pandemie“ oder der „Klimakrise“, gegenübergestellt werden. Die bereits in der Diskursanalyse eruierte antagonistische Kategorie der gesellschaftlichen Bedrohung und des Stillstandes könnten mit zusätzlichen Corona-Themen intensiviert werden. Die Corona-Krise bietet meines Erachtens auch besonderes Potenzial für die Verknüpfung mit Anliegen der Klimabewegung. Die Sorge um das menschliche Überleben und der sorgsame Umgang mit sozialen und ökologischen Ressourcen stellt eine vielversprechende Gemeinsamkeit dar. Während Theoretiker*innen der Care-Debatte ein ontologisches Grundverständnis von Menschen als grundlegend und gegenseitig aufeinander Angewiesene einfordern, betont die Klimadebatte u.a. die grundlegende Angewiesenheit des Menschen auf den nachhaltigen Fortbestand der Erde. Beide vereint ein gegen-hegemoniales Verständnis von Interdependenz, dass für eine gemeinsame Bündnisarbeit nutzbar ist. Die Subjektposition „WORKERS FOR FUTURE Wien“ (Bild 53) und die Forderung „Climate Justice NOW!“ (Bild 86) deuten bereits einen bestehenden politischen Austausch an. Die Verknüpfung von sozialen und ökologischen Fragen zur Umsetzung einer radikalen demokratischen Alternative wurde auch bereits von Chantal Mouffe adressiert (vgl. Mouffe 2018: 65). Hierfür müssten die Forderungen der untersuchten Proteste um z.B. klimapolitische Forderungen (mit einem Framing in Richtung Care-Debatte) diversifiziert werden. Zur Bestimmung von gemeinsamen Forderungen und Schnittstellen könnten die obig genannten Care-Räte als Begegnungsräume und Austauschplattformen fungieren. Als „neue“ Subjektpositionen empfehle ich zudem den Rückgriff auf die vieldiskutierten „Held*innen des Alltages“, wobei sich diese „Held*innen“ als „tragische Held*innen“ konstruieren könnten[25], um verstärkt Druck auszuüben. Auch zum Beispiel Schüler*innen - die bereits in der Klimabewegung eine Schlüsselrolle einnehmen - könnten sich verstärkt durch die Forderung nach einem

[25] Ansätze einer„tragischen Held*innen“-Metapher sind meiner Meinung nach bereits in den SWÖ-Protestzitaten „Wir stützen den Sozialstaat! Wer stützt uns?“ (Bild 40), „Wir helfen denen, die Hilfe brauchen – Wer hilft uns?“ (Bild 23) oder „Großes Herz sucht EINKOMMEN ZUM AUSKOMMEN“ (Bild 77) vorhanden.

nachhaltigen Sorge- und Gesundheitssystem (auch für Folgegenerationen) als Subjektpositionen im Protestdiskurs einschreiben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich zwar feminisierte Arbeitskämpfe darstellen, aber keine neue und gegen-hegemoniale soziale Bewegung ausmachen, obgleich die Vielzahl an adressierten Herrschaftsverhältnissen bereits Ansatzpunkte hierfür erkennen lässt. Der leere Signifikant „Care" könnte die Entwicklung einer gemeinsamen Care-Bewegung vorantreiben. Auch wenn eine Vielfalt an Akteur*innen bzw. Subjektpositionen rekonstruiert werden konnte, kann die zweite Forschungshypothese einer breiten gesellschaftspolitischen Bündnisstruktur von Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen nicht ausreichend bestätigt werden. Ein gemeinsamer Care-Bezug könnte jedoch berufliche und berufspolitische Grenzen überschreiten und Zusammenarbeiten mit feministischen Bewegungen, Klimaaktivist*innen, Sorgeempfänger*innen oder reproduktive Care-Arbeiter*innen fördern. Proteste von Gesundheits- und Sozialberufen bieten Möglichkeiten eine Care-Ethik-Perspektive anzustoßen und tun dies bereits ansatzweise. Mit Blick auf die empirischen Ergebnisse kann die dritte Forschungshypothese aber nur teilweise bestätigt werden. Im SWÖ-Protestdiskurs wurde versucht neoliberale Individualisierungsdiskurse um Diskurse der menschlichen Interdependenz gegen-hegemonial zu „erweitern" und „umzudeuten". Die Corona-Pandemie könnte hier zukünftig v.a. aufgrund eines krisenbedingten erhöhten Bewusstseins über menschliche Sterblichkeit und Interdependenz, sowie diskursive Verknüpfungsmöglichkeiten mit der Klimabewegung neue Protesterfolgsdimensionen eröffnen.

11. Ausblick

Zurück zur anfänglichen musikalischen Inspiration: Seit den 70er Jahren und des Chansons „Clémence en vacances“ hat sich einiges getan. Ob Clémence heute in einem gleichberechtigten und sich Care- und Reproduktionsarbeit gleichermaßen aufteilenden Familienhaushalt mit ihrem Ehemann Honoré leben würde, sei dahingestellt. Viele würden wahrscheinlich noch immer über ihren „Urlaub“ lachen und die Ironie ihrer subversiven Tat missverstehen. Clémence wäre aber heute mit Sicherheit weniger mit ihren Anliegen alleine. Denn dem stillen Aufbegehren von Frauen* in ihren eigenen Vier-Wänden kommen Protestrufe und Forderungen nach einer Aufwertung von Care-Arbeit in Hörsälen, in Krankenhäusern, in Sozialeinrichtungen oder auf den Straßen hinzu. Eine feminisierte Widerstandskultur ist im Aufmarsch und mischt die Karten von Protesten und Arbeitskämpfen neu auf. Dabei darf sie sich nicht nur auf arbeitspolitische Ereignispolitik fokussieren, sondern muss eine breite Care-Bewegung zum Ziel haben, die sich über einzelne Kämpfe hinaus mit einem gemeinsamen Bezug zur Care-Debatte und insbesondere zur Care-Ethik definiert.

Der neoliberale Kapitalismus erweckt den trügerischen Eindruck, dass wir einander nicht brauchen, sowie dass es nur um das *eigene* Glück, die *eigene* Freiheit, die *eigene* Gesundheit oder die *eigene* Zukunft gehen solle. Dass man sich dafür immer selbstoptimieren kann und selbst schuld ist, wenn man es nicht schafft, arm, dick oder krank ist - schließlich würden „die Fleißigen“ reüssieren. Die Ambivalenzen dieses Märchens werden sichtbarer. Die aktuelle Corona-Krise, feministische Bestrebungen aber auch die Klima-Krise zeigen auf, dass Menschen grundlegend aufeinander und auf eine nachhaltige Erde angewiesen sind. So sind Klimakrisen auch stets Gesundheits- und soziale Krisen, da z.B. bei einer Klimakatastrophe Menschen verletzt werden können, Menschen versorgt werden müssen oder Menschen, wie es diverse Flutkatastrophen der letzten Jahre zeigen, ihr Hab und Gut in wenigen Stunden verlieren können. Diese neuen existenziellen Bedrohungserfahrungen können innerhalb politischer Bewegungen antagonisierend genutzt werden. Forderungen, die eine Ontologie der sozialen und ökologischen Interdependenz artikulieren, können äquivalenziert werden. Der Aufschwung der „Friday’s for future“ Bewegung kann den

Corona-bedingten Aufschwung der „Held*innen des Alltages“ nutzen und vice versa. Denn eines ist klar: Wir brauchen einander! Das ist nichts Erschreckendes und Bedrohliches, sondern ein Normalzustand. Ein Normalzustand, der solange es „nicht brennt“ verdrängt wird. Bald – und das zeigen aktuelle Entwicklungen – ist Verdrängen nicht mehr möglich. In diesem Sinne: Held*innen auf die Barrikaden!

12. Literaturverzeichnis

12.1 Monographien, (Lehr-)Bücher, Aufsätze in Sammelbänden und Fachjournalen

Apitzsch, Ursula; Schmidbaur, Marianne (2010): *Care und Migration: Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*, Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Artus, Ingrid (2019): Frauen*-Streik! Zur Feminisierung von Arbeitskämpfen, in: *ANALYSE*, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Artus, Ingrid; Birke, Peter; Kerber-Clasen, Stefan; u.a. (2017): *Sorge-Kämpfe: Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*, Hamburg: VSA: Verlag.

Becker, Karina; Binner, Kristina; Décieux, Fabienne (2020): Einleitung, in: Karina Becker, Kristina Binner, und Fabienne Décieux (Hrsg.), *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden S. 1–10.

Biebricher, Thomas (2016): Einleitung: Neoliberalismus und Staat ziemlich beste Feinde, in: Thomas Biebricher (Hrsg.), *Der Staat des Neoliberalismus*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft S. 9–28, doi: 10.5771/9783845276045-9.

Biebricher, Thomas (2020): Neoliberalismus: Politische Ideologie von Reagan zu Trump, in: Christian Lammert, Markus B. Siewert, und Boris Vormann (Hrsg.), *Handbuch Politik USA*, 2. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden S. 89–104.

Brückner, Margrit (2010): Entwicklungen der Care-Debatte – Wurzeln und Begrifflichkeiten, in: Ursula Apitzsch und Marianne Schmidbaur (Hrsg.), *Care und Migration: Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von*

Geschlechter- und Armutsgrenzen, Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich S. 43–58.

Bruell, Cornelia; Mokre, Monika (2018): *Postmarxistisches Staatsverständnis*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Butler, Judith (2020): *Das Unbehagen der Geschlechter*, 21. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Dalla Costa, Mariarosa (1973): *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*, Berlin: Merve Verlag.

Della Porta, Donatella; Diani, Mario (2020): *Social movements: an introduction*, 3. Auflage. Hoboken, NJ: Wiley Blackwell.

Fine, Michael (2004): Reviewing the social vision of care, in: *The Australian journal of social issues*, Jg. 39, Nr. 3, S. 217ff.

Fisher, Berenice; Tronto, Joan (1990): Toward a Feminist Theory of Caring, in: Emily K. Abel und Margaret K. Nelson (Hrsg.), *Circles of care: work and identity in women's lives*, New York: State Univ. of New York Press S. 35–62.

Flick, Uwe (2019): *Qualitative Sozialforschung: eine Einführung*, 9. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlts Taschenbuch Verlag.

Foucault, Michel (2009): *Geschichte der Gouvernementalität : 2 Die Geburt der Biopolitik : Vorlesung am Collège de France 1978 - 1979*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, herausgegeben von Michel Sennelart.

Foucault, Michel (2005): *Sexualität und Wahrheit : 1 Der Wille zum Wissen*, 15. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Fraser, Nancy; Gordon, Linda (1994): A Genealogy of Dependency: Tracing a

Keyword of the U.S. Welfare State, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Chicago: Univ. of Chicago Press Jg. 19, Nr. 2, S. 309–336.

Gilligan, Carol (1982): *In a different voice: psychological theory and women's development*, Cambridge, Mass. [u.a.]: Harvard Univ. Press.

Gramsci, Antonio (1991-2002): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Hamburg: Argument-Verlag, herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug.

Hagemann, Ingmar; Leinius, Johanna; Vey, Judith (2019): *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen*, Bielefeld: transcript Verlag doi: 10.14361/9783839448793.

Hall, Stuart (1988): *The hard road to renewal: Thatcherism and the crisis of the left*, London [u.a.]: Verso.

Haug, Frigga (2008): *Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke*, Hamburg: Argument-Verlag.

Heim, Tino (2016): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Herkenrath, Mark (2011): *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen: Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV).

Hetzel, Andreas (2017): Eine Politik der Dislokation: Laclaus verallgemeinerte Rhetorik, in: Oliver Marchart (Hrsg.), *Ordnungen des Politischen. Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden S. 33–56, doi: 10.1007/978-3-658-17259-6_3.

Howarth, David; Norval, Aletta J.; Stavrakakis, Yannis (Hrsg.) (2000): *Discourse theory and political analysis: identities, hegemonies and social change*, Manchester: Manchester Univ. Press.

Knobloch, Ulrike (2018): Versorgen, Fürsorgen, Vorsorgen als soziökonomische Herausforderung, in: Margit Baumgarten und Waltraud Waidelich (Hrsg.), *Um-Care zum Leben : ökonomische, theologische, ethische und ökologische Aspekte von Sorgearbeit*, Hamburg: VSA: Verlag.

Laclau, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz*, Wien: Turia + Kant.

Laclau, Ernesto (2007): *On populist reason*, London [u.a.]: Verso.

Laclau, Ernesto (1979): Populistischer Bruch und Diskurs, in: Ernesto Laclau (Hrsg.) (1981), *Politik und Ideologie im Marxismus: Kapitalismus - Faschismus - Populismus mit einem Anhang "populistischer Bruch und Diskurs" (1979)*, Berlin: Argument-Verlag S. 176–185.

Laclau, Ernesto (2014): *Rhetorical foundations of society*, London [u.a.]: Verso.

Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2020): *Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus*, 6. überarbeitete Auflage. Wien: Passagen Verlag.

Lorde, Audre (1984): *Sister outsider: essays and speeches*, Trumansburg, NY : Crossing Press.

Mahon, Rianne; Robinson, Fiona. (2011): *Feminist ethics and social policy: towards a new global political economy of care*, Vancouver: UBC Press.

Marchart, Oliver (Hrsg.) (2013): *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*, Bielefeld: transcript Verlag doi: 10.26530/oapen_579941.

Marchart, Oliver (2007): Eine demokratische Gegenhegemonie – Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe, in: Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.), *Hegemonie gepanzert mit Zwang : Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft S. 105–121.

Marchart, Oliver (2005): The Absence at the Heart of Presence. Radical Democracy and the "Ontology of Lack", in: Lassen Thomassen und Lars Tonder (Hrsg.), *On Radical Democracy: Politics Between Abundance and Lack*, Manchester: Manchester University Press S. 7–31.

Mayring, Philipp (1994): Qualitative Inhaltsanalyse, in: Andreas Boehm, Andreas Mengel, Thomas Muhr, u.a. (Hrsg.), *Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge*, Konstanz: UVK Univ.-Verl. Konstanz (Schriften zur Informationswissenschaft 4), S. 159–175.

Mouffe, Chantal (2018): *Für einen linken Populismus*, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Müller, Beatrice (2016): *Wert-Abjektion: zur Abwertung von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus - am Beispiel der ambulanten Pflege*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie: das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*, Bielefeld: transcript Verlag.

Nonhoff, Martin (2001): Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus, in: Johannes Angermüller, Katharina Bunzmann, und Martin Nonhoff (Hrsg.), *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*, Hamburg: Argument-Verlag S. 193–208.

Notz, Gisela (2020): Uns reicht’s: Streikende Frauen sind keine Ausnahmeerscheinungen – Der Wandel der Arbeitskämpfe aus feministischer

Perspektive, in: Karina Becker, Kristina Binner, und Fabienne Décieux (Hrsg.), *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden S. 215–238.

Nowak, Jörg (2009): *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft: eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Opratko, Benjamin (2012): Ein theoretischer Universalschlüssel?: Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffs bei Laclau und Mouffe, in: Iris Dzudzek, Caren Kunze, und Joscha Wullweber (Hrsg.), *Diskurs und Hegemonie: gesellschaftskritische Perspektiven*, Bielefeld: transcript Verlag S. 59–84.

Pateman, Carole (1989): *The sexual contract*, reprint der 1. Auflage. Cambridge: Polity Press [u.a.].

Propp, Vladimir (1968): *Morphology of the folktale*, 2. überarbeitete Auflage. Austin: Univ. of Texas Press.

Rerrich, Maria S.; Thiessen, Barbara (2015): Warum sollte Soziale Arbeit sich um die Care-Debatte kümmern?: Eine Einführung in den Schwerpunkt, in: *Sozial extra*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden Jg. 39, Nr. 1, S. 24–25.

Rucht, Dieter (2016): Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen, in: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, De Gruyter Jg. 29, Nr. 3, S. 121–134.

Sauer, Birgit (2016): Neoliberalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterkritische Überlegungen, in: Thomas Biebricher (Hrsg.), *Der Staat des Neoliberalismus*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft S. 153–182.

Schleifer, Ronald (1987): *A.J. Greimas and the Natur of Meaning: Linguistics, Semiotics and Discourse Theory*, Lincoln: University of Nebraska Press.

Schönherr, Daniel; Zandonella, Martina (2020): *Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index*, im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Schroeder, Wolfgang; Ludwig, Christine; Schreiter, Benedikt; u.a. (2017): *Kollektives Beschäftigtenhandeln in der Altenpflege*, Studie im Auftrag der Hans-Bröckler-Stiftung.

Tolios, Philipp (2021): *Sytemrelevante Berufe. Sozialstrukturelle Lage und Massnahmen zu ihrer Aufwertung*, Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Tronto, Joan (2011): A feminist democratic ethics of care and global care workers: Citizenship and responsibility, in: Rianne Mahon und Fiona Robinson (Hrsg.), *Feminist ethics and social policy: towards a new global political economy of care*, Vancouver: UBC Press S. 162–177.

Trouble Everyday Collective (2014): *Die Krise der sozialen Reproduktion: Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien*, Münster: Unrast Verlag.

Vey, Judith (2015): *Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010*, Hamburg: VSA: Verlag.

Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld: transcript Verlag.

12.2 Expert*inneninterviews

Basisinitiative „Care Revolution Wien“ (2019). 23. August 2019.

Basisinitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (2019). 09. August 2019.

Schacht, Selma (2020a). E-Mail Interview, Zusendung am 01. Februar 2020.

Scherz, Eva (2019). 02. August 2019.

Zellhofer, Josef (2019). 26. August 2019.

12.3 Nicht wissenschaftliche Quellen (z.B. Blogs, Internetauftritte von Gewerkschaften, Projekten und Initiativen)

Care Revolution Wien (o. J.): *Care Revolution Wien. Für die Ausfinanzierung des Gesundheitswesens und gute Arbeitsbedingungen*, [online] https://carerevolution.wordpress.com/ [Zugriff am 21.08.2021].

Frauenvolksbegehren 2.0 – Verein für Frauen* – und Gleichstellungspolitik in Österreich (o. J.): *Frauenvolksbegehren 2.0*, [online] https://frauenvolksbegehren.at/ [Zugriff am 21.08.2021].

Gewerkschaft GPA (2020a): *SWÖ Kollektivvertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen Sicherheit und Stabilität in Krisenzeiten*, [online] https://www.gpa.at/kollektivvertrag/gesundheit-und-soziales/sozialwirtschaft-oesterreich/archiv/2020/swoe-kollektivvertragsverhandlungen-erfolgreich-abgeschlossen#32020__KVVerhandlungen_vorerst_ausgesetzt_Gewerkschaften_erwarten_schriftliches_Angebot [Zugriff am 21.08.2021].

Gewerkschaft GPA (2020b): *Verhandlungsverlauf*, [online] https://www.gpa.at/kollektivvertrag/gesundheit-und-soziales/sozialwirtschaft-oesterreich/archiv/2020/swoe-kollektivvertragsverhandlungen-erfolgreich-abgeschlossen#32020__KVVerhandlungen_vorerst_ausgesetzt_Gewerkschaften_erwarten_schriftliches_Angebot [Zugriff am 21.08.2021].

GPA djp; Vida Gewerkschaft (2020): *Arbeitnehmer Forderungen SWÖ KV 2020*, [online als pdf. downloadbar] https://www.gpa.at/kollektivvertrag/gesundheit-

und-soziales/sozialwirtschaft-oesterreich/archiv/2020/swoe-kollektivvertragsverhandlungen-erfolgreich-abgeschlossen#32020__KVVerhandlungen_vorerst_ausgesetzt_Gewerkschaften_erwarten_schriftliches_Angebot [Zugriff am 21.08.2021].

GPA djp; Vida Gewerkschaft; Sozialwirtschaft Österreich (2020): *SWÖ Kollektivvertrag 2020. Abschlussprotokoll der Verhandlungen*, [online als pdf. downloadbar] https://www.gpa.at/kollektivvertrag/gesundheit-und-soziales/sozialwirtschaft-oesterreich/archiv/2020/swoe-kollektivvertragsverhandlungen-erfolgreich-abgeschlossen#32020__KVVerhandlungen_vorerst_ausgesetzt_Gewerkschaften_erwarten_schriftliches_Angebot [Zugriff am 21.08.2021].

Hajek, Birgit (2020): *Sozialwirtschaft einigt sich auf KV-Abschluss, 2020*, [online] https://orf.at/stories/3160172/ [Zugriff am 21.08.2021].

Hochmuth, Georg (2020): *Warnstreiks in mehr als 300 Betrieben*, [online] https://orf.at/stories/3155614/ [Zugriff am 21.08.2021]

IG24 – Verband zur Förderung der Interessen der 24-Stunden-Betreuer_innen in Österreich (2021): *IG24 – Interessengemeinschaft der 24-Stunden-Betreuer_innen*, [online] https://ig24.at/ [Zugriff am 21.08.2021]

Netzwerk Care Revolution (o. J.): *Care Revolution Netzwerk. Her mit dem guten Leben! Für alle weltweit!* [online] https://care-revolution.org/aktionskonferenz/ [Zugriff am 21.08.2021].

Schacht, Selma (2020b): *Nur Brösel für die HeldInnen: Fataler Abschluss im Sozialbereich,* [online] https://mosaik-blog.at/sozialbereich-kollektivvertrag/ [Zugriff am 21.08.2021].

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2021): *Respekt! Mehr Lohn, mehr Rente. 14. Juni 2021*, [online] https://www.14juni.ch/ [Zugriff am 21.08.2021].

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (o. J.): *Tarifvertrag Entlastung. Mehr von uns ist besser für alle! Der Kampf um Entlastung und Gesundheitsschutz an der Berliner Charité*, [online] https://gesundheit-soziales-bb.verdi.de/themen/tarifvertrag-entlastung/++co++327c4bce-4f5e-11e7-897c-525400ff2b0e. [Zugriff am 21.08.2021].

12.4 Musikalische Quellen

Sylvestre, Anne (1977-1978): Clémence en vacances, In: Sylvestre, Anne (1977-1978): *J'ai de bonnes nouvelles*, Album.

12.5 Abbildungsverzeichnis

Abbild 1: Novotny, Daniel (2020a): *Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar*, [online] https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594645093/in/album-72157712983278747/
CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

Abbild 2: Gewerkschaft GPA (2020c): *Schlosspark Fortuna*, [online] https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595343251/in/album-72157712983278747/
CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

Abbild 3: Gewerkschaft GPA (2020d): *Senecura Zentrale*, [online] https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49590602938/in/album-72157712983278747/
CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

Abbild 4: Guellil, Malika (2020).

Abbild 5: Novotny, Daniel (2020b): *BBRZ Reha (Wien Simmering)*, [online] https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595140271/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

Abbild 6: Novotny, Daniel (2020c): *Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar*, [online] https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49525473851/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

Abbild 7: Novotny, Daniel (2020d): *Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar*, [online] https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393017/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

12.6 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Guellil, Malika (2021).

Anhang

Textkorpus der Diskursanalyse, Bildquellen (Bild 1-103)

Bildnr.	Quellenangabe
1	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608221171/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
2	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49607705218/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
3	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608470642/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
4	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608220471/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
5	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608220731/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
6	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608470462/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
7	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich, [online]:

	https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608220951/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
8	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich. ARGE Obdachlose, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608220331/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
9	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich. ARGE Obdachlose, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49607704503/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
10	Gewerkschaft GPA (2020): Demos & Warnstreiks für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich. B37, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49608470152/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
11	Gewerkschaft GPA (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich. Mahnwache in Graz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492002731/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
12	Gewerkschaft GPA (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich. OEGB Tirol, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49524962398/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
13	Gewerkschaft GPA (2020): Kinderfreunde Wien, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49534091447/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
14	Gewerkschaft GPA (2020): Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser Haus Döbling, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594848808/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
15	Gewerkschaft GPA (2020): Schlosspark Fortuna, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595343251/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

16	Gewerkschaft GPA (2020): Schlosspark Fortuna, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595343306/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
17	Gewerkschaft GPA (2020): Senecura Zentrale, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49590602938/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
18	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594645758/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
19	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594646123/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
20	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143596/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
21	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595145076/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
22	Sozial aber nicht blöd (2020): [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.586863081386725/3595750127164657/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
23	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393082/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
24	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393167/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

25	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393237/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
26	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594646013/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
27	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144906/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
28	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143511/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
29	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144106/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
30	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144161/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
31	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594644518/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
32	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144211/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

33	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144286/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
34	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144336/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
35	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594645388/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
36	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595392782/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
37	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144586/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
38	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144566/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
39	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594645643/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
40	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595144806/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

41	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594645933/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
42	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594645833/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
43	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143391/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
44	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49525172368/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
45	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49525905032/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
46	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49525473851/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
47	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393017/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
48	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393057/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

49	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595393277/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
50	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143356/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
51	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143941/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
52	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49525681891/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
53	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143701/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
54	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595143631/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
55	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595392372/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
56	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595392407/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

57	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49525172303/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
58	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595392232/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
59	Novotny, Daniel (2020): Streik-Demo für die 35-Stunden-Woche im Sozialbereich in Wien am 27. Februar, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49520142866/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
60	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492725717/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
61	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492512556/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
62	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492013153/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
63	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492013188/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
64	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492724757/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

65	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492511256/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
66	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492725297/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
67	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492725152/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
68	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492725197/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
69	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492725332/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
70	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492724707/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
71	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492725382/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
72	Novotny, Daniel (2020): Demos für Arbeitszeitverkürzung im Sozialbereich Kundgebung am Stephansplatz, [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49492512331/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].

73	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594641008/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
74	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594640928/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
75	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49594641583/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
76	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595140111/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
77	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595140271/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
78	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595140306/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
79	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595388762/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
80	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595140351/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
81	Novotny, Daniel (2020): BBRZ Reha (Wien Simmering), [online]: https://www.flickr.com/photos/gpadjp/49595140001/in/album-72157712983278747/ CC by-nc-sa 2.0 [Zugriff am 20.08.2021].
82	Guellil, Malika (2020)
83	Sozial aber nicht blöd (2020): [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.363989026941730 9/3641442342595435/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
84	Sozial aber nicht blöd (2020): Volksschule Zinckgasse/ Bildung im Mittelpunkt, [online]: https://de-

	de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3696343630438639/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
85	Sozial aber nicht blöd (2020): BiM - Bildung im Mittelpunkt, [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3641438325929170/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
86	Sozial aber nicht blöd (2020): BiM - Bildung im Mittelpunkt, [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3641438379262498/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
87	Sozial aber nicht blöd (2020): Josi (Tageszentrum für Obdachlose), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890409417295/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
88	Sozial aber nicht blöd (2020): Josi (Tageszentrum für Obdachlose), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890386083964/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
89	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639891506083852/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
90	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890426083960/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
91	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639891929417143/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
92	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-

	de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639892092750460/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
93	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890522750617/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
94	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890546083948/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
95	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890566083946/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
96	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639892146083788/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
97	Sozial aber nicht blöd (2020): Kiddy & Co (Kinder- und Jugendarbeit), [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639890956083907/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
98	Sozial aber nicht blöd (2020): Juvivo & Wiener Jugendzentren, [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639936512746018/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
99	Sozial aber nicht blöd (2020): Juvivo & Wiener Jugendzentren, [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639936496079353/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
100	Sozial aber nicht blöd (2020): Juvivo & Wiener Jugendzentren, [online]: https://de-

	de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639936529412683/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
101	Sozial aber nicht blöd (2020): Juvivo & Wiener Jugendzentren, [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639936522746017/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
102	Sozial aber nicht blöd (2020): Samariterbund Wohnen und Soziale Dienste, [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3639936762745993/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].
103	Sozial aber nicht blöd (2020): [online]: https://de-de.facebook.com/sozialabernichtbloed/photos/a.3639890269417309/3641442292595440/?type=3&theater [Zugriff am 20.08.2021].

(Die Creative-Common-Lizenz aller im Anhang aufgelisteter Bildquellen der Gewerkschaft GPA und von Daniel Novotny ist hier einlesbar: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/).

Abstract (german)

Durch die Verknüpfung des Care Revolution-Ansatzes von Gabriele Winker mit der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes wird eine Transformation kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse ausgehend von „Care“ konkretisiert. Die derzeitige Ausgestaltung von Sorgearbeit ist engstens mit dem neoliberalen Kapitalismus verbunden. Sie führt zu einer systematischen Abwertung, Privatisierung und Unsichtbarmachung von Care-Arbeit. Ansätze der Care-Ethik zeigen hingegen auf, dass alle Menschen grundlegend aufeinander angewiesenen sind, Care-Arbeit (über)lebensnotwendig ist und daher eine zentrale gesellschaftliche Rolle einnehmen sollte. „Care“ bildet aus diesem Grund einen vielversprechenden Ausgangspunkt für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Ausgehend von Protesten von Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich wird eine gegen-hegemoniale Care-Transformationsstrategie entworfen. Dafür werden zwei empirische Methoden, nämlich explorative Expert*inneninterviews und eine Diskursanalyse der Proteste im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft Österreich 2020 nach dem Verfahren der Essex School durchgeführt. Obgleich die untersuchten Proteste auf den ersten Blick vor allem bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte adressieren, zeigt eine genauere diskursive Betrachtungsweise auf, dass darin vorherrschende neoliberale Verständnisse von Arbeit, menschlicher Interdependenz, Widerstand oder Geschlechterverhältnisse grundlegend hinterfragt werden. Als feminisierte Arbeitskämpfe stehen die untersuchten Proteste vor erschwerten Protestbedingungen. So muss ein Streik in der z.B. Pflege existenzielle Folgen für Patient*innen mitberücksichtigen und neue Widerstandsstrategien erproben. Auch wenn die untersuchten Proteste (noch) keine gegen-hegemoniale Bewegung darstellen, kann die hohe menschliche Betroffenheitsdimension zukünftig zur Stärkung der Proteste und breiteren Mobilisierung der Bevölkerung genutzt werden. Dafür müssen sich die bis dato eher verstreuten Proteste des Gesundheits- und Sozialbereichs als Care-Bewegung erkennen. Der leere Signifikant „Care“ kann nämlich eine identitäre Scharnierfunktion für unterschiedliche Positionen in Care-Verhältnissen, sowie für andere soziale Bewegungen mit Bezug zur Care-Debatte bilden. Auch die Corona-Krise schafft neue Bündnis- und Einwirkmöglichkeiten, da sie eine Ontologie des aufeinander Angewiesenseins als Normalzustand sichtbarer macht.

Abstract (english)

By linking Gabriele Winker's Care Revolution approach with the hegemony theory of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe, a transformation of capitalist society based on "Care" is concretized. The current way of dealing with care work is closely linked to neoliberal capitalism. This leads to a systematic devaluation, privatization and reduced visibility of care work. Approaches of care ethics, on the other hand, show that all people are fundamentally dependent on one another, and that care work is vital and should therefore play a central role in society. Accordingly, "Care" is a promising starting point for fundamental social changes. Based on protests from health and social workers in Austria, a counter-hegemonic care transformation strategy is conceptualized. For this purpose, two empirical methods, namely exploratory expert interviews and a discourse analysis of the protests in the context of collective labour agreement of Sozialwirtschaft Österreich 2020 following the Essex School procedure, are carried out. Although the initial evaluation of the protests seems to mainly focus on better working conditions for employees, an in-depth re-assessment reveals that the pre-dominant neoliberal understandings of work, human interdependence, resistance or gender relations are being fundamentally questioned. Due to their status as feminized labour struggles, the studied protests also deal with more challenging protest conditions. For example, a planned nurse strike must consider the existential consequences for patients and develop new strategies of resistance. Even if the examined protests do not (yet) represent a counter-hegemonic movement, the high level of human concern can be used to strengthen the protests and widely mobilize the population in the future. To this end, the protests in the health and social sectors, which have until now been rather scattered, must recognize themselves as a care movement. The empty signifier "Care" can in fact form an identitary link for different positions in care relationships, as well as for other social movements related to the care debate. The corona crisis also creates new opportunities for alliances and influence, as it makes an ontology of interdependence more visible.